

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Nachrichter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Zeile,
 jeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Versprecher: Ruhl 1, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Freitag, den 12. Januar 1900. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Junker-Demokraten.

„Ein feindliches Verhalten gegen meine Regierung läßt sich mit der Treue gegen meine Person nicht vereinigen.“

In diesen Worten kennzeichnete Wilhelm I. 1863 das Wesen des preussischen Royalismus. Zu gleicher Zeit wurden von dem Großvater des gegenwärtigen Kaisers die Pflichten der Beamten wie folgt dargestellt:

„Wer als Beamter geschworen hat, dem Könige, seinem allergnädigsten Herrn, unterthänig, treu und gehorsam zu sein, ist dieses Eides weder als Wähler, noch als Gewählter verbunden, und wenn Se. Majestät bestimmt den verfassungsmäßigen Weg vorzeichnet, auf welchem seine Beamten ihn begleiten sollen, so sind alle zum Gehorsam, diejenigen aber, welche des Königs Gnade aus besonderem Vertrauen in Stellen von politischer Bedeutung berufen hat, noch außerdem zu thatkräftiger Unterstützung der königlichen Staatsregierung verpflichtet.“

Es war damals allein die feudale Partei, die die Krone als den lebendigen Mittelpunkt der preussischen Verfassung betrachtete und nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses vor einer „trostigen Wiederwahl“ der alten oppositionellen Mehrheit warnte.

Solche Ansichten über das Recht der Krone, die Pflichten der Beamten, über die Identität von Monarch und Regierung, über die Verantwortlichkeit einer oppositionellen „trostigen Wiederwahl“ haben stets in Preußen geherrscht, sie waren das herrschende Princip jeder Regierung und das Junkertum beharrte sich ohne Ausnahme auf die Pflicht unbedingter Treue.

Seute aber klingen derartige Anschauungen wie ein Märchen aus uralten Zeiten. Das Junkertum ist auf die Barrikaden gestiegen, hat die Revolution von 1848 nachträglich als berechtigt anerkannt, höhnt die Regierung, die ihren vormärzlichen Überzeugungen treu geblieben ist — und dieser ganze Umsturz der blauen Traditionen hat sich in der unglaublich raschen Zeit eines halben Jahres vollzogen; er hat genau in dem Augenblick begonnen, wo sich das Junkertum im Konflikt mit der Krone und der Regierung sah. Im Sommer fand die Debatte über die Oestebier zum modernsten und radikalsten Konstitutionalismus an und in der denkwürdigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Januar 1900 war diese Revolutionierung der Feudalen so weit vorgeschritten, daß die Konservativen durch ihren Wortführer in aller Unbefangtheit, wie das selbstverständlichsste Ding der Welt, gegenüber dem alten Royalismus — das Princip der Volkssouveränität verflüchteten, wenn es sich vorläufig auch nur um das durch das Dreiklassenystem ausgeübte „Volk“ handelt.

Es war das erste Bedürfnis unserer Konservativen in der beginnenden Landtagsession, daß sie die Regierung über die aus Anlaß der Kanalablehnung unternommene Maßregelung der Beamten interpellierten. Und die Verhandlung, in der dies geschah, darf in der parlamentarischen Geschichte auf bleibende Beachtung rechnen.

Ein volles Haus, in lebhaft schwirrender Unterhaltung, stark besetzte Tribünen wiesen am Donnerstag auf einen bedeutungsvollen Tag hin. Das Junkertum wollte mit dieser Regierung abrechnen, die sich erdreistet hatte, die bisherigen Junkerauffassungen über den Absolutismus der Krone einmal gegen die eigene Partei auszuspielen. Begürtet mit den frisch entlehnten Grundsätzen des Demokratisms zogen die Oestebier in die Schlacht und sie ersuchten einen strahlenden Sieg über die alt-konservative Regierung mit Hilfe der Revolution.

Die Konservativen hatten mit Absicht ihren angesehensten und würdigsten Vertreter als Interpellationsredner angeboten, den greisen Herrn v. Köller, der viele Jahre dem Abgeordnetenhause präsiidierte, einen humorvollen und selbständigen Junker von der Art, wie sie der märkische Dichter Fontane liebte und schätzte. Herr v. Köller sprach sehr leise, so daß man ihn auf der Tribüne kaum hörte, aber unken im Saale brach immer wieder eine stürmische Beifallsheiterkeit aus, und seine den Regierungsherren gewidmeten Epigramme wurden wie kostbarer Wein von den Standesgenossen geschlürft. Alle Gesichter glänzten vor Freude, nur die Herren Minister blieben ernst, ja finster: Hohenlohe, der bemüht war, sein Haupt möglichst vollständig in seinem Brustfaß zu verbergen, dann durch einen breiten leeren Cessal sorgfältig geschieden, Herr v. Miquel und weiter die Schönstedt, Thielen, Rheinbaben, Studt, Brestfeld — ihnen war es sämtlich sehr unbehaglich zu Mut.

Herr v. Köller erklärte mit aller Entschiedenheit die Maßregelung der Vandräte für verfassungswidrig, that den „erbärmlichen Kanal“ mit einer verächtlichen Handbewegung ab, rühmte die historischen Verdienste des Junkertums, indem er mit einem schlauen Sprung vom siebenjährigen Krieg über die Zeit von Jena hinweg gleich bis zu den Freiheitskriegen hüpfte, und befahl — die Hauptsache — dann die Regierung über den Konstitutionalismus:

„Was kann die Regierung jetzt noch thun, um ihre Absicht durchzuführen? Sie kann die Vorlage wieder einbringen: das ist ihr gutes Recht. Aber diese kann wieder abgelehnt werden: das ist das gute Recht des Hauses. Dann bleibt nur noch die Auflösung des Hauses als einziges Mittel. Aber bei dem großen Widerwillen, der in der Bevölkerung gegen den Kanal herrscht (Rachen links) wird dann ein noch viel kanalleid-

liches Haus zu stande kommen. Und dann hat die Regierung kein anderes Mittel, als sich dem ablehnenden Votum der Landesvertretung zu fügen. Das wird für sie aber keine Niederlage bedeuten, das wird ein Sieg sein (Rachen links), ja wohl, und zwar der schönste Sieg, den ein Mensch überhaupt erringen kann; der Sieg über sich selbst. (Große, lang anhaltende Heiterkeit.) Und ich bin der festen Überzeugung, daß unsere Regierung zu dieser Anschauung kommen wird.“

Wo ist hier noch eine Spur von feudalaristischer Anschauung? Die Ahnen des Herrn v. Köller müssen sich im Grabe herumdrehen, ja seine eigene Vergangenheit muß wider ihn auftreten! Das ist ja der revolutionäre Naturjuzur „trostigen Wiederwahl“, das ist die Proklamierung des demokratischen Grundgesetzes, daß nicht des Königs Wille oberstes Gesetz sei, sondern der Wille der Volksvertretung! Nichts mehr von der Sehnsucht nach dem starken Mann, der über die Parlamente hinweg die Regierungsforderungen durchsetzt — die Regierung hat sich zu fügen, wenn das Volk wiederholt sich gegen eine ministerielle Maßnahme ausspricht. Ein Konflikt ist gar nicht mehr möglich. König und Regierung haben sich dem Votum der Landesvertretung zu fügen. So verkünden es die neu besetzten Junkerdemokraten und noch dazu in einer Frage, die in das Gebiet der Landesverteidigung fällt; denn der Mittelkanal war nach der feierlichen Versicherung aller militärischen Autoritäten wesentlich auch durch die Interessen der Landesregierung geboten. Jein die Bourgeoisie hinfort nur so liberal und konstitutionell, wie das Junkertum, so wird es nicht nur eine Furcht vor einem Flottenkonflikt haben, sondern die Regierungen belehren, daß sie sich der Überzeugung der Volksvertretung zu fügen haben; denn sie giebt, nach der neuen Junkerlehre, keinen anderen unüberwindlichen Willen in einem konstitutionellen Staate als den des Parlaments. Und wenn die Regierungen eine solche Unterwerfung unter die Mehrheit des Reichstages als eine Ehre ersehende Niederlage empfinden sollten, dann wird Herr v. Lebedow oder irgend ein anderer Gefinnungsgenosse v. Köllers aufstehen und den Herren veranlaßt den Wahlprüchlingen: Aber das ist ja gar keine Niederlage, das ist ein Sieg, der schönste Sieg sogar, der Sieg über die eigenen Thorheiten...

Herr v. Köller fand seitens der Regierung keine Antwort. Zwar begab sich Fürst Hohenlohe auf die Rednertribüne, um mit glänzender Verebarmkeit eine Erklärung stehend — abzulesen, aber diese Erklärung war keine Antwort, sondern eine demütige Entschuldigung, wie wir sie gestern im voraus skizzierten: „Meine Herren! Glauben Sie mir, die Maßregelung war gar keine Maßregelung.“ Was der Justizminister und Herr v. Miquel hernach sagten, beschränkte sich auch auf diese ebenso mühsamen wie haltlosen juristischen Tüfteleien. Wenn man sich erinnert, mit welchen Drohungen die Regierung im Sommer gegen das Junkertum donnerte, so nimmt sich dieses juristische Stummeln um mildernde Umstände, wie es die Minister jetzt versuchten, um so jämmerlicher aus. Nicht die Kanalrebellanten waren mehr die Schuldigen, sondern die Regierung. Die Junker hatten den Spieß umgekehrt, hatten ihn demokratisch geschärft und die löbliche Regierung wand sich am Boden und stochte um Gnade. Rein, diese Hohenlohe und Miquel werden es gewiß nicht wieder thun und den Agrariern abermals eine Kanalvorlage präsentieren!

Das Haus war völlig einmütig darin, daß die Maßregelung der Beamten eine politische Thorheit ersten Ranges gewesen, die Mehrheit erklärte die Handlungsweise für verfassungswidrig, und die Vertreter der Linken forderten als Konsequenz die Aufhebung der Wählbarkeit der politischen Beamten. Der Organisator der Kanalopposition, Freiherr von Zedlitz, den seit unseren Honorarrechnungen keine amtlichen Verpflichtungen mehr beengten, wurde sehr deutlich, er redete von der Ueberpannung des monarchischen Princips und rügte das mangelhafte Verantwortungsgefühl der Minister. Noch derber ließ sich Herr v. Kardorff aus, der von dem flagranten Mißbrauch der Disciplinargewalt sprach.

Sehr unglücklich und ungeschickt fiel die Jungferrede oder genauer: die Jungfernbemerkung des neuen Ministers des Innern, des Herrn v. Rheinbaben aus. Er eilte hastig auf die Rednertribüne, man erwartete gespannt interessante Aufklärungen, der Minister aber begnügte sich mit einem Satz zu verraten, was sein Vorgänger Rede nicht gesagt habe, und verschwand eiligst unter dem dröhnenden Gelächter der Rechten.

Gar keine Lust zu reden hatte Herr v. Miquel. So sehr auch die Redner auf die Geheimnisse des Kanalhandes anspielten, der Finanzminister reagierte nicht.

Erst Eugen Richter gelang es, durch die Schlussbemerkung seiner gutgekauften, wenn auch dem großartigen historischen Humor der Scene nicht gerecht werdenden Rede — sie war etwas wie eine verpöchte Gelegenheit — den Vicepräsidenten des preussischen Ministeriums hervorzuloden. Zwar lästete auch Herr v. Miquel nicht den Schleier der Maßregelungsaktion, aber er brachte es fertig, indem er die Verantwortlichkeit für die Maßregelung dem ganzen Ministerium zuschob, doch zugleich den Anschein zu erwecken, als ob er möglicherweise persönlich der Absicht widertraten hätte. Natürlich wagte er das nicht direkt zu behaupten, aber seine Junker sollten das aus seiner zweideutigen Wendung erschließen. Gegen die neue parlamentsouveräne Anschauung der Konservativen fand kein

Minister ein Wort der Einwendung, auch Miquel nicht, der fanatische Hüter der Kronrechte.

Herr v. Kardorff regte einen Beschluß des Hauses an, der darauf abzielen sollte, der Regierung es fürderhin unmöglich zu machen, Beamte wegen ihrer Abstimung zu strafen. Verut der Junker weiter mit dem bisherigen Erfolg die konstitutionelle Sprache, so möchte man fast erwarten, daß ein solcher Antrag gleich in der umfassenden Form eingebracht werden würde, daß er zugleich die Lehre von der Souveränität der Landesvertretung in der Verfassung zur Geltung bringt.

So könnte man den 11. Januar 1900 für den Todestag des Feudalismus erklären, wenn — ja wenn nicht hinter all den demokratischen Worten und Theorien der alte bekannte Junkerabsolutismus steckte. Die Junkerdemokratie bedeutet die Gleichberechtigung oder richtiger die Bevorrechtung der Oestebier gegenüber der Krone und der Regierung. Ist erst wieder das Junkertum mit seinem König einig, so wird man frugs wieder die Weisheit von 1863 aus dem Munde der Feudalen hören: Ein feindliches Verhalten gegen die Regierung des Königs läßt sich mit der Treue gegen die Person des Königs nicht vereinigen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Januar.

Der Reichstag

setzte am Donnerstag die Debatte über die Socialreform und das Gehalt des Grafen Pofadowsky fort, der ja dem Zirkenschiff der amtlichen Socialreform gegenwärtig — bis auf weiteres — den Namen giebt. Vorgreifend sei bemerkt, daß nach fünfjähriger Debatte das Gehalt des Herrn Pofadowsky bewilligt, ein Fortschritt der Socialreform aber nicht festgestellt worden ist.

Debatten über Socialreform lassen sich in der Regel schon äußerlich daran erkennen, daß das Haus schlecht besucht ist und daß vorwiegend Socialdemokraten reden. Diesmal war beides im beiderem Maße der Fall. Es waren, mit Ausnahme der Socialdemokraten, keine 30 Mitglieder im Haus, und außer den Socialdemokraten und Regierungsvertretern sprach nur der fortschrittliche Abgeordnete Bachmaier, denn die paar Bemerkungen des Herrn Schrader über ein Wohnungsgesetz, der Herren Koerner und Dertel (Sachsen) über das Börsengesetz, kann man ebenso wenig als Reden bezeichnen, wie die Hilbtschen Geständnisse einer schönen Unternehmenseule.

Freilich, der Held des Tages war Herr Hilbt — das heißt, wenn man das Opfer einen Held nennen kann. In einer bösen Stunde gab ihm sein böser Genius ein, mit unserem Genossen Sachse anzubinden, der zu Anfang der Sitzung in längerer Rede die Zustände im Bergbau schilderte und gegenüber verschiedenen inzwischen in der Presse genutzten Angriffen das, was er bei Begründung unseres Antrages auf Anarbeitung eines Reichs-Vertrages gesagt hatte, noch des näheren begründete. Herrn Hilbt ludie das Fell: er erklärte alles, was Sachse gesagt, für unwichtig, die Zustände in den Bergwerken für paradiesisch, das Steigen der Verunglückungs-Ziffer für eine Folge des Unfallversicherungsgesetzes, und hatte die Sitn, unseren Genossen Sachse, der lange Jahre unter der Erde im Schacht gekämpft hat, zum „Modellsticker“ anzustempeln, der nicht besugt sei, in Sachen des Bergbaues mitzureden.

Das bekam dem Herrn Grubenpasha, der durch sein arrogantes und gefülltes Auftreten den Unwillen des Reichstags herausgefordert hatte, sehr schlecht. Er wurde von Genosse Sachse, der ihm sein — des Hilbt — Spiegelbild und die Mißwirtschaft auf seinen — des Hilbt — Gruben vorstellte, förmlich geschunden. Und als er, in seines Nichts und seiner Niederlage durchbohrendem Gefühl, zu einer abschließenden Demütigung (Sachse hatte von dem „ruhlosen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland“ gesprochen) seine Zuflucht nahm, um sich herauszureiben, wurde er von dem Präsidenten Ballestrem in so beschämender, vernichtender Weise abgeführt, wie es wohl noch keinem Abgeordneten geschehen ist.

Genug — er hat sich in seiner Glorie gezeigt — und in seiner wahren Gestalt.

So sehen die westfälischen Stummlinge aus. Diese Selbstausstellung, Selbstbloßstellung und Selbstabschlachtung des Ministerarbeiters Hilbt wirkt sehr für die Socialdemokratie, als hundert Agitationsreden. Er wird wohl nicht mehr über schmerzliche Verwundungen (z. B. „abgerissene Nadel“) höhnende Scherze machen!

Die Debatte wurde unterseits geführt von den Genossen Sachse, Nollenbuhr, Kosjow und Hoch. Sachse ergänzte, was er früher gesagt, und konnte alles nicht bloß bekräftigen, sondern zum Teil noch verschärfen. Die Unzulänglichkeit des Berginspektors und die mangelhafte Aufsicht, die Habsicht der Grubenbesitzer und ihrer auf Lantime gesetzten Beamten und die Accordarbeit — so wies er nach — tragen die Hauptschuld an der ungeheuren Zahl von Unglücksfällen und an der traurigen Lage der Bergarbeiter. Der Regierungskommissar, der nach Sachse das Wort nahm, teilte zwar mit, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten vergrößert worden sei, konnte aber sonst nichts widerlegen.

Nollenbuhr beschäftigte sich hauptsächlich mit der See-Verunglückung, die Flottenagitation treibe, den Witwen und Waisen der Seelente aber ihr Recht und

Ihr Geld vorerhalten und sich um ihre eigentlichen Geschäftsangelegenheiten so wenig kümmern, daß einer der Beamten — ein braver Plattenagitor vor dem Herrn — 100 000 M. hat unterschlagen können. Auch hier blieb die Regierung die Antwort schuldig. Rosenow entwarf ein erschütterndes Bild von der entsetzlichen Kinderandacht in der Hausindustrie und forderte Schutz für die Arbeiter und alle in der Hausindustrie Tätigen, während doch die Zustände im Baugewerbe geistlos, in dem trotz aller Verordnungen noch nichts zur Herbeiführung größerer Sicherheit geschehen ist. Herr v. Posadowsky erklärte, daß er ein Circular an alle Regierungen erlassen habe und entschlossen sei, falls dies nicht die beabsichtigte Wirkung habe, weitere Maßregeln zu ergreifen. Abwarten.

Nach einer Neugierung des Herrn v. Posadowsky — dies sei noch erwähnt — ist hinsichtlich die Originalberichte der Fabrikinspektoren, anstatt bloß im Auszug, vollständig veröffentlicht worden. Das wäre entschieden ein Fortschritt.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.
Die Debatte wird morgen weiter gehen, nachdem mehrere andere Gegenstände erledigt sind.

Das Herrenhaus

beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf betr. die Zwangsverziehung Minderjähriger; die hohe socialpolitische Bedeutung dieser Vorlage muß von jedem, der auch nur etwas Verständnis für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse besitzt, rücksichtslos anerkannt werden. Jedes andere Parlament hätte es für seine Pflicht gehalten, einen so wichtigen Entwurf einer eingehenden und sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nicht so das Herrenhaus. Diese geborenen Gesetzgeber lösen derartige Aufgaben spielend. Ein paar höchst oberflächliche Reden, die im ganzen nur etwa eine Stunde dauerten, wurden dem Entwurf genötigt, der sodann einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen wurde. Was haben auch die edlen und erlauchten Herren es nötig, sich über so tief einschneidende Fragen ihre Köpfe zu zerbrechen.

Nur eine Rede war es. Sie hatten dieses geglaubt, daß der Entwurf in der Hauptsache gegen die Kinder des Proletariats gerichtet sei. Der neue Minister des Innern hat uns eines Besseren belehrt. Unter ausdrücklichem Hinweis auf den **Harnlosen-Prozess** bezieht er die Notwendigkeit, die Zwangsverziehung auch anzuwenden gegen junge Leute aus den Kreisen der „Edelsten und Besten“, die unter Verletzung der alten Familientraditionen ihr Leben in Spiel und Genußsucht verbringen. Er erklärte, daß er dem einen der damaligen Angeklagten, der seinen Postort nicht verlassen, den erbetenen Widerruf verweigert und ihn auf dem Wege der Disziplinierung einfach aus dem Staatsdienste entlassen habe, und daß er in Zukunft stets so verfahren werde. Der lebhafteste Befehl, der seinen Ausführungen folgte, wurde aber wohl mehr aus Höflichkeitsschranken geäußert, denn im Grunde ihres Herzens werden die Jünger derartigen Maßregeln kaum billigen. Womit sollen denn ihre Söhne in Zukunft ihre freie Zeit — und das sind täglich fast 24 Stunden — totschlägen, wenn ein harmloses Jeu oder gewohnheitsmäßiger Verkehr mit Damen der Halbwelt so schwer geahndet wird!

Jedenfalls aber war den Herren durch die Worte des Ministers der Wind aus den Segeln genommen. So manche schon präparierte Rede gegen die gottlosen Socialdemokraten mußten ungehalten bleiben, denn es hätte doch einen zu komischen Eindruck gemacht, angesichts des Hinweises auf jenen Prozess gegen ehedem Arbeiter zu reden.

Im übrigen hat die einseitige Rede des Ministers nichts, was nicht in der Begründung des Gesetzes enthalten ist. Einen Schluß auf die Befähigung des Freiherrn von Rheinbaben aus seinem heutigen Auftreten zu ziehen, wäre verfehlt. Gegen seinen Vorgänger v. d. Rede steht er in seinem Wesen wohlweisend ab, was freilich nicht bezogen wird.

Die Reden aller Mitglieder des Hauses, die das Wort ergriffen, boten eine Musterlektion socialpolitisch rücksichtiger mittelalterlicher Anschauungen. Gegen den Grundgedanken des Gesetzes erhob niemand Widerspruch. Die Herren wissen ja nur zu gut, daß die Worte des Ministers nicht allzu tragisch zu nehmen sind und daß Fälle von Ueberweisung junger Leute aus ihren Kreisen in Besserungsanstalten in der Praxis doch nur höchst vereinzelt bleiben werden. Der einzige Punkt, über den die Meinungen zwischen Regierung und Herrenhaus auseinander gingen, war die Frage der Beteiligung der Provinzen an den Kosten. Die Jünger verlangen, wie wir das bereits im voraus prophezeit haben, eine stärkere Heranziehung des Staates und eine Entlastung der Provinzen.

Nach Erledigung der Vorlage legte das Haus noch einen Beweis wahren Ekelums an den Tag, wie es sich für Edelleute ziemt. Sie beschloßen nämlich, von der Befugnis der Veröffentlichung des Geschäftsbeschlusses gegen den Redakteur der „Vollwacht“ Abstand zu nehmen, einmal weil die Beleidigung mit einem Monat Gefängnis ausreichend geahndet sei, sodann aber weil der arme Sünder bereits die Gerichtsflöten zu tragen habe und es unbillig sei, ihm noch die Kosten der Publikation des Urteils aufzubürden.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist noch nicht bestimmt.

Verkrühter Hochmut.

Zu den Phantasmagorien, durch die unsere Flottengehaltlose das Publikum zu benebeln sich bemühen, gehört auch die kindische Verkopplung, als ob das ganze Volk, groß und klein, Militär und Civil, Männlein und Weiblein, in der Wasserbegeisterung sich erkräft haben. So leistet sich das Krupp-Blatt heute den Scherz der Behauptung, daß „ganz Deutschland bis in die Reihen der Socialdemokratie hinein“ für die Flottenforderungen der Regierung entflamm sei, eine Ausnahme mache nur Herr Eugen Richter.

Es verlohnt sich kaum, ein Wort über die Plunkerei der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zu verlieren, soweit sie sich auf die Socialdemokratie bezieht; selbst der gänzlich neben-sächliche Artikel in den „Social. Monatsh.“ — das einzige, womit die Flottenleute zu kreben versuchen können — hat sich gegen jede Artlegenschafts-Bewilligung unter den jetzigen politischen Verhältnissen gewandt. Aber je mehr die Flottenpropaganda fortschreitet, je deutlicher die Ziele der Weltweit-politik herantreten, um so bedenklicher wird man selbst in den Kreisen der nicht-socialdemokratischen Wähler, denen der bunte Pomp des Marine-Evan-geliums vielleicht einen Augenblick das Auge blendete.

In Centrumskreisen wächst offensichtlich die Ab-stimmung wider die ungeheuerlichen Zunahmen Agirs. Die „Allnische Volkszeitung“ veröffentlicht fast täglich sehr scharfe Artikel gegen jede weitere Flottenbewilligung vor Ablauf des Segenrats.

Weit bemerkenswerter aber sind die sich häufenden Anzeichen von Marine-Abneigung in der ländlichen Bevölkerung. Wir führten bereits mehrere Beispiele hierfür an. Auch heute weiß die „Deutsche Tageszeitung“ etwas von der häuerlichen Flottenbegeisterung zu erzählen. Sie berichtet:

Am 7. Januar sprach der Reichstags-Abgeordnete Lude-Paterdahn vor seinen Wählern (13. badischer Wahlkreis). Er wollte sich dabei auch über die Stellung unterrichten, welche die jüddeutschen Landwirte zur Flottenvermehrung

einnehmen und hob die nationalen Gesichtspunkte hervor, die für eine solche sprächen. Aus der Versammlung trat dann unter lebhaftester Zustimmung derselben ein ländlicher Wähler für eine Verjüngung unserer Flotte ein, aber er betonte mit besonderer Schärfe, daß diese Flotte nur zur Bedienung unserer Macht dienen, unter keinen Umständen aber, wie er sich treffend und kurz ausdrückte, „eine Weizenflotte“ werden dürfe. Darin liegt auch lediglich das Bedenken, das in ländlichen Kreisen gegen die Flottenvermehrung ins Feld geführt wird. Infolge der von uns mehrfach gekennzeichneten Neben-geschäftlicher Flottenvermehrung, die auf die angebliche Unmöglichkeit hinweist, daß Deutschland sich selbst ernähren und das für seinen Bedarf erforderliche Getreide selbst erdienen könne und daß zur Sicherung der überseeischen Getreide-einfuhr eine stärkere Flotte nötig sei, befürchtet der deutsche Landmann, daß die Flottenvermehrung lediglich dem überseeischen Getreidehandel zu gute kommen könne und daß sich das falsche Dogma von der Unzulänglichkeit unserer Getreideproduktion immer mehr festsetzen könnte.

Ja, es ist bereits soweit gekommen, daß die „Berl. Neuest.“ nicht einmal sachliche Richtigstellungen von Christ-Heilern, die sie wegen nicht hinreichenden Flotten-Verständnisses“ angegriffen hatten, aufzunehmen sich getrauen. Da ist der Oberstleutnant Rogalla von Bieberstein in Breslau, der das schlechte Flottengewissen des Kanonenbattes zu folgender Mitteilung an die „Breslauer Morgen-Zeitung“ zwingt:

Breslau, den 10. Januar 1900.

Daß ich Sie um sehr gefällige Aufnahme der beifolgenden Entgegnung in der „Breslauer Morgen-Zeitung“ bitten, da die „Berliner Neuesten Nachrichten“ dieselbe ablehnen. Die Ihnen bekannt ist, war auch Fürst Bismarck ein Gegner einer überstärzten, abnormen Flottenvermehrung, gegen die ich unlängst in der „D. A. Z.“ wiederholt aufgetreten bin.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ergebener

Rogalla von Bieberstein,

Oberstleutnant.

Die von dem Kruppischen Blatte zurückgewiesene Entgegnung lautet:

Entgegnung:

Gegenüber dem scharfen Angriff eines Mitarbeiters der „Berl. Neuesten Nachrichten“ in Nr. 388 derselben auf mein Verständnis maritimer Zeitfragen, beschränke ich mich auf den Hinweis, daß ich auf die Ueberzeugung meiner 1897 auf Anlaß der früheren Flotten-bisultion in „Nord und Süd“ veröffentlichten Studie: „Zur Flottenfrage“ an den Fürsten Bismarck, ein Dank-schreiben des Fürsten erhielt, sowie daß Kapitän z. S. Gaisler in „Nord und Süd“ eine eingehende Entgegnung auf dieselbe veröffentlichte.

Breslau, den 10. Januar 1900.

Rogalla von Bieberstein,

Oberstleutnant.

Die Geschäftsfirmen des Marineklubs haben mithin wenig Veranlassung zu Großprahlereien. Fast scheint es, als ob hinter ihrem vorzeitigen Triumphgelärm nur die Angst steckt, daß die erhofften fetten Aufträge für Werften und Geschoheteblissements ihnen noch allzu leicht entschliffen könnten.

Das Ministerium von 8 Monaten.

Paris, 10. Januar.

Deschanel's Wiederwahl zum Kammerpräsidenten hat dadurch eine gewisse politische Bedeutung gewonnen, daß die Anhänger des gegenwärtigen Ministeriums die Präsidenten-wahl zu einer Krustprobe zu machen versucht haben, was übrigens seit dem Beginn dieser Legislatur regelmäßig der Fall. Und das Ergebnis? Deschanel, der Kandidat der vereinigten Reaktion, siegte über Brisson, den Kandidaten der vereinigten linksstehenden Republikaner, einschließlich der Sozialisten, mit 308 gegen 220 Stimmen.

Die Liebhaber parlamentarischer Prophezeiungen von hüben und drüben haben jetzt leichtes Spiel. Die reaktionären Parteien glauben an eine Fortbröckelung der Regierungsmehrheit, also an den nahen Sturz des Ministeriums. Die Ministeriellen verweisen dagegen insbesondere auf die geheime Abstimmung bei den Präsidentenwahlen, die es den unsicheren Kantonisten gestattet, ihrer intimen reaktionären Ueberzeugung zu folgen, ohne die Kontrolle der Wähler zu befürchten. Bei der öffentlichen Abstimmung in politischen Debatten würden diese Ueberläufer schon für die Regierung der republikanischen Verteidigung votieren müssen.

Es wäre müßig, die beiderseitigen Prophezeiungen auf ihre Richtigkeit prüfen zu wollen. Bei Personen-wahlen kommen mancherlei kleine und kleinliche Faktoren in Betracht, die in politischen Fragen keine Rolle spielen. Ist Deschanel ein notorisch unfähiger und redt parteiischer Präsident, so zählt er doch zahlreiche einflussreiche Freunde gerade unter der Kammergruppe, die in der gegenwärtigen Parteigruppierung den Ausschlag giebt, unter dem von Melin abgefallenen „linken“ Flügel der Bourgeoisrepublikaner. Die Barthou und Bonicars die jungen Mitstreiter des Strebers Deschanel, haben das meiste für seine Wiederwahl geleistet. Und auch die feinschmeckenden „parlamentarischen Feinschmecker“, mit denen Deschanel — im Gegensatz zu seinem altmodischen Vorgänger Brisson — die Abgeordneten aller Richtungen nachlässig regalierte, werden seinem Erfolg nicht geschadet haben.

Andererseits aber kann der Wiederwahl Deschanel's durch eine reaktionäre und nationalistische Mehrheit wohl die Bedeutung eines Symptoms des politischen Wetters zukommen. Das derzeitige französische Ministerium kann ja noch viel weniger als irgend ein anderes auf Langlebigkeit rechnen, und es hat die durchschnittliche Lebensdauer eines französischen Ministeriums — etwa 8 Monate — nahezu erreicht.

Ueberhaupt hat das Ende des Komplottprozesses die Situation unverkennbar geändert. Der „normale“ Regierungschlendrian hat desto größere Aussichten, das anormale „Ministerium der republikanischen Verteidigung“ abzulösen, als diese selbst in manchen entscheidenden Punkten Schlendrian-Politik getrieben hat. Daher die immer hartnäckiger und bestimmter auftauchenden „Gerüchte“, dieser öffentliche Wiederhall geheimer Intriguen, daß in den parlamentarischen Coullissen ein neues Ministerium bereits fix und fertig gebildet sei. Natürlich wird das neue Ministerium auf den Namen der weiterwundlichen Politiker, Ribot oder Bourgeois, getauft.

Herr Leon Bourgeois, der sich seit längerer Zeit von der politischen Betätigung fern gehalten hat, um sich während der Wirren des Dreifus-Handels nicht zu verbrühen, meldet sich dem auch bereits und bringt sich in empfehlende Erinnerung. Bei einer festlichen Zusammenkunft des Aktionskomitees für republikanische Reformen hielt er eine Rede, in welcher er die Politik Méline's verurteilte und die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung zur Verteidigung der Republik hervorhob. Er entwickelte sodann das Programm der radikalen Partei am Vorabend der Senats-

wahlen, welches vor allen Dingen eine Revision der Verfassung im Sinne des allgemeinen Wahlrechts auf breiterer Grundlage forderte, betonte die Notwendigkeit, eine Umwidmung der Republik durch Einführung reaktionärer Elemente in die Regierung zu verhindern, und trat den Elementen entgegen, welche sich der Worte „Baieland“ und „Armee“ bedienen, um die Republik zu belächeln. Des weiteren verurteilte Bourgeois den Merkantilismus, forderte ein Gesetz gegen die Kongregationen, welche ihre Parole aus dem Auslande erhalten, und sprach sich gegen den Kollektivismus aus.

Deutsches Reich.

Die auswärtige Politik

wird voraussichtlich Anfang nächster Woche im Reichstag zur Sprache kommen. Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigt an, daß eine Interpellation über die Verfassungsnahme deutscher Reichs-Posidampfer sicher eingebracht werden solle. Das genannte Blatt teilt mit, die Vertreter der Reichsregierung hätten gewünscht, daß die Beratung einen Aufschub erfahre, weil sie fürchten, daß durch eine sofort erfolgende Besprechung der Interpellation die Angelegenheit nicht gefördert werde.

Unsere Chamberlainen dürfen also noch einige Tage länger von der Demütigung Deutschlands, vom neuen Othmar Magelieder singen. Die Reichsregierung ist noch lange nicht auf der Höhe der Welt-politik; sonst würde sie die Zwischenfälle mit England nicht in aller Ruhe durchsprechen und ordnen, haben wir erst einige Duzend Panzerkreuzer mehr, so wird Herr v. Sölvén nicht verfehlen, sich auch zu den höchsten Höhen der alldeutschen Gedankenwelt zu erheben, auf denen jedes Ereignis der auswärtigen Politik als Kriegsspiel erscheint.

Die Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen ist nunmehr dem Reichstag zugegangen. Die Vorlage schießt sich an die in der Reichstags-Kommission von 1897 gewonnenen Ergebnisse an. Auf die Verschmelzung der Unfallversicherung mit den anderen Zweigen des Versicherungswezens ist verzichtet worden; ebenso auf eine Vereinigung der bestehenden Einzelgesetze, die für besondere Arbeiterkreise gelten (Gewerbe-Unfall-Versicherungs-Gesetz, Unfall-Versicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft, Bau-Unfall-Versicherungs-Gesetz, See-Unfall-Versicherungs-Gesetz). Gemeinhaltlich gefaßt für alle Geltungsbereiche sind nur die Bestimmungen über die Schiedsgerichte und Versicherungsämter, über Errichtung neuer Berufsgenossenschaften.

Die Novelle umfaßt Bestimmungen des Rechtszustandes in folgenden Beziehungen: Erweiterung des Verursachungs-Kreises; Erweiterung der Leistungen der Berufsgenossenschaften; Vereinfachungen der Verwaltung der Berufsgenossenschaften; Entlastung der Versicherungsämter; Verbeibaltung der Grenzsteuer.

Als besonderer Gesetzentwurf tritt hinzu eine Vorlage betr. Unfallfürsorge für Gefangene.

Wir werden uns demnächst eingehend und kritisch mit den Vor-schlägen der Regierung zu befassen haben.

Die Kaiserrede über die Teckul, über deren Tendenz die Meinungen stark auseinandergehen, hat hinsichtlich ihrer Veröffentlichung eine Vorzeichen. Es war auffällig, daß bei der Jah-rhunderfeier, zu der der Kaiser erwartet wurde, eine Rede verlesen wurde, die Wilhelm II. bei einer früheren Gelegenheit gehalten hatte. Wie die „Alln. Welt. Ztg.“ erzählt, wurde diese Wiedergabe einer älteren Rede als Ersatz für eine erwartete neue be-schlossen.

Ursprünglich hatte der Kaiser beabsichtigt, bei der Feier der technischen Hochschule eine Rede über die Flotte zu halten. Indessen mußte nach im letzten Augenblick gegen diese Absicht Bedenken auf-geworfen sein und die Veröffentlichung des Kaisers „gefunden haben. Dem der Monarch blieb der Feier fern und so unterblieb bei dieser auch jede Anspielung politischer Art. Ursprünglich sollten zwei derartige Anspielungen auch in der Ansprache des Kaisers bei der Ehren-Promotion des Prinzen Heinrich zum Ehren-Doktor-Angener enthalten sein (unter anderem „den Schimmer deutscher Volkstracht in fernsten Meeren“), wurden schließlich aber auch fortgelassen. Der Redner begnügte sich mit der Andeutung, daß die Ausgestaltung der deutschen Kriegesflotte die nächste große Auf-gabe des neuen Jahrhunderts, des Deutschen Reiches und der Teckul sei. Augenblicklich hält man an maßgebender Stelle den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, um öffentliche Kundgebungen zu veranlassen, die ihre Spitze gegen England richten.

Des Generals Glück und Ende.

Als im Sommer der Kaiser plötzlich seine Anwesenheit bei der Errichtung des Dortmund-Ems-Kanals ablegte, äußerte man die Vermutung, es seien alarmierende Gerüchte ausgeschrenkt worden, um die Flotte und damit eine Rede zu Gunsten des Kanals zu bereiten.

Diese Vermutung erhält jetzt eine Bestätigung, wenn anders die „Germania“ zutreffend unterrichtet ist, die sich aus Münster schreibt:

Das Rücktrittsgesuch des kommandierenden Generals des siebenten Armee-Korps, Herrn v. Müllers, Buchberg, erregt in Münster um so größere Aufsehen, als der General infolge seines schwebigen Aus-tretens in der bekannten Deimolde-Affäre als persona gratissima beim Kaiser angesehen wurde. Die in unterrichteten Kreisen un-laufende Version für die jetzige Verabschiedung ist folgende: Der letzte Streik im Kohlenreppier soll ihm, wie seiner Zeit dem Oberpräsidenten v. Hagemeister, den Hals gebrochen haben. Gelegentlich des letzten Streiks im Kohlenreppier im verflohenen Sommer, wo bekanntlich außer dem damaligen Oberpräsidenten Stuhl auch Herr v. Müllers nach Dortmund zog und in einem dortigen Hotel sein Hauptquartier aufschlug, soll er von dort an den Kaiser aufregend berichtet und von dem Besuch in Dortmund zur Kanaleinweihung entlassen abgeraten haben. Ingleich sei aber von Ludwig aus von den Spicis der Civilverwal-tung gerade gegenteilig berichtet: Man finde eine so loyale, ruhige Bevölkerung vor, daß der Kaiser unbedingt zur Ein-weihung des Dortmund-Emskanals kommen könne. Bekanntlich unterließ damals aber der angelegte Besuch des Kaisers, der erst später zur Ausführung kam. Seit jener Zeit, so sagt man, datiere eine Spannung, welche beim Neujahrsempfang der kommandierenden Generale durch den Kaiser besonders grell hervorgetreten sei. Die Kommandierung jenes Vorganges bei Hofe bildete das Rücktrittsgesuch, welches ohne Zweifel genehmigt werden würde.

Der schwebige General, der dem Regenten von Lippe-Deimold getrotzt, habe eine sehr schnelle Karriere hinter sich. Er ist übrigens bürgerlicher Abkunft und ließ sich von einem alten adeligen Herrn adoptieren, um das nötige blaue Blut zu kriegen.

Sollte die obige Darstellung dem Thatsache entsprechen, so würde General v. Müllers-Buchberg von einem Schicksal betroffen worden sein, wie es einst den Oberpräsidenten von Hagemeister ereilte. Während des großen Bergarbeiter-Ausstandes am Ende der achtziger Jahre berichtete das Oberpräsidium in Münster an den Kaiser, daß nur durch Blut und Eisen die Ruhe aufrecht zu erhalten sei. General von Albedyll aber drohte: „Alles ruhig, nur die Civilverwaltung nicht“. Kurze Zeit darauf hatte Herr von Hagemeister aufgehört, Oberpräsident von Westfalen zu sein.

Erordnung eines Deutschen in Kamerun. Infolge tele-graphischer Meldung des Gouverneurs von Kamerun ist, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ berichtet, der Kaufmann Conrau in Bangland von Eingeborenen ermordet worden. Nähere Nachrichten fehlen, doch es ist anzunehmen, daß das traurige Ereignis in Verbindung stehe mit den Vorgängen, die im Rio del Rey-Gebiet zum Tode des Leutenants Lucis geführt haben. Conrau war als einer der erfahrensten und besonnensten Kameruner vom Gouverneur damit betraut worden, der von der Küste abgedrängten Expedition Lucis zu Hilfe zu eilen. Die neubegründete Handelsgesellschaft Nordwest-Kamerun

Katte erst vor kurzem Comau unter sehr vorteilhaften Bedingungen für ihre Zwecke eingekauft.

Bekanntlich ist auch kürzlich ein Schwarzer durch einen deutschen Prinzen ermordet worden, und zwar in der grauamsten und rohesten Weise. Bei der Empörung, die sich nun über die Ermordung eines Deutschen erheben wird, möge man sich dieser Thatfache gefälligst erinnern.

Vom Militärbesetzungs-Prozess wird der „Volls-Zeitung“ aus Solingen geschrieben: Auf dem hiesigen Bezirkskommando mußten sich annähernd 30 junge Leute stellen, die einer Raub- und Mordthat unterzogen wurden, da sie im Verdacht stehen, an der Willen-Affaire beteiligt zu sein. In Gräfrath wurde ein Vater mit zwei Söhnen verhaftet, gegen eine Kaution von 40 000 Mark aber freigelassen. Dem Militärbesetzungs-Prozess, der hauptsächlich Anfangs März stattfindet, soll, wie bestimmt verlautet, ein zweiter folgen.

Lehrkurse im Militär-Strafverfahren. Durch preussische Kabinettsordre ist angeordnet, daß in Vereinen der preussischen Militärverwaltung in allen geeigneten Garnisonen Lehrkurse stattfinden, welche den Offizieren der Armee Gelegenheit bieten sollen, sich in das neue, am 1. Oktober 1900 in Kraft tretende Militär-Strafverfahren einzuarbeiten. Auch sind die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom Kaiser vollzogen worden.

Zu den Schiffs-Beschlagnahmen.

Dem Vernehmen nach haben sich im Reichstag die Centrumspartei, die Konservativen und die Nationalliberalen dahin verständigt, daß in den ersten Tagen nächster Woche die Reichsregierung bezüglich ihrer Stellung zu der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die englische Marine in Erfahrung zu bringen soll.

Die die „Post“ an „unverrichteter Stelle“ erfährt, ist in der Angelegenheit des Dampfers „Bundesrat“ bis jetzt keinerlei Fortschritt zu verzeichnen. Die Beschlagnahme wurde bisher noch nicht aufgehoben, weil das Resultat der Durchsuchung des Schiffes noch aussteht. Die deutsche Regierung führt inzwischen die Verhandlungen mit dem Londoner Kabinett fort, und zwar erstreckt diese Verhandlungen sich nicht bloß auf den Fall „Bundesrat“, sondern auch auf die principielle Frage der Beschlagnahme und die Leistung von Schadenersatz an die Dischilla-Linie.

Aus Durban wird vom Montagmorgen telegraphisch: Die Ladung des „Bundesrat“ wird langsam gelöst. Auf dem Quai ist ein Mann abgesetzt, auf dem die Ladung gelandet und untersucht wird. Dieser ist nur ein Reisender und wohl kein Aufseher, aber man wird mit der Prüfung erst aufhören, wenn die ganze Ladung durchsucht worden ist. Die Arbeit geht sehr langsam vor sich, und man glaubt, daß noch wenigstens zehn Tage vergehen werden, bis sie beendet ist. Die Mannschaften und Zimmerleute des „Bundesrat“ öffnen die schweren Kisten unter Aufsicht der britischen Marineoffiziere.

Der Washingtoner Vertreter des „New York Journal“ meldet, die britische Regierung habe sich erboten, die Eigentümern der in der Nähe der Delagoabai beschlagnahmten amerikanischen Dampfer zu entschädigen, und würde Getreide und Mehl nicht länger als Konteswaren betrachten, wenn sie nicht für den Handel bestimmt sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei von dieser Antwort auf ihren Einspruch befriedigt und der Zwischenfall erledigt.

Ausland.

Rußland in Mittelasien.

Das militärische Vorgehen Rußlands gegen die Grenze von Afghanistan und die indischen Interessen Englands steht in engem Zusammenhang mit seinen intensiven Bemühungen um die wirtschaftliche Anschließung der weiten Gebiete von Turan, Chitwa, Buchara, West- und Ost-Turkestan und das Pamir an das europäische Rußland. Zu diesem Zweck beabsichtigt nämlich, wie der österreichische Generalkonjunkt in Moskau mitteilt, die russische Regierung die Errichtung neuer Eisenbahnlinien nach Mittelasien, die aus dem südlichen Gebiete des europäischen Rußland nach Turkestan führen. Dem so wichtig die sibirische Bahn als eine Verbindung zwischen dem europäischen Rußland und dem Stillen Ocean ist, die wertvollsten Besitzungen Rußlands in Asien, überhaupt die fruchtbarsten Gebiete Mittelasien werden durch dieselbe nicht berührt. Durch diese neuen Bahnen soll ein Mittelasten auf dem kürzesten Wege mit den Handelscentren Rußlands verbunden werden. Zunächst ist beschlossen, eine Bahn von Orenburg längs dem linken Ufer desURAL durch das Turangebiet über die alte Karawanenstraße zwischen Turan und Turkestan bis Taschkent zu bauen. Der Bau dieser Strecke ist ungleich weniger kostspielig wie der der sibirischen Bahn; aber sie schließt ein weit produktiveres Gebiet an die Handelscentren des europäischen Rußlands an. Ergänzen will man später diese Bahn durch eine andere, speziell das Gebiet von China durchquerende, welche von Alexandrow, dem Endpunkt der Postrow-Straschna durch Transkaspien längs dem linken Ufer des fruchtbarsten Amur-Darjathales bis Tschardhuan an der transkaspiischen Bahn führen soll.

Während der sibirische Getreidehandel es bis jetzt nicht über 20 bis 30 Millionen Rub. im Jahre gebracht hat, produziert das West-Turkestangebiet mit China und Buchara schon jetzt über fünf Millionen Rub. Baumwolle, welche Ziffer sich voraussichtlich noch bedeutend erhöhen wird. Dieses Gebiet, wie das angrenzende Buchara und Semipalatinsk, besitzt zwar strenge Winter, aber trotz heizer Sommer, und bietet namentlich in der Fruchtbarkeit und am Fuße der Gebirge außer Baumwolle auch reichliche Ernten von Tabak, Wein, Obst, Reis, Seide und Indurorhan und zeigt eine reichliche Viehzucht. Auch besitzt dieses Gebiet mannigfachen Mineralreichtum, u. a. auch für Rußland um so willkommenere Kohlenlager, als bis heute Rußland seinen Kohlenbedarf zum größten Teil nur durch Seezölle decken kann. Wir haben also hier in nächster Zeit ein entsprechendes Vorgehen Rußlands zu erwarten. Daß die russische Beamtenwelt es bei aller Loherei im Innern sehr gut versteht, ein unterverordnetes Land durch geschickte und zweckmäßige Kolonisation sich organisch einzuverleiben, hat sie gegenüber den schwer zu besiegenden Kaukasusvölkern gezeigt. In dieser Beziehung ist sie den Engländern entschieden über. Hat freilich Väterchen erst festen Fuß gefaßt, dann ist es mit dem Häufchen auch vorbei.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Kalkutta, die indische Regierung sei unterrichtet worden, Rußland verhandle angeblich mit der persischen Regierung über die Bewilligung größerer Eisenbahnlinien. Das Blatt erinnert daran, wie Rußland die Revolution in Indien im Jahre 1884 dazu benutzte, sich Vorteile zu verschaffen und wie es Port Arthur während des sinesisch-japanischen Krieges besetzte.

Oesterreich-Ungarn.

In der österreichischen Delegation erklärte der Kriegsminister von Kriegshammer, die Militär-Strafprozess-Ordnung sei fertig, dieselbe beruhe auf dem Anlagprinzip und dem Prinzip der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens.

Marinepolitik in Oesterreich-Ungarn. Wien, 11. Januar. Die ungarische Delegation verhandelte in ihrer heutigen Plenarsitzung über das Marinebudget. Der Referent Teleki beantragt, der Marineleitung seitens der Delegation Dank und Anerkennung auszusprechen. Referent betont, daß die Marine sich auf die Küstenverteidigung beschränken müsse, da in Ermangelung einer genügend entwickelten Industrie und eines starken Unternehmungsgewittes die Opfer, welche die übrigen Großmächte für die Entwicklung der Marine brachten, in Oesterreich-Ungarn nicht gerechtfertigt seien.

England.

Zusammentritt des Parlaments. Der ungünstige Verlauf des südafrikanischen Krieges und die an Heftigkeit zunehmenden

Angriffe, welche das Londoner Kabinett aus dem eigenen Lager erfährt, haben ansehend den Entschluß zur Reife gebracht, die Verantwortung der Regierung für die südafrikanische Politik durch einen frühzeitigen Zusammentritt des Parlaments zu erleichtern. Nach einer Londoner Drahtmeldung wird das Parlament sich möglicherweise bereits am 30. d. M. versammeln.

Frankreich.

In der Kammer hielt der Präsident Deschanel eine Ansprache, in welcher er daran erinnerte, daß Frankreich im verflochtenen Jahre eine bedeutende Krisis durchgemacht habe. Diese Krisis sei aber für das Leben der Republik durchaus nicht so wichtig, wie von verschiedenen Seiten geglaubt werde. Sie sei eine Zwickelkrisis gewesen, und daraus zu schließen, daß Frankreich sich im Verfall befinde, sei thöricht. So lange in einem Lande eine solche Krisis der Ideen möglich sei, gerate das Land nicht in Verfall. Deschanel schloß seine Rede mit der Hoffnung, daß auch fernherhin der innere und äußere Frieden gewahrt bleiben möge. Im weiteren Verlaufe der Kammer Sitzung wurde der Antrag eines Abgeordneten, welcher für die **aufrichtigen Weber** in Saint Etienne einen Kredit von 300 000 Franks verlangte, einer Kommission überwiesen, die denselben jedoch abzulehnte. Der Antrag wurde alsdann zurückgewiesen. Des weiteren wollte der sozialistische Abg. Zevaco die Regierung über die Ausstände interpellieren. Die Interpellation wurde vertagt. Die erbetene Unterstützung von 20 000 Franks als Entschädigung für den vom Staatsgerichtshof freigesprochenen Angeklagten Parlier wurde abgelehnt und die Sitzung aufgehoben.

Zum Konflikt Frankreichs mit San Domingo erfährt „Daily Mail“ aus New York, die Regierung von San Domingo habe die von der französischen Regierung geforderte Genehmigung, bestehend in einer Entschädigung, bewilligt.

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 11. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Rheinbaben und Kommissare.

Vizepräsident Herr v. Mantouffell eröffnet die Sitzung.

Zur Beratung gelangt der

Gesetzentwurf über die Zwangsverziehung Minderjähriger.

Minister des Innern v. Rheinbaben:

Es ist ein dunkles Kapitel, was der Gesetzentwurf behandelt. Wie die Kriminalstatistik lehrt, ist eine starke Verwahrlosung der Jugend eingetreten. Zehntausende sind vielfach die Bande heiliger Ehen, der Respekt vor Kirche und Schule. Seit 1892 ist die Zahl der jugendlichen Verbrecher um 43 Proz. gestiegen. Die Vergehen wegen Körperverletzung, Bedrohung und Nötigung sind ganz erheblich im Wachstume begriffen und junge Leute unter 18 Jahren spielen dabei eine große Rolle. Die Thatlagen sind erschreckend und müssen jeden Vaterlandsfreund zur Abhilfe anspornen. Nicht immer ist das Maß des Verwahrlosens bei diesen jugendlichen Personen genau festzustellen. Einen starken Anteil hat die Umgebung. Wir sehen vielfach Eltern ihre Kinder direkt auf den Weg des Verbrechens führen. In anderen Fällen ist die Vermögenslosigkeit, die Not und das Elend bei den Eltern an der Verwahrlosung schuld. Hier die bessere Hand anzulegen, ist die Pflicht aller Rechtskundigen. In erster Linie sind zur Besserung Kirche und Schule. Sie thun ihr redliches Teil, auch die zahlreichen gemeinnützigen und kirchlichen Vereine, die sich dieser Aufgabe widmen, verdienen allergrößten Dank. Aber die Thätigkeit aller dieser Vereine und Institutionen war bisher gekennnt durch die Gesetzgebung, die in der Zwangsverziehung bisher nicht weit genug ging. Bisher besteht kein Recht, noch nicht bestrafte Kinder zur Zwangsverziehung zu überweisen, mochte die Entfernung derselben aus schlechter Umgebung noch so notwendig sein. Für Jugendliche über 16 Jahre bestand bisher überhaupt keine Möglichkeit der Zwangsverziehung. Das ist der Hauptmangel der bestehenden Gesetzgebung. Gerade die jungen Leute über 16 Jahre sind bei den Vergehen, die die Strafgerichte beschäftigen, hervorragend beteiligt. Ich kann auch nicht verhehlen, daß ein in jüngster Zeit verhandelter, Aufsehen erregender Prozess die Notwendigkeit der Zwangsverziehung für junge Leute selbst aus besseren Ständen gezeigt hat. Es war besänftigend zu sehen, wie Träger berühmter Namen, Leute aus den höchsten sozialen Schichten, Zeit und Vermögen leichtsinnig bei Spiel und Trunk vergeudet haben. (Sehr richtig!) Wir müssen dahin streben, daß solche Entscheidungen nicht mehr auftreten. Ich bin gegen den einen der in diesem Prozess Beteiligten, der meinem Refort unterstand, mit unmaßstäblicher Strenge vorgegangen, ich habe ihm den erbetenen Abschied nicht bewilligt, sondern habe ihn disciplinär aus dem Dienst entfernt. (Bravo!) Der Gesetzentwurf schließt sich an die Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches an. Was den Kostenpunkt betrifft, so haben sich die Provinzen bereit erklärt, die Kosten zur Hälfte zu übernehmen. Ueber die einzelnen Punkte wird noch in der Kommission zu reden sein. Die Vorlage liegt im Interesse der Erhaltung von Religion und Sittlichkeit, Dinge, für die dieses hohe Haus immer besonderes Verständnis an den Tag gelegt hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Gesetzentwurf Ihre Zustimmung finden wird. (Beifall.)

v. Bredow:

Es erfüllt mich mit Freude, daß die erste That unseres neuen Ministers die Einbringung dieses Gesetzes gewesen ist. Es entspricht einem schon lange gefühlten Bedürfnis. Die Kirche und Schule reicht nicht mehr aus, die Gesetzgebung muß eingreifen. Der Hauptschaden liegt in der Familienverziehung der Kinder der unteren Klassen. Die Verziehung der Aufbringung der Kosten zwischen Staat und Provinz begreife ich, hoffentlich geschieht diese Verziehung öfter. Ich beantrage eine Kommissionsberatung in einer Kommission von 15 Mitgliedern.

Graf v. Mirbach:

Der Tendenz der Vorlage bringen wir wohl alle Sympathien entgegen. Ich will mich im wesentlichen auf die Kostensfrage beschränken. Ihre Regelung entspricht nicht dem vom Herrenhause im vorigen Jahre gefassten Beschluß, wonach für derartige Zwecke, wie ihn diese Vorlage hat, der Staat für die Aufbringung der Kosten einzutreten hat. Ich glaube im Sinne aller meiner Parteigenossen zu sprechen, wenn ich eine Revision der Verpfichtungen aller Kommunalverbände verlange. (Bravo.) Wenig erzieherisch wirkt die immer mehr zunehmende Bagabundage der jungen Leute, an der wieder das Stelenvermittlungswesen auf dem Lande die Hauptschuld trägt. Von der Regierung ist hier Abhilfe zugesagt worden, von der Gewerbe-Ordnungs-Novelle, die jetzt dem Reichstage vorliegt, ist diese Abhilfe aber nicht zu erwarten.

v. Seldorff-Debra:

Am meisten gefährdet sind die unehelichen Kinder, die in Familien untergebracht werden, weil die Mütter nicht in der Lage sind, den Unterhalt für das Kind zu bestreiten. Sollen diese Kinder in Anstalten aufgenommen werden, so werden diese gute Resultate nur dann erzielen, wenn die Anstalten mit reichlichen Mitteln ausgestattet sind. Das ist jetzt nicht der Fall. Eine solche Anstalt, die Kinder in der Landwirtschaft und im Handwerk ausbildete, mußte aus Mangel an Mitteln zu Grunde gehen.

Herr v. Durant:

Die sittliche Verwahrlosung der Jugend ist Thatfache. Die Ursache erblicke ich in der Anwendung vom Christentum, die im deutschen Volke weit Platz gegriffen hat. Zum Teil ist es eine bewußte Abwendung, zum Teil eine Nachlässigkeit, eine gewisse Nichtachtung religiöser Dingen gegenüber. Ich glaube, die Verrohung wird noch mehr zunehmen. Unser Zeitalter ist zu materialistisch. Darunter leidet die Moral. Das macht sich bemerkbar im großen wie im kleinen. Ich weise auf den Krieg zwischen England und den Vooren hin. Auch im Einzelleben geht das Geschäft über alles. Ich würde mich freuen, wenn von der Firma Krupp erklärt werden könnte, daß sie nach England keine Geschäfte geliefert hat. Ich bin dem Minister dankbar, daß er gegen die sogenannten Harmlosen so

energisch Stellung genommen hat. Es sind nach dieser Richtung hin sociale Schäden zu heilen. Die Rückkehr zu den Grundlagen des Christentums kann allein Besserung bringen. Möge Gott dazu helfen!

Herr v. Mantouffell:

Ich bin dem Minister dankbar, daß er die Wünsche der Landesdirektoren im wesentlichen erfüllt hat. Zu diesen Wünschen gehörte, daß auch Kinder ohne gerichtliche Verurteilungen zur Zwangsverziehung überwiegen werden können. Keulich wurden hier zwei Kinder abgeheimt, der jüngere Knabe hatte gestohlen, der andere dabei Schmirer gefunden. Der jüngere wurde der Zwangsverziehung überwiesen, der ältere kam mit einem Verweis davon und von der Zwangsverziehung deshalb frei. Das ist widersinnig. Gut ist es, daß wir endlich eine Vorlage im Herrenhause zuerst zur Beratung bekommen haben. Die Vorlage geht zu weit, wenn sie im § 10 die Unterbringung der Kinder im Landmannshaus nicht zulassen will. Werden die Kinder nur von den älteren Personen getrennt, können sie dort ganz gut untergebracht werden. In der Kommission muß auch die Dotationsfrage ins Rollen gebracht werden. Die Provinzen müssen mehr wie bisher vom Staat dotiert werden. Zu überlegen wird sein, ob nicht der Staat zwei Drittel der Kosten tragen soll und die Provinzen nur ein Drittel. Die Kosten sind wohl etwas zu gering veranschlagt. Der Bau von neuen Anstalten wird große Kosten verursachen. Ich wünsche, daß das Gesetz zu Stande kommt, aber ich wünsche auch, daß der Staat nicht allzusehr den Daumen auf den Geldbeutel drückt.

Oberbürgermeister Deibrick-Danzig:

Auch meine Fraktion ist mit der Tendenz des Gesetzentwurfs sehr einverstanden. Bedenken haben wir nur gegen die Aufbringung der Kosten. Die Belastung der Provinzen hat einen Grad angenommen, der eine weitere Belastung fast unmöglich macht. Ob sich die Dotationsfrage bei Gelegenheit dieser Vorlage wird regeln lassen, ist mir fraglich. Das könnte das Scheitern der Vorlage zur Folge haben und das wollen wir unter allen Umständen vermeiden wissen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Herr v. Durant

berichtet über die Strafverfolgung des Redakteurs der sozialdemokratischen „Volkswacht“, in Breslau, die mit der Verurteilung des Redakteurs zu einem Monat geendet hat. Die Kommission hat nun darüber beraten, ob das Herrenhaus von der ihm zustehenden Publikationsbefugnis Gebrauch machen soll oder nicht. Die Kommission glaubte von der Publikation Abstand nehmen zu sollen, da sie die Sühne für eine ausreichende hielt und sie nicht durch die Kosten der Publikation für den Verurteilten verschärfen will. Außerdem sei wohl auch die Bestrafung genügend weisheit bekannt geworden.

Das Haus ist damit einverstanden. Damit schließt die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Der Termin für die nächste Sitzung ist noch unbestimmt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden von dem Vorsteher-Stellvertreter Mischel geleitet.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl des zweiten Bürgermeisters sind u. a. auch die Stadtv. Singer und Tollsborn, in den Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse auch die Stadtv. Bruns und Singer deputiert worden. Dem Ausschuss für die Vorbereitung des Antrages Sachse betr. die Erhebung von Beiträgen in Gemäßheit des Kommunalabgabengesetzes § 9 bei Straßendurchbrüchen, Verbreiterungen usw. gehören auch die Stadtv. Stadthagen und Bernaui an.

Vor der Tagesordnung steht Stadt. Singer folgende Erklärung ab: In der vorigen Sitzung habe ich aus Anlaß der Verlesung des Schreibens des Bürgerdeputierten Silbermann erklärt, ich konstatiere, daß trotz eines entgegenstehenden Gemeindebeschlusses ein Bürgerdeputierter im Auditorium der Gasanstalt Arbeiten für diese geliefert hat. Der Vorsteher Dr. Langerehan bemerkte darauf, daß jener Gemeindebeschluss sich nur auf die Stadtverordneten bezöge. Der heute amtierende Vorsteher hat die Güte gehabt, mir zu erlauben, folgendes aus den Akten mitzuteilen. Am 15. März 1878 ist ein Schreiben des Magistrats an die Versammlung ergangen, welches sich auf einen Beschluß der Versammlung vom 6. März bezog. Die Petition eines Bezirksvereins um Herbeiführung eines Gemeindebeschlusses, daß Mitglieder der Verwaltung bei Lieferungen für diese, welche mit Nutzen für die Lieferer verbunden sein könnten, fernherhin nicht mehr beteiligt werden sollten, dem Magistrat mit dem Ersuchen um eine bezügliche Vorlage zu überreichen. Der Magistrat jagt in seinem Schreiben, daß schon seit langem die Vorschrift bestünde, daß kein Mitglied einer Verwaltungsdeputation derartige Lieferungen übernehmen solle, und fügt hinzu, daß diese Vorschrift weiter gehe als der Beschluß der Versammlung, insofern er nicht bloß Mitglieder der Versammlung, sondern auch Bürgerdeputierte und Magistratsmitglieder umfaßt. Nach dem Protokoll der Versammlung vom 27. März hat sich dieselbe mit dem Inhalt dieses Schreibens einverstanden erklärt und den Gegenstand für erledigt angesehen. Hiernach unterliegt es keinem Zweifel, daß meine in voriger Sitzung ausgesprochene Meinung auch für Bürgerdeputierte zutrifft. Der Vorsteher Dr. Langerehan wollte schon in voriger Sitzung seinen Juxtum berichtigen; er ist ja leider durch eine allzusehr gute Veranlassung zum Verlassen der Versammlung abgelenkt worden, so daß er nicht mehr anwesend war, sonst hätte er es selbst getan.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl der 3 Beisitzer-Stellvertreter, welche auf die heutige Sitzung verfallen worden war. Vorgeschieden sind Stadtv. Friederici, Förner, Wiske und Borgmann. Die Wahl erfolgt mangels einer Verständigung unter den 4 Fraktionen durch Stimmzettel. Gewählt werden Friederici mit 90, Förner mit 90 und Wiske mit 111 Stimmen; Borgmann erhält nur 82 Stimmen, daneben Weins 4, Reichnow 1 Stimme. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Den Magistratsantrag auf Genehmigung des Entwurfs zum Erweiterungsbau des Friedrich-Wilhelms-Hospitals in der Balliadenstraße 37 hat der niedergerückte Ausschuß abgelehnt. Der Magistrat soll erjudt werden, baldigst eine anderweitige Vorlage wegen Neubaus eines Hospitals und zwar möglichst in Verbindung mit dem Hospital behelfbaren Hospital-Anstalten auf einem anderen städtischen Grundstück, entweder außerhalb oder innerhalb des städtischen Reichbildes an der Peripherie, zu machen. Referent ist Stadtv. Walla.

Stadttr. Mieleng: Ich kann Sie nur bitten, die Ansuchenträge abzulehnen. Gewiß ist es notwendig, neue Plätze für Hospitäler zu schaffen, aber dem dringendsten Bedürfnis wird zunächst durch unseren Vorschlag entsprochen. Ein neues Siedenhaus für 1500 Betten würde mindestens 5-6 Millionen kosten. Da es sich um ein dringendes Bedürfnis handelt, wird die Bauverwaltung jedenfalls schneller als bisher bauen. (Mise: Na, na!) Auch bei einer Anliegerung an das neue Krankenhaus an der Seeferse würden ca. 4 Millionen erforderlich sein, und aus diesem Krankenhaus würde dann ein wahres Verwaltungs-Ungeheuer entstehen. Andererseits läßt sich die Hospitalpflege von der Siedenpflege gar nicht trennen; auch vor einer Zerstückelung der Verwaltung können wir nur dringend warnen. Mit der Herstellung des Erweiterungsbauens und den damit zusammenhängenden Maßnahmen würden wir 700 Betten gewinnen, mit etwa 1/2 Millionen ankommen und für 10-15 Jahre bequem ohne kostspielige Neubauten fertig werden.

Stadttr. Max Schulz: Als die Stadt vor 50 Jahren das Hospital errichtete, hat sie es in weiser Voraussicht an die äußerste Peripherie verlegt. Jetzt, nachdem sich der Osten rapide entwickelt hat, sollen wir einen solchen Platz im Fleische des Ostens nicht bloß konfervieren, sondern noch tiefer besetzen? Alle Kreise der Be-

Verfasser des Ostens drängen auf endliche Beseitigung dieser Hospital-
anlagen; der Magistrat will sie noch mindestens 50 Jahre fort-
bestehen lassen. Die Ballfadenstraße ist eine tote Straße geblieben,
ebenso die Frankfurterstraße auf der Hospitalseite. In zehn Jahren
kommen die Kirchhöfe an der Friedenstrasse in Wegfall; da muß doch
voranschauend schon jetzt für neue durchgehende Verbindungen
geplant werden. Auf 5 Millionen kann es dabei nicht ankommen.

Abg. Dr. Gerstenberg tritt für den Magistratsantrag ein.
Stadt. Verls: Wir teilen nicht die Meinung, daß die Ver-
hinderung des Neubaus den Wohlstand eines ganzen Stadtteils
begründen könnte; aber wir wollen wenigstens einen Stadtteil, der
Viel und Lust und Leben noch sehr ertheilt, dieses nicht noch mehr
einschränken. Für andere Stadtteile ist längst gesehen, was dem
Osten immer noch fehlt. Die alten Damen, die sich in dem
Hospital befinden, werden viel besser daran sein, wenn dieses etwa
nach West verlegt wird.

Stadt. Singer: Diese Frage ist weniger aus dem Interesse
der einzelnen Stadtteile als aus dem Interesse der Personen zu
entscheiden, um die es sich handelt. Das lokale Interesse eines
Stadtteils allein kann für uns nicht maßgebend sein. Wir stimmen
für den Ausbaurantrag, weil wir der Meinung sind, daß es im
Interesse der Hospitaliten liegt, in eine gesündere Gegend zu
kommen.

Nachdem die Stadt. Schulz und Dr. Gerstenberg nochmals
geprochen, nimmt die Versammlung mit großer Mehrheit den Aus-
baurantrag an.

Die Vorlage betr. die Einstellung der Erhebung der
4 Mark Steuerstufe der Gemeinde-Einkommensteuer für
1900/1901 hat der Ausschuss aus den schon bekannten Gründen ab-
gelehnt und lediglich die Beobachtung einer milderen Praxis bei
der Erhebung und Verteilung der Steuerbeträge empfohlen; der
Magistrat soll der Versammlung eine diesbezügliche Vorlage machen.

Der Referent Stadt. Cassel bemüht sich noch besonders, durch
einen langen geschichtlichen Rückblick den Ausschussvorschlagn als eine
große sozialpolitische That hinzustellen.

Ein Antrag Preuß ist auf die neuere unveränderte Annahme
des Magistratsvorschlages gerichtet.

Stadt. Tourbié: Die Zahl der Wähler in dieser Steuer-
stufe hat betragen 80447, dazu kommen etwa 30000, welche
nicht bezahlt haben, also gestrichen sind. Offiziere, Lehrer
und Prediger zahlen keine Kommunalsteuer, die treten ebenfalls
hinzü, endlich würde hinzukommen die große Zahl der kleinen Be-
amten, die zwar Staatssteuer zahlen, aber bei der Kommunalsteuer
auf die Stufe von 4 M. kommen, also befreit sein würden. Es
würden das vielleicht auch noch 20000 Personen sein. Das Wahl-
recht würde die Befreiten unter allen Umständen behalten, denn darin
ist der § 77 des Kommunalabgaben-Gesetzes ganz klar. Der Schluss
des Ausschusses, der eine mildere Praxis empfiehlt, bitte ich unter
allen Umständen abzulehnen; es läßt das den Schluss zu, als ob
bisher eine harte Praxis geübt worden wäre, und davon kann gar
keine Rede sein. Zu Zwangsversicherungen ist es nur in der winzigen
Zahl von 20 Fällen gekommen. In der Hauptsache hat uns die
Hinsicht auf Beamtenersparnis geleitet. Die Beamtenzahl müßte sonst
um 30 vermehrt und die Räume müßten erweitert werden. Wir würden
im ganzen 40 Steuererheber und 35 Unterbeamte sparen. Jetzt
wird die Aufhebungsfrage mit dem Wahlrecht verknüpft. Der Satz:
„Wer nicht mitthätig, soll nicht mittragen“ läßt uns bei dem Drei-
klassen-Wahlssystem im Stich. Ist es denn nötig, einer solchen Ver-
sammlung noch darzulegen, wie nach Adam Smith eine Steuer be-
schaffen sein soll? Sie soll gerecht und bequem sein und das
Ertragsminimum schonen, sie soll auch so wenig wie möglich Er-
hebungskosten verursachen. Ich bitte deshalb um Annahme der
Magistratsvorlage.

Stadt. Singer: Der Referent hat in dem heißen Bemühen,
steuerpolitische Gründe gegen den Antrag zu finden, noch das Motiv
aufgegeben, daß auch noch einigen Offizieren und Beamten einige
Vorteile durch Aufhebung der zweiten Stufe erwachsen könnten. Dadurch
scheint mir der Jovet der Vorlage, den wirtschaftlich Schwachen zu
nutzen, wirklich nicht beeinträchtigt zu werden. Daß der Landtag
ein Gesetz machen könnte, wonach den jetzt Wahlberechtigten das
Wahlrecht entzogen würde, zu dieser Befürchtung hat man keinen
Grund, denn zu den Landtagswahlen wählen alle mit, auch die,
welche gar keine Steuern zahlen. Es ist ja auch ohnehin bis jetzt
noch keine Majorität der Freistimmigen im Landtage vorhanden,
von der man allerdings nach dem Vorgange in Kiel sich eines
solchen Schrittes versehen könnte. Auch der Staat erhebt
indirekte Steuern nicht (Widerpruch des Stadt. Jacobi),
die indirekten Steuern und Zölle werden im Reich bezahlt. Soll
man nun in den Städten die zweite Stufe deswegen erheben, weil
man in den Städten keine indirekten Steuern zahlt? Was ist denn
der Grund- und Wasserpreis anderes als eine besondere Form der
indirekten Steuer? (Zustimmung und Widerspruch.) Jeder Ueberschuß
aus den Einnahmen, z. B. des Verkehrswezens, nach ihrem Uebergange
auf die Stadt würde, und natürlich mit meiner Zustimmung, in
gewissen Grade den Charakter einer indirekten Steuer tragen. Die
Stadt soll nun durchaus 200000 M. nicht missen können, die Stadt
kann dann ihre sozialen Pflichten nicht erfüllen, heißt es. Es freut
mich, daß wenigstens der Gedanke an sociale Pflichten einiger-
maßen lebendig ist. (Oh!) Nun, Ihr Verzicht von vor-
acht Tagen genügt doch nicht von sozialpolitischer Ein-
sicht, da haben Sie sich zum Verschulden des Ma-
gistrats gemacht. Den wirtschaftlich Schwachen mit Steuern zu
verschonen, scheint mir doch eine der ersten sozialpolitischen Pflichten
zu sein. Die Frage muß aus dem kommunal-socialen und dem
steuer-technischen Gesichtspunkt betrachtet werden. Ich bin erfreut, mich,
was ja selten vorkommt, an der Seite des Magistrats zu sehen, aber diese
Freude wird erheblich eingeschränkt dadurch, daß der Haupt-
grund des Magistrats in steuer-technischen Rücksichten liegt. Das ge-
fällt mir gar nicht. (Große Heiterkeit.) Sie können sich sträuben,
so viel Sie wollen, Sie können sich den sozialen Pflichten nicht
mehr entziehen! Mit der bevorzugten Stellung Berlins ist die
Erfüllung dieser Pflichten unabwiesbar verknüpft. Das Existenz-
minimum muß steuerfrei bleiben; was der reaktionäre preussische
Staat that, muß auch Berlin thun. Die Genossen der zweiten Stufe
tragen nichts bei für die Stadt, heißt es, darum dürfen sie auch
kein Wahlrecht haben, wenn sie nicht zahlen. Das allgemeine gleiche
Wahlrecht ist ein angeborenes Menschenrecht, und die Freistimmigen
geben doch sonst vor, für das allgemeine gleiche Wahlrecht ein-
zutreten.

Die Resolution will nun den Magistrat zur „Milde“ auf-
fordern; damit würde eine Menge Untersuchungen über Zahlungs-
fähigkeit z. B. notwendig, welche den Ertrag der Steuer noch mehr
verringern müssen. Beschließen Sie nach dem Magistrats-
antrage, so machen Sie mit einem Schlage alle die-
jenigen wahlberechtigt, die jetzt wegen Nichtzahlung der Steuer des
Wahlrechts beraubt sind, und das sollen ja 30000 sein; z-
nehmen Sie den Ausbaurantrag an, dann nehmen Sie jedem,
dem die Steuer erlassen wird, das Wahlrecht weg, denn
er hat ja die Steuer nicht gezahlt. Ich habe aber von
Anfang an betont und weiß mich darin einzig mit meinen
familiären Freunden: für den Preis des Erlasses der zweiten Steuer-
stufe, für dieses Unsegenrecht verkaufen die Arbeiter ihr Wahlrecht
nicht. Ist die Kommune, in der sie leben, so social, dann sperren
sie lieber die 4 M., um durch die Beteiligung an der Wahl
dazu beizutragen, daß Vertreter gewählt werden, welche
vernünftige Ansichten zur Geltung bringen. (Große Unruhe
und Weisfall.) Von gewählten Stadtverordneten kann man
ja eigentlich hier nur mit einer großen Einschränkung sprechen, weil
ein großer Teil der Versammlung besser als ernannte Stadtverordnete
bezeichnet werden könnte. Steuer-technisch ist es geradezu ein Konfess,
eine Steuer zu haben, die 100 Proz. Einziehungskosten verursacht. Im
Ausbau ist gesagt worden, man müsse die Steuerstufe beibehalten,
damit die Steuererheber etwas zu thun haben; (Große Heiterkeit.)
das ist ja auch Socialismus, aber er ist auch danach.
Gerade diese Steuerklasse zählt fast nur Arbeiter zu Genossen, und
das Wohlthun dieser Genossen besteht darin, daß gerade ihrer Thätig-
keit, ihrer Arbeit der Wohlstand derer zu danken ist, welche hohe
Steuern zahlen können. (Große Unruhe; Stadt. Jacobi: Wir

schlafen!) Die gewerbliche Thätigkeit ist ferner eine solche, welche sie
versicherungspflichtig macht, da haben sie zu der Invalidenversicherung
die Hälfte zu zahlen und den Reichszuschuß mitaufzubringen, zu
der Krankenversicherung zwei Drittel der Beiträge. Ich habe die
Uebergangung, daß auch die Abstimmung ein Barometer dafür sein
wird, wie hoch oder wie niedrig die sociale Empfindung der
Berliner Stadtverordneten-Versammlung steht. (Weisfall und große
Unruhe.)

Stadt. Liebenow: Nach den letzten Mitteilungen vom
Magistrat macht eigentlich nicht die zweite, sondern die dritte
Stufe die meiste Arbeit. Die Erhebung der zweiten Stufe
könnte viel einfacher gestaltet werden; ich habe als Höchstlohnbetrag
160000 M. herangerechnet, und könnten wir die Einziehung in
Entreprise vergeben, so würde der Unternehmer noch ein seines Geschäft
entwerfen. (Große Heiterkeit.) Ein großer Teil der Forderungen beruht
nicht auf dem Nicht-zahlen-können, sondern auf dem Nicht-zahlen-wollen.
(Widerpruch), wie ich aus 20jähriger Praxis weiß. Wir wünschen bei
der Einziehung ein möglichst coulautes Verfahren des Magistrats.
Wo plötzlich die Notwendigkeit von 30 neuen Steuererhebern herkommt,
weiß ich nicht. Mit dem Wahlrecht sollte die Sache gar nicht verknüpft
werden. Wir haben 300000 Wähler in der dritten Abteilung; nach
dem Magistratsantrage wäre gar nicht anzuschließen, daß die
Nichtsteuerzahler in dieser Abteilung die Steuerzahler majorisieren.
(Zustimmung und Lachen.) Es könnten sich andererseits die un-
gerechtfertigten Einkünfte in die dritte Stufe leicht vermehren.
Die Steuererheben würde es nicht verstehen, wenn wir diesen Leuten
die Steuer erließen, aber das Wahlrecht belieben. Wir wollen es
ihnen belassen, sie sollen aber auch die Steuer zahlen.

Ein Antrag auf Vertagung wird (nach 1/2 Uhr) vom Stadt-
verordneten Jacobi beauftragt, von der Mehrheit aber ab-
gelehnt.

Stadt. Dr. Preuß: Die Privatstatistik des Kollegen Liebenow
kann den amtlichen Angaben des Magistrats gegenüber keine
Autorität beanspruchen. Charlottenburg hat diese zweite Stufe ab-
geschafft, auch Kassel — die Stadt Kassel. Daß mit
dem Erlaß dieser Steuerstufe die Begehrlichkeit geweckt
wird, ist eine ungläubliche Befürchtung; wenn der Magistrat
mit einem solchen Antrag kommt, nutzt es mich an, wie
die verkehrte Welt, wenn die Vertretung der Bürgerschaft dagegen
Front macht. Die Steuerdeputation hat einstimmig dem Magistrats-
vorschlagn zugestimmt. Die vom Ausschuss empfohlene „mildere
Praxis“ könnte nur dazu führen, die Steuer völlig zu desorganisieren,
das Wahlrecht würde aber den Genossen von hinten herum doch
genommen werden.

Nachdem Stadt. Ballach sich bemüht hat, die Ausführungen
des Stadt. Singer zu belämpfen, aber von steigender Unruhe be-
gleitet worden ist, scheidet

Kammerer Raab aus, daß er sich gerade diese Vorlage zu
eigen gemacht habe und sich den Dank der Versammlung für ihre
Einbringung zu verdienen geglaubt habe. (Hör, Hör!) Der
Magistrat würde es mit lebhaftem Dank begrüßen, wenn er von
dem unendlichen Ballast dieser Steuererhebung befreit würde.

Stadt. Kreiling stellt fest, daß er gegen 1894 seine Auf-
fassung geändert hat und nicht mehr daran denkt, den Wählern
dieser Stufe das Wahlrecht irgendwie zu beschränken; man
müsse den seitdem so sehr veränderten wirtschaftlichen und
politischen Verhältnissen Rechnung tragen. Der von Singer gegen
die Freistimmigen erhobene Vorwurf sei unbedeutend.

Ein Schlusstrantrag wird gegen 1/10 Uhr abgelehnt.

Stadt. Ulrich (Anticem) steht völlig auf dem Boden der
Magistratsvorlage, und zwar lediglich aus socialen Gründen. Das
Existenzminimum von 900 M. sei doch außerordentlich dürftig und müsse
steuerfrei bleiben; eine Schmälerung des Wahlrechts sei ja ausgeschlossen.
Es wäre auch gar kein Unglück, wenn die Beamten in größerer Zahl
auf diese Weise kommunalsteuerfrei blieben. Seinen Parteifreunden
wäre es auch sehr angenehm, wenn in Zukunft noch weitere Steuer-
stufen freigestellt würden. (Große Heiterkeit. Rufe: alle! Erneute,
andauernde Heiterkeit.)

Nachdem noch Stadt. Dr. Reumann für die Verbeibehaltung
der zweiten Stufe gesprochen, scheidet die Diskussion; der Aus-
baurantrag wird in namentlicher Abstimmung mit
57 gegen 53 Stimmen angenommen.
Schluß 10 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Rückzug? Die bereits angelegt gewesenen Termine zur Ver-
handlung der zahlreichen Kollektivprozesse in Erfurt sind gestern
plötzlich aufgehoben worden. Ob man da von höherer Stelle aus
erst Informationen einholen will?

Oberschlesischer Socialistenprozess in Sicht. Wegen Ver-
breitung zweier polnischer Broschüren: „religia kapitala“ und
„wybor poezyi“, tom I („Religion des Kapitals“ und „Gedicht-
auswahl“, 1. Bd.) soll einigen ober-schlesischen polnischen Partei-
genossen der Prozess gemacht werden. Der Inhalt dieser Schriften
soll geeignet sein, zum Klassenhaß aufzureizen und Einrichtungen
der katholischen Kirche in unflätiger Weise zu beschimpfen. Bisher
sind diese Schriften massenhaft in Deutschland verbreitet worden,
ohne daß jemand ihren strafbaren Inhalt entdeckt hätte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Bauanschläger. In der gestrigen
Versammlung der Streikenden wurde, nachdem die Lohnkommission
über ihre bisherigen Verhandlungen mit der Meisterkommission be-
richtet hatte, beschlossen, die Verhandlungen fortzuführen. Vorläufig
dauert der Streik in vollem Umfange — entgegen der bürgerlichen
Presse — bis eine vollständige Einigung erzielt wird, unverändert
fort. Wenn eine Verständigung zu Stande kommt, so soll ver-
sucht werden, den Lohnstarif mit den gesamten Bestimmungen
vor dem Berliner Gewerkegericht auf eine bestimmte Dauer
festzulegen, damit der Friede im Interesse beider Parteien für längere
Zeit gesichert ist. Es ist die Meinung vorhanden, daß die Unter-
nehmer mit einem solchen Vorgehen einverstanden sein würden und
eigentlich sogar müßten, wenn sie es mit ihren Verhandlungen
wirklich aufrichtig meinen. — Der Stand der Lohnbewegung ist für
die Ausschüßigen nach wie vor recht günstig und sie erwarten
zuversichtlich die Anerkennung der angeforderten Forderungen. Der
Arbeitsnachweis befindet sich bei Busse, Grenadierstr. 33, und
dürfen nur von der Lohnkommission Arbeitskräfte vermittelt werden.

Achtung, Einseher (Tischler)! Da im vorigen Herbst unsere
Lohnbewegung wegen des schlechten Geschäftsganges eingestellt werden
müßte, erachtet es wohl jetzt an der Zeit, dort, wo unser Tarif noch
nicht bezahlt wird, denselben zu seinem Rechte zu verhelfen. An-
gesehen der horrenden Miethsteigerungen, der teuren Lebensmittel, wird
gerade jeder sich freudig den kämpfenden Kollegen anschließen. Unser
Bedienstet ist im Durchschnitt 25—30 M. die Woche, dabei kommen aber
verschiedene Monate der Arbeitslosigkeit hinzu, so daß ein recht
dürftiger Verdienst übrig bleibt. Wir müssen deshalb dort, wo unser
Tarif schon bewilligt ist, denselben entschieden hochhalten, und wo
derselbe noch nicht anerkannt ist, vorgehen. Ebenso müssen wir das
Projektmeisterum beseitigen, damit wir nicht noch von unseren
Kollegen ausgebeutet werden. Kollegen! Erscheint alle in der am
Sonntag, den 14. d. M., Alte Jakobstr. 75, stattfindenden Versamm-
lung. Die Kontrollkommission der Einseher.

Deutsches Reich.

Für den Bezirk der Handwerkskammer Altona fand am
vergangenen Sonntag eine Konferenz der Vorsitzenden der Gewer-
schafts-Kartelle in Reumünster statt, die sich mit der Auffstellung
der Kandidaten zum Gesellschaftsausschuß beschäftigte. Nach einem
Referat über die Bedeutung dieser Korporation wurde für alle Orte
innerhalb des Bezirks der Handwerkskammer eine gemeinsame Liste
der Kandidaten zum Gesellschaftsausschuß festgestellt.

Ausland.
In Währisch-Ostrow hat eine Konferenz sämtlicher Werk-
besitzer des Ostrow-Korwitzer Reviers beschlossen, den Arbeitern mit
Rücksicht auf die günstige Konjunktur namhafte Vergünstigungen frei-
willig einzuräumen, darunter eine Lohnerhöhung von 5 Proz. und
eine Abkürzung der Nachtschicht um eine Stunde vor den Sonn- und
Feiertagen.

Aus Troppau wird gemeldet, daß sämtliche Arbeiter des Poni-
schaches der Wilschauer Steinbrüche einstimmig beschlossen
haben, in den Streik einzutreten. Die Arbeiter des Tiefbau-Schachtes
dürften sich ebenfalls an dem Ausstand beteiligen.

Sociales.

Eine ganz überflüssige Aufregung scheint sich der sächsischen
Textilindustriellen wegen der Erhebungen über die Frauenarbeit
bemächtigt zu haben. Der Stadtrat in Reichenbach hat einstimmig
beschlossen, die Petition des Fabrikantenvereins gegen das angeblich
beabsichtigte Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen zu unter-
stützen. Die Herren meinten gar nicht, wie lächerlich sie sich in ihrer
Angst um den Profit machen.

Der Kampf um Ladysmith

Ist am Montag fortgesetzt worden, doch liegen Nachrichten über den
Ausgang des Kampfes noch nicht vor. Die Boeren haben die Be-
schickung wieder ausgenommen und auch Buller ist wieder in Be-
wegung.

Der Berichterstatter des „Standard“ in Durban telegraphiert,
daß 1200 indische Krankenträger Montagnacht nach der Front ab-
gegangen seien; ihr Abmarsch deute, wie man annehme, auf eine
unmittelbar bevorstehende Bewegung Bullers hin.

„Daily Telegraph“ meldet vom 8. d. M. aus dem Lager von
Preere: Aus den Stellungen der Boeren rund um Ladysmith hat früh
morgens das Feuer begonnen; es dauert noch an, jedoch ist das
Geschützfeuer unregelmäßig.

Englische Vernehmungen.

Inzwischen scheinen die Engländer ihr Heil und Erfolge darin
zu suchen, die Freistaatboeren mit den Transvaalboeren zu verhegen.
Der Korrespondent des „Standard“ berichtet vom 8. d. M. aus dem
Lager von Preere: Er erfahre „aus guter Quelle“, daß Präsident Krüger
nach dem Hauptquartier der Boeren eine Botschaft sandte mit der
Anfrage, weshalb Ladysmith nicht angegriffen werde. Die Antwort
lautete: „Wir würden zu viele Menschen verlieren.“ Krüger er-
widerte, diese Entschuldigung sei von den Freistaatboeren eingegeben;
dieselben sollten an die Spitze gestellt werden. Man
ließ sich dies gesagt sein und griff an. Krügers Mat war in-
sofern gut, als die Verbindeten sich besser benahmen als die
eigenen Bürger. Die Freistaatboeren umhingen einen Hügel befehen.
Während die Transvaalboeren sich vor dem Gegenangriff Whites
unter dem Hohn der Kameraden zurückzogen, hielten die Freistaatler
in der Stellung aus, bis sie mit dem Bajonett angegriffen wurden.

Auf diese Mitteilungen ist wohl nicht das geringste Gewicht zu
legen und sie sind lediglich charakteristisch für die Taktik der Eng-
länder, die bis jetzt auf g e r a d e m Wege keine Erfolge zu erlangen
vermochten.

Aus dem Lager am Modder-River

wird vom 8. d. M. gemeldet: Die Artillerie der Boeren
feuerte heute morgen auf die von der Garde besetzte Redoute. Die
Boeren schossen sehr genau, und ihre Granaten schlugen auf der
Brüstung auf. Die Marinebrigade antwortete. Das Artillerieduell
dauerte ohne Verluste auf beiden Seiten mehrere Stunden.

Aus Kapstadt wird vom 8. d. M. gemeldet: Die Boeren
bestanden, daß auf seiten der englischen Garnison in Kuruman
achtzig Schwarze schickten. Die Boeren beabsichtigen, durch die Weg-
nahme Kurumans den Weg für ein in den Freistaat und Reichards-
distrikt zu entsendendes Detachement zu eröffnen. Die Eingeborenen
dieser Distrikte sind sehr aufgereggt, und die Boeren hoffen, sie zur
Revolte zu treiben.

Friedensbestrebungen.

Die Baronin Suttner veröffentlicht namens der öst-
reichischen Friedensgesellschaft eine Adresse, welche das inter-
nationale Friedensbureau in Bern an den Präsidenten
der Vereinigten Staaten Mac Kinley gerichtet
hat, und worin darauf hingewiesen wurde, daß der Papst
durch den Kardinal Vaughan England seine Friedensvermitte-
lung anbot und Kaiser Wilhelm hiervon verständigte. Präsident
Mac Kinley wird nun aufgefordert, auf Grund der freundschaft-
lichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu England gleichfalls
seine Friedensvermittlung anzubieten. Schließlich richtet die Gesell-
schaft der österreichischen Friedensfreunde an alle, die ein Ende dieses
Krieges herbeiwünschen, die Bitte, folgende Erklärung zu unterschreiben:
„Wir schließen uns den Bestrebungen zur Einstellung des süd-
afrikanischen Krieges an.“ Diese Erklärungen sind mit möglichst
vielen Unterschriften der Gesellschaft der österreichischen Friedensfreunde
einzusenden.

Man darf bezweifeln, ob sich bei der gegenwärtigen Lage des
Krieges ein Sovereign oder der Präsident einer Republik der un-
denkbaren Aufgabe unterziehen möchte, den der Abweisung sicheren
Friedensvermittler zu spielen.

Beschlagnahme eines russischen Schiffes.

Die Engländer beschlagnahmten, wie aus St. Petersburg
berichtet wird, ein auf der Fahrt nach Philadelphia befind-
liches russisches Lloyd-Schiff. Der Lloyd rief die Intervention der
russischen Regierung an.

Letzte Meldungen.

London, 11. Januar. Die Abendblätter melden, dem Kanal-
geschwader sei der Befehl zugegangen, sich bereit zu halten, am
31. d. Mts. in See zu gehen. Das Geschwader werde nach Gibraltar
abgehen und das für besondere Dienste bestimmte dort befindliche
Geschwader ablösen, welches wahrscheinlich nach dem Kap abgehen
werde.

London, 11. Januar. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt,
hat die britische Regierung beschlossen, daß Nahrungsmittel, die
auf neutralen Schiffen befördert werden und für neutrale Häfen
bestimmt sind, der Beschlagnahme nicht unterworfen sein sollen,
ausgenommen, wenn aus den Landesverzeichnissen der Schiffe hervor-
geht, daß die Nahrungsmittel für den Feind bestimmt sind. In
diesem Falle sollen sie als Konterbande behandelt werden.

Da die Regierung beschlossen hat, englischen Schiffen Handels-
verbindungen mit dem Feinde nicht zu gestatten, so kann auch die
Ladung amerikanischer Wehls, welche kirchlich an Bord eines eng-
lischen Schiffes in Port Elizabeth beschlagnahmt wurde, nur mit
einem fremden Schiff, über dessen Handelsverbindung mit Transvaal
Großbritannien keine Kontrolle zusteht, so lange es sich nicht um
Kriegskonterbande handelt, nach der Delagoabai gebracht werden,
um von da nach Transvaal geschickt zu werden.

Durban, 8. Januar. (Meldung des „Reuter'schen Bureau“.)
Die Freigebung des deutschen Dampfers „Herzog“ erfolgte
heute nachmittags. Das Schiff hatte wegen der im Hafen
herrschenden großen Frequenz in denselben nicht einlaufen können.
Der Marichall des Kriegsgerichts weigerte sich, das Schiff zu über-
nehmen, so lange es draußen vor Anker liege. Mittelsweile hatten
die von dem Kommandanten Kapitan Scott angestellten genaueren
Untersuchungen keinen genügenden Grund zur Festhaltung des
Schiffes ergeben. Der Dampfer wurde daher, ohne daß er vor das
Kriegsgericht gekommen wäre, auf Anordnung Scotts freigegeben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Posen, 11. Januar. (B. L. B.) Das „Posener Tagebl.“ meldet:
Wie verlautet, ist der Landrat z. D. Dr. Waarth zum Regierungsrat
ernannt und der Regierung zu Schlesien überwiesen worden. Da
hierdurch sein Landtagsmandat erlischt, hat im Wahlkreise Posen-
Land, Obornik, eine Neuwahl stattgefunden.

Reichstag.

125. Sitzung vom 11. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky. Das Haus ist schwach besetzt. Zunächst wird der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1899 debattiert.

Die 2. Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Innern.

Abg. Sachse (Soz.):

Als ich in der Sitzung vom 29. November die Revisionszahlen bei den deutschen Berg- und Hüttenwerken anführte, glaubte der Abg. Hilbe mich widerlegen oder mir gar falsche Citirung unterzulegen zu können. Es wäre praktischer gewesen, wenn Herr Hilbe sich erst überzeugen hätte, ob er mir einen solchen Vorwurf machte. Meine Zahlen stammen aus den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsräte. Es muß doch jedemmann auffallen, daß nach diesen Berichten im Jahre 1896 im Berg-, Hütten- und Salinenwesen 1489 Revisionen vorgenommen und 587 Anlagen revidiert worden sind. Diese Zahlen stimmen vollständig nach den Berichten des Jahres 1896. Die Berichte des Jahres 1897 geben eine ganz andere Höhe, nämlich daß 12 048 Revisionen vorgenommen sein sollen. Offenbar haben hier die Herren Revisionsbeamten einen ganz anderen Modus eingeschlagen. Sie können doch unmöglich binnen Jahresfrist eine zehnmal so hohe Zahl von Revisionen ausführen. Vielleicht haben die Herren jede Unfalluntersuchung als Revision eingestuft.

In den Berichten wird immer die Höhe der Löhne, die Arbeitszeiten angegeben, aber über die Löhne und Arbeitszeiten und namentlich über die Löhne überhand nehmende Sonntagsarbeit erfährt man nichts. Wären auch hier schon die wahren Thatsachen veröffentlicht worden, so würde sich die Kommission für Arbeiterstatistik schon lange daran gemacht haben, die Zustände zu prüfen, und die Regierung hätte längst Remedialmaßnahmen ergreifen können. Der Arbeiter kann nichts dagegen machen, denn wer sich weigert, Ueberstunden- oder Sonntagsarbeit zu übernehmen, fliegt aufs Klotz. Durch eine Verdünnung der betreffenden Zahlen wären auch weitere Kreise darüber angeklärt worden, daß die Löhne gestiegen sind, dies nur durch übermäßige Ausbeutung, durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit erzielt worden ist. Nicht nur von den Socialdemokraten, sondern auch von den Christlichen Bergarbeitern ist bestätigt worden, daß über 400 Schichten im Jahre von einzelnen Arbeitern gemacht werden müssen, sogar über 40 Schichten in einem Monat. Da müssen natürlich die höheren Löhne herauskommen. Wird nun in Zukunft eine Zusammenfassung nicht mehr gegeben, so werden hoffentlich die Berichte der einzelnen Länder in dieser Beziehung ergänzt werden. Nach einer Mitteilung aus dem Sächsisch-Böhmischen Revier ist dort die Sonntagsarbeit in krasser Weise vorhanden, so daß mancher Arbeiter entgegen den gesetzlichen Vorschriften einen Sonntag nach dem andern arbeiten muß.

Ich hatte damals auch ausgeführt, daß die Berichte der sächsischen Inspektoren nicht für richtig halte. Natürlich haben sie nicht absichtlich falsch berichtet. Die sächsischen Inspektoren kümmern sich viel zu wenig um die wahren Zustände, sonst könnte es nicht vorkommen, daß ein Inspektor sagt, die Sonntagsarbeiten sind abgeklärt. Die Kommission für Arbeiterstatistik müßte diese Zustände einmal näher prüfen, um hier ein klares Bild zu schaffen, jedoch Untersuchungen geben sind, um die Vergütung zu verbessern und reichhaltiger zu regeln.

Bei der mangelhaften Inspektion haben unter den Ueberstunden nicht nur die Arbeiter liden, sondern, wie auch Herr Reichel im preussischen Abgeordnetenhaus angegeben hat, freigelegten sich die Zahlen der Unfälle infolge dessen in erschreckendem Maße. Die Inspektion müßte beratend ausgebaut werden, daß auf je 2000 Arbeiter ein Arbeiterdelegierter als Assistent gestellt wird, der nichts zu thun hat, als seinen Bezirk zu beaufsichtigen. Dieser müßte zehn Jahre lang als Bergarbeiter beschäftigt gewesen sein und Routine haben, damit er nicht so leicht hinter das Licht geführt werden könnte wie die akademischen Beamten. Diese sollten von den Arbeitern selbst gewählt werden, denn sie werden um so größeren Einfluß haben, wenn sie das volle Vertrauen der Kameraden genießen.

Ein weiterer Grund für die geringe Wirksamkeit der Inspektion ist auch die Thatsache, daß sich die Inspektoren auch oft vorher anmelden. Manchmal teilen die Inspektoren direkt mit, den und den Punkt werden wir besuchen, den und den Weg machen. Auf eine solche Inspektion kann man doch keinen besonderen Wert legen.

Ein Einfahrer hat zwei Italiener in einer Gruppe angetroffen, die weder deutsch lesen noch sprechen konnten. Wo bleibt denn da die Sprachverordnung von 1896, die die Anstellung solcher Leute verbietet? Welche Gefahren ein solcher Zustand heraufbeschwören kann, das ist schon früher von der Regierung anerkannt worden.

Gestatten Sie mir hier einige Bemerkungen darüber, wie man die Kontrolle hinter das Licht führt, nach einem Briefe aus der Feste Kaiserstuhl. Ein Arbeiter schreibt u. a.: Neue Latzen waren so lange nicht vorhanden, bis ich einen Bericht in die Rhein. Westf. Arbeiter-Zeitung brachte. Es war solche Nachlässigkeit vorhanden, daß die Wetterführung nur noch bis 60 Meter vor Ort reichte. 20 oder 30 Minuten nach dem Schießen gingen wir vor. In der ersten Zeit war der Qualm ziemlich verträglich. Je weiter sich aber die Arbeitsstelle von dem Ende der Wetterführung entfernte, um so schlimmer wurde es mit dem Qualm. Aber die nötigen Treiber, Aufseher genannt, sind dabei, und so muß man wieder vor. Oft wurde uns stark unwohl, mußten uns erbrechen und fuhren eines Morgens raus 3 Mann, den folgenden Vormittag 4 Mann. Erst als die Miststände in der dortigen Arbeiter-Zeitung kritisiert wurden, traten Besserungen ein. Ebenso trauig wie die Wetterführung, war auch die ganze Wasserabteilung in diesem Sammpferlager bestellt, so daß uns oft, obwohl wir lange Stiefeln trugen, das Wasser oben in die Stiefel drang. Auch hier wurde erst Rat geschafft, als es überhaupt mit dem Arbeiten nicht mehr ging. Fahrklässigkeit ging es auch bei dem Verrieseln zu. Einmal wurden wir vor der Kohle beschäftigt, wo wir in unserm Durchschlag nicht machen konnten, weil die große Schachtpumpe entweicht war. Auf einmal heißt es, ein Bergbeamter kommt, und nun erst wird die Mischvorrichtung in Stand gesetzt. Die Bergbeamten benehmen sich oft recht partiell. Als einmal einem der Heuer unwohl wurde, fragte man ihn, ob er nicht etwa vom Sonntag noch unwohl sei. Solche Inspektoren können das Vertrauen der Arbeiter nicht genießen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Inspektoren müßten stets und ständig in den Gruben sein, dann müßten sie genau Bescheid. Wenn jetzt ein Unfall passiert ist, dann ist gewöhnlich der Arbeiter schuld, besonders wenn er tot ist.

Nach einige Worte, zu den Vergütungen, die vorgeschlagen sind. Auf der Feste „Unser Feind“ wurden 2 V. verbotswidrig junge Leute beschäftigt und nach dazu besonders zu Ueberstunden herangezogen. Als die Schichtzeit eingesehen wurden, stellten es sich heraus, daß die Zettel gefälscht waren. In einem Jahre müßten 33 jugendliche Arbeiter 687 Ueberstunden machen. Wie mag es da erst bei den erwachsenen Arbeitern aussehen? Der Betriebsleiter der Feste „Unser Feind“ wurde mit nur 50 M. bestraft. Wegen der Urkundenfälschung wurde nur eine Strafe von zwei Weip. einer Woche erhandelt. Die Arbeiter dagegen werden wegen kleiner Vergehen viel härter bestraft.

Das sind Zustände, denen die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit schenken muß. Wenn die Vergewerks-Inspektion genügend ausgebildet wird, dann werden die Verletzungen wegfallen, die Zahl der Unfälle wird sich vermindern, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter werden sich verbessern. (Lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Hilbe (natl.):

Meine Behauptung, daß die socialdemokratische Partei bei der Verteilung der Vergütungsberichte und der Gewerbeaufsichtsberichte eine besondere Brille sich aufsetze, muß ich nach den heutigen Ausführungen des Vordröner durchaus aufrecht erhalten. Er hat zwar die schlechten Zahlen von 1896 vorgelesen, aber nicht die guten Zahlen von 1897.

Der Herr Vordröner hat von den schänderhaften Zuständen in den Bergwerken gesprochen und auf die Statistik hingewiesen. Es kommt nur darauf an, wie man dieselbe ansieht. Nach der Statistik haben sich die Todesfälle prozentual von Jahr zu Jahr vermindert, die Fälle von völliger Invalidität verminderten sich sogar nicht nur prozentual, sondern auch absolut. Allerdings haben sich die Unfälle, die nur vorübergehende oder teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, ganz bedeutend vermehrt. Das ist aber einfach die Folge des Unfallversicherungs-Gesetzes, weil jetzt viel mehr Fälle angezeigt werden und auch der Begriff des Unfalles sich sehr erweitert hat.

Das häufige Fortziehen der Arbeiter von einer Gruppe zur andern ist auch ein Grund zur Steigerung der Unfälle. Die Arbeiter müßten festhaft gemacht werden. Aber dagegen werden sich gerade die Socialdemokraten. Da heißt es: „Macht Euch nur nicht abhängig von den Werken.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Was die Ueberstunden anbelangt, so steht in jeder Arbeiterordnung: keiner darf zu Ueberstunden gezwungen werden. Wenn das doch geschieht, so sind ja die Gewerbegerichte da.

Vor allem gehören die meisten Beschwerden des Herrn Abg. Sachse in erster Linie vor die Beamten des königlichen Oberbergamts und nicht vor den Reichstag, der die einzelnen Fälle gar nicht kontrollieren kann. Herr Sachse beschwert sich darüber, daß die Inspektoren zu wenig praktisch ausgebildet wären. Herr Sachse selbst ist aber auch nicht Vergamts, sondern Modellinspektor. Er hat aber ein Urteil über diese Dinge.

Wenn auch der Revisionsbeamte vorher seine Anwesenheit, so ist es doch denkbar, daß man plötzlich alles an den betreffenden Stellen in Ordnung gebracht wird, wenn es nicht schon vorher in Ordnung war. Es ist das gar nicht möglich.

Was die Sprachverordnung betrifft, so bezieht sich dieselbe nur auf Leute, die irgend einen einflußreichen Posten haben, die mit anderen verkehren müssen oder Signale verstehen müßten.

Geheimrat Freund:

Das Urteil des Herrn Sachse über die Vergamts-Beamten ist doch wohl zu hart. In diesem Jahre sind in Preußen 65 Beamte mehr eingestellt. Sie wirken vortrefflich, aber es ist natürlich nicht zu erwarten, daß die Wirkung dieser vermehrten Aufsicht sich sofort zeigt. Was die vorherige Anmeldepflicht betrifft, so muß der Aufsichtsbeamte, wenn er einen bestimmten Beamten des Berges sprechen will, doch von seiner Anwesenheit vorher Mitteilung machen.

Im übrigen hat der preussische Herr Handelsminister die Aufsichtsbeamten ausdrücklich angewiesen, wenn irgend möglich, ihre Revisionen ohne vorherige Anmeldung vorzunehmen. Was die zwei Italiener anlangt, so handelte es sich hier um einen von 200 000 Arbeitern, da ist eine so genaue Kontrolle ganz unmöglich. Uebrigens brauchen die Leute nach der Verordnung nur in der Lage zu sein, Anordnungen ihrer Vorgesetzten zu verstehen, dazu brauchen sie durchaus nicht die deutsche Sprache zu beherrschen.

Daß auf je 2000 Arbeiter ein Delegierter kommt, ist ganz un-durchführbar. Ich verweise auf die Erklärung des Herrn Minister Graf v. Helldorf im preussischen Abgeordnetenhaus, die darin gipfelte, daß wenn sich das System der sogenannten Einfahrer bewährt habe, auch eine gewisse Teilnahme von Arbeitern an der Inspektion vielleicht in Betracht gezogen werden könnte. — Uebrigens möchte ich darauf hinweisen, daß Vergamtsbeamte, die ihrer Pflicht nicht genügen, ohne weiteres ihres Amtes entsetzt werden können, wie das auch geschehen ist. Ueber den Fall auf Feste „Unser Feind“ sind die Akten noch nicht abgeschlossen. Die Sache schwebt zur Zeit vor dem Reichsgericht.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Ich habe im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß bei der Berechnung der Unfallrenten für die Seelenste die Witwen und Waisen derselben sowie die Krüppel in ganz erheblicher Weise geschädigt werden. Ich brachte damals den Nachweis, daß 1898 die Festsetzung des Herrn Reichsanwalters volle 25 Proz. unter der thatsächlich erzielten Durchschnittsrente blieb und dadurch wurde dem auch die Rente der durch Unfall Verletzten um 25 Proz. geschädigt. Bei einer 1898 vorgenommenen Festsetzung blieb der Herr Reichsanwalters um 16 1/2 Proz. hinter dem thatsächlichen Pauschbetrag zurück, so daß auch da wieder eine neue Schädigung der Witwen und Waisen und Krüppel eintrat. Am 22. August des vorigen Jahres erließen nun eine neue Festsetzung, die von der des Jahres 1898 abwich. Damit erkannte die Reichsregierung meine Ausführungen als begründet an. Ich will anerkennen, daß diese neue Festsetzung so schmerzhaft erfolgt ist, das ist aber auch alles Lob, was ich ihr spenden kann. Es ist nichts geschoben, um die so lange geschädigten Witwen und Waisen nun nicht zu entschädigen. Außerdem setzt zwar die neue Festsetzung einen etwas höheren Satz an wie früher, entspricht aber noch immer durchaus nicht dem 8 6 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes. Dieser Paragraph lautet: „Für diejenigen Klassen der Schiffbesatzung, welche neben dem Lohn regelmäßige Nebeneinnahmen beziehen, wird bei der Berechnung des Jahres-Arbeitsverdienstes der durchschnittliche Gehalt der Nebeneinnahmen in Anrechnung gebracht. Der Durchschnitt der Nebeneinnahmen an deutschen Fahrzeugen während der letzten drei Kalenderjahre, in welchen Mobilmachung nicht stattgefunden hat, gezählte Löhne zu Grunde zu legen.“ Nun betrug nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die Durchschnittsrente für den Vollmatrosen 1896: 51,74 M., 1897: 54,3 M., 1898: 56,52 M., also jedesmal über 50 M. Das Reichsanwalteramt berechnet aber danach den Durchschnitt auf 50 M. Wie das herauskommt, kann ich nicht begreifen. Die Nebeneinnahmen sind auch nicht hinzugerechnet worden, das Reichsanwalteramt scheint dieselben sogar abgezogen zu haben. Da darf man doch fragen, was denn für ein Bedürfnis vorliegt, gerade diesen armen Leuten die ihnen gesetzlich zukommende Rente vorzuenthalten. Andere Arbeiter bekommen viel höhere Renten. In der Hauptkategorie, wo drei Viertel aller Annäherungen vorkommen, in Hamburg, Bremen und Bremerhaven, beträgt der gewöhnliche Tagelohn 3 M. Die aller-niedrigste Volkrente, die danach bewilligt werden kann, ist 600 M. pro Jahr, also 50 M. pro Monat, die Witwenrente beträgt 15 M. pro Monat, die Waisenrente 11,25 M. Die Rente eines Vollmatrosen bleibt dagegen hinter der Rente der schlechtest bezahlten Arbeiter in diesen Städten um 15 M. zurück, sie beträgt 35 M., die Witwen- und Waisenrenten der Matrosen bleiben ebenfalls ganz erheblich hinter den entsprechenden Renten der schlechtbezahltesten Arbeiter zurück. Die See-Versicherungsgesellschaft, die 182 000 M. für Verwaltungskosten ausgiebt, hat 1898 459 000 M. an Entschädigungen gezahlt, also die Verwaltungskosten betragen 39 Proz. der Entschädigungskosten. An den Verwaltungskosten könnte diese Gesellschaft wohl sehr gut sparen und lieber den Witwen und Waisen die Renten zahlen, die ihnen nach dem Gesetz zukommen. — Im vorigen Jahre brachte ich einen Fall vor, in dem die See-

Versicherungsgesellschaft einen Versicherten die Rente entzogen hatte mit der Angabe, er sei eigentlich nicht versichert, weil er nicht zur festen Besatzung des Schiffes gehört habe. Ich habe nun die Genehmigung gehabt, daß in dem Jahresbericht der Hamburger Reeder die Besatzungen der See-Versicherungsgesellschaft auf das schärfste verurteilt wird, die Reeder erklären sich mit dieser Ausnutzung der Widen des Gesetzes durchaus nicht einverstanden. Herr v. Wöbke sagte damals, niemand könne dieser Versicherungsgesellschaft vorwerfen, daß sie nicht die Interessen ihrer Versicherten wahrnehme, nach meiner Erfahrung ist das gerade Gegenteil der Fall. Die Angehörigen dieser See-Versicherungsgesellschaft waren zur Zeit der Centenarfeier in fieberhafter Thätigkeit, sie mühten häufig Ueberstunden machen, das Bureau der Versicherungsgesellschaft ist zugleich das Central-Organisationsbureau von Flottenvereinen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Zwischen diese Thätigkeit der Beamten etwas mit der Unfallversicherung zu thun hat, weiß ich nicht. Die muster-hafte Durchführung dieser Gesellschaft wurde vom Reichs-Versicherungsamt anerkannt. Dies geschah nach einer Revision, die so oberflächlich war, daß eine Unterschlagung von ca. 100 000 Mark durch den Geschäftsführer Stöber gar nicht bemerkt wurde. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Reichstag hat also alle Ursache, darauf zu dringen, daß die Witwen und Waisen der Seeleute und die Krüppel die ihnen gesetzlich zustehende Rente auch wirklich ausgezahlt erhalten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Direktor v. Wöbke:

Es vergeht keine Session, in der nicht der Abg. Mollenhuth es versucht, sich an der See-Versicherungsgesellschaft zu reiben. Ich kann der See-Versicherungsgesellschaft nur ein gutes Zeugnis ausstellen. Sie sucht die ihr gestellten Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. (Zuruf des Abg. Mollenhuth: Die Hamburger Reeder sind anderer Ansicht.) Was nun die Durchführung anlangt, so ist es richtig, daß der Geschäftsführer große Unterschlagungen begangen hat. Das ist bedauerlich, aber der See-Versicherungsgesellschaft ist deshalb kein erheblicher Vorwurf zu machen. Der Vorwurf beweist nichts gegen die sozialen Bestrebungen der See-Versicherungsgesellschaft. Herr Mollenhuth hat auch nur einen Fall anführen können, in dem ein Mann keine Rente erhalten konnte. Dafür waren aber Rechtsgründe maßgebend und Billigkeitsgründe konnte die Versicherungsgesellschaft nicht gelten lassen. Das Reichs-Versicherungsamt hat konform mit der Versicherungsgesellschaft entschieden. Der Fall ist bedauerlich, vielleicht giebt er Veranlassung, bei der Neugestaltung des Unfallgesetzes eine Änderung herbeizuführen. Herr Mollenhuth hat es so dargestellt, als ob die Berechnungen absichtlich zum Nachtheil der Witwen und Waisen zu gering festgelegt worden sind. Herr Mollenhuth wird weder mit geringem meiner Mitarbeiter nachzusehen können, daß wir jemals absichtlich zum Nachtheil der arbeitenden Klassen etwas gethan haben. Die Vorstellungen des Abg. Mollenhuth haben denn auch meinem Herrn Chef Veranlassung gegeben, über die Höhe der Durchschnittsrenten Berechnungen anzustellen und es ist beschloffen worden, eine erneute Festsetzung der Durchschnittsrenten vorzunehmen. Provisorisch ist die Höhe bereits im August dieses Jahres erhöht worden. Maß-wirkende Kraft kann diese Erhöhung nicht haben, in eine nach-trägliche Vergütung können wir also nicht willigen. Ich hoffe, Herr Mollenhuth wird jetzt zufriedengestellt sein.

Sächsischer Geheimrat Fischer:

nimmt die sächsischen Vergütungskommissionen gegen die Angriffe des Abg. Sachse in Schutz. Was den letzten Fall anlangt, so hätte Abg. Sachse die Güte haben sollen, ihn der sächsischen Vergütungskommission mitzuteilen. So kann ich heute nichts sagen, als daß wir den Fall eingehend untersuchen und alles Nötige veranlassen werden.

Abg. Schrader (fr. Dsg.):

Ich habe die Hoffnung ausgesprochen, daß der vom Abg. Mollenhuth angeführte Fall der Rentenabrechnung Anlaß zu einer Gesetzesänderung geben wird. Er kommt noch einmal auf die Reform der Wohnungsfrage zurück und hebt noch einmal die Notwendigkeit einer baldigen Regelung dieser Frage hervor, auf die ich schon hinwies, die mit den Vagenheiten der Gesetzgebung verbunden sind. Im einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners, der vom Plage aus spricht, unverständlich.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wenn ich über die See-Versicherungsgesellschaft und ihre schlechte Geschäftsführung hier Klage geführt habe, so hatte ich recht. Ich habe diese Geschäftsführung von der schlechtesten Seite kennen gelernt. Die Regierung lernt die See-Versicherungsgesellschaft ja nur bei Generalversammlungen und ähnlichen Gelegenheiten kennen und mag dabei glänzendere Reize bekommen haben. Hoffentlich atmet der von mir erwähnte Fall nun Anlaß zur Gesetzesänderung. Die See-Versicherungsgesellschaft hat übrigens 10 Jahre lang anders entschieden. Jedes Jahr lang bekommen die nur im Hafen beschäftigten Leute, die also nicht angestrichelt sind, eine Rente, wenn sie verunglückten. Herr v. Wöbke hat die Zahlen, des Statistischen Amtes nicht für zuverlässig gehalten. Der Direktor des Statistischen Amtes hat bei einer früheren Gelegenheit einmal erklärt, daß die Zahlen absolut zuverlässig sind. Aber im Reichsamt des Innern scheint man ihn nicht zu glauben. Die Vergütung der zu wenig gezahlten Beiträge halte ich nach wie vor für notwendig. Sie entspricht nicht nur der Billigkeit, sondern auch dem Recht.

Abg. Dr. Ortzel (Dl.):

Ich will einen anderen Punkt berühren. Das Börsengesetz ist unserer Ansicht nach nicht durchgeführt, und zwar in drei Punkten nicht. Erstens unterstehen die Kreditbörsen weder der Börse noch der Marktpolizei. Zweitens ist die Vereinigung der Kaufleute in dem Heiligen Geist-Spittel unserer Meinung nach eine Börsen- und müßte ebenso wie der Feenpalast geschlossen werden. Drittens werden dort unserer Meinung nach verbotene Vermögensgeschäfte gemacht. Wir wollten die Angelegenheit in aller Unschicklichkeit erörtern, wir sehen aber heute davon ab, weil wir hören, daß es demnächst zu einer Entscheidung kommen wird. Wir betragen deshalb die Erörterung bis zur dritten Lesung des Etats. Entweder muß das Börsengesetz ausgeführt werden, oder reicht dieses nicht aus, so muß eine Änderung des Gesetzes erfolgen. Wir halten es für nötig, die Bedeutung und den Ernst der Sache der Regierung zu Gemüte zu führen. (Beifall rechts.)

Geb. Rat Södder:

bestätigt, daß Verhandlungen schweben, um über die freireligiösen Fragen gerichtliche Entscheidungen herbeizuführen. Von dieser Entscheidung wird es abhängen, ob die Regierung Antrag haben wird, weitere Maßnahmen zu treffen.

Abg. Noeren (Cr.):

kennt auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zurück. Das Gesetz ist gut, schlecht ist seine Anwendung durch die Gerichte, die sich in den Geist des gewerblichen Vortenschutzes nicht hineinbeugen können. Hoffentlich wird bei längerer Geltungsdauer des Gesetzes eine freiere Interpretation Platz greifen. Welche muß noch etwas gegen den Ausverkauf, sollen nicht die wünschenswerten Wirkungen des Gesetzes gänzlich in Frage gestellt werden. Hiert hat es dem Ausverkauf-Schwund Einhalt gethan, bis 1897 das Reichsgericht in einem solchen Ausverkaufsfalle ein freisprechendes Urteil gefällt hat. Dieses Reichsgerichts-Urteil steht im Widerspruch mit dem klaren Wortlaut der Motive des Gesetzes und mit der ganzen Tendenz desselben und hat in den Kreisen der Gewerbetreibenden höchste Unzufriedenheit erregt.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Ich freue mich, daß der Vordröner nicht eine Änderung des Gesetzes verlangt, sondern nur eine andere freiere Interpretation. Auch ich stehe nicht an, das Erkenntnis des Reichsgerichts als dem Gedanken des Gesetzes nicht entsprechend zu erklären. Ein Aus-

verkauf hört auf Ausverkauf zu sein, wenn fortgesetzt neue Waren verkauft werden. Sollte das Reichsgericht bei seiner bisherigen Aufficht verbleiben, so ist vielleicht eine Gesetzesänderung in Erwägung zu ziehen. Am besten wäre es, wenn sich das Institut nicht deshalb verkleinern ließe, in einem Geschäft zu laufen, weil da ein Plakat mit dem Worte: „Ausverkauf“ angebracht ist.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Bg.)

Kommt auf die Frage der Fabrikinspektion zurück. Wir billigen es, daß gegen viele Urteile gegen Arbeitgeber Berufung eingelegt wird, billigen es auch, daß weibliche Beamte zur Inspektion herangezogen werden sollen. Einverstanden sind wir auch damit, daß in Zukunft die Originalberichte der einzelnen Aufsichtsbearbeiter dem Reichstag zugänglich gemacht werden. Die Beamten werden sich dann noch mehr ihrer Verantwortung bewußt sein, die Berichte werden sich dann auch schneller zugehen können. Das endlich die Verbindung der Fabrikinspektion mit der Kreisrevision gelöst ist, erklärt uns, die wir das immer gefordert haben, mit Genugthuung. Die beiden Funktionen hatten keinen inneren Zusammenhang. Die Inspektion wird mit um so größerer Gründlichkeit erfolgen können. Zu wünschen ist, daß die Fabrikinspektion intensiver wie extensiver zunimmt. Fortschritte auf dem Gebiete der Fabrikinspektion sind unverkennbar. Ein Vergleich mit dem Auslande fällt nicht zu ungunsten Ungünstigen aus. In Unternehmerkreisen macht sich ein wachsendes Verständnis für die Fabrikinspektion geltend. Bei der weiteren Ausdehnung des hygienischen Normalarbeitstages muß mit großer Vorsicht operiert werden, sonst machen wir so viele Erfahrungen wie mit der Bäderverordnung. Die 10-11stündige Arbeitszeit wird auch ohne staatliche Maßnahmen nach und nach liberal eingeführt werden. Die unbedingte Gestaltung von Koalitionen der Arbeiter wird in dieser Beziehung zu den größten Fortschritten führen. Günstig ist deshalb das wachsende Verständnis der Gewerbeinspektoren für die Bedeutung der Arbeiterorganisationen. Die soziale Lage der Arbeiter ist entschieden besser geworden, es ist zu hoffen, daß diese Besserung noch weiter anhält. Auch wir wünschen, daß das Personal der Gewerbe-Aufsicht vermehrt und die Fabrikinspektion zur Reichsbehörde gemacht wird.

Abg. Rosenow (Soz.):

Es steht fest, daß die Hausindustrie nur dadurch existieren kann, daß sie die niedrigsten Löhne zahlt und Frauen und Kinder auf das Äußerste ausbeutet. Auf eine Anfrage des Herrn Abg. Hise, wie es mit gesetzlicher Regelung der Verhältnisse in der Hausindustrie stünde, ist vom Regierungsschreiber eine Antwort erfolgt, die einen derartigen Eingriff in weite Ferne schiebt. Das ist um so bedauerlicher angesichts der Mitteilungen der Gewerbe-Aufsichtsbearbeiter über die Zustände in der Hausindustrie. Danach werden schulpflichtige Mädchen von sieben Jahren in der Hausindustrie beschäftigt gegen einen Wochenlohn von 50 Pf. bis 3 M. In der hausindustriellen Cigarrenfabrikation des Württemberg werden 2863 Schulkinder beschäftigt; 3551 davon mehr als drei Stunden täglich und 3031 an allen sechs Wochentagen. Diese fortgesetzte Vermehrung der Kinderarbeit wird von überall her berichtet. Die Eltern dieser Kinder sind überzeugt von der schädlichen Wirkung, die die Beschäftigung im jugendlichen Alter haben muß. Aber der niedrige Lohn, den der Mann verdient, zehrt ihn nicht in die Lage, seine Familie zu ernähren, und so wird er durch die Ausbeutung des Kapitals selber zu der Ausbeutung der eigenen Kinder gezwungen. Charakteristisch hierfür ist der Bericht des Badener Fabrikinspektors. Danach haben dortige Zigarettenfabrikanten gegenüber den Eltern schulpflichtiger Kinder bereit erklärt, diese Kinder zu beschäftigen, wenn die Eltern sich verpflichten wollten, die Geldstrafen zu tragen, die wegen der ungesetzlichen Beschäftigung etwa ergehen würden. Solche Geldstrafen sind ergangen und der Betrag ist den Eltern von Löhnen abgezogen worden. Wegen der Zigarettenfabrikation, der den Abzug vorgenommen hat, ist Anklage erhoben worden, und das Schöffengericht hat ihn freigesprochen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Erst die Verurteilung hat einen solchen Lohnabzug als unethisch erklärt. Der Amnberger Fabrikinspektor berichtet, daß in den dortigen Strumpfwaren-Fabriken die Anklage allgemein sei, daß die Kinder nicht beschäftigt werden dürfen. Die Fabrikanten helfen sich nun nach dem Bericht dadurch, daß sie die Kinder zugebarten Arbeiter mit nach Hause geben (Hört! hört! links), um sie dort beschäftigen zu lassen. Hier liegt also eine direkte Umgehung des Gesetzes vor. — Aus Württemberg wird berichtet, daß die fortgesetzte Steigerung in der Anwendung von Kindern schädliche Folgen habe für die gesamte Bevölkerung. In einem Orte, wo sich die Kinderarbeit stark vermehrt hat, bemerkt ein Beobachter den Verlust der früheren Kräftigkeit der Bevölkerung und eine Zunahme der Schwindsucht. Die Hoffnung, daß die Einführung motorischer Kräfte in der Hausindustrie die Ausbeutung einschränken würde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Ausbeutung hat zugenommen, auch dort, wo motorische Kräfte in der Hausindustrie eingeführt sind, wie der reichliche Inspektor konstatiert. Der Konfliktkampf der Hausindustrie mit der Fabrikarbeit zwingt zu immer steigender Ausbeutung der Arbeiterkräfte.

Wenn wir die Hausindustrie auch für eine sterbende Produktionsform halten, so sind wir doch nicht solche Fatalisten, die die Dinge laufen lassen, wie sie eben laufen, sondern wir suchen soweit wie möglich für die Besserung der Lage der Hausindustriellen zu sorgen. Wir fordern energische Maßnahmen gegen die Unternehmer, Arbeiter-Schutzgesetze auch für die Hausindustrie, vor allem aber eine Enquete zur Feststellung der Verhältnisse. Wir können nur bedauern, daß wir vom Reichstag des Innern dabei so wenig unterstützt werden. Das Reichsamt des Innern hat jüngst eine Erhebung über den Umfang der heimischen Gütererzeugung im Hinblick auf die kommenden Zollverhandlungen veranstaltet. Dabei haben auch die Hausindustriellen der ergebirgischen Holzspielwaren Fragebogen erhalten. Sie glaubten, in diesen Fragebogen würden auch Fragen zur Feststellung der traurigen Lage, in der sie sich befinden, enthalten sein. Der Fragebogen erstreckt sich aber nur auf Einkaufspreise der Rohstoffe, Verkaufspreise usw. Die sonstigen sozialen Verhältnisse der Hausindustrie blieben ganz außer Betracht. Wir bedauern, daß diese vorzügliche Gelegenheit zur Feststellung der sozialen Lage der Hausindustriellen des jährlichen Erhebungs so ungenutzt vorübergegangen ist. Gerade diese Hausindustriellen befinden sich in der traurigsten Lage. Es ist festzuhalten, daß eine Familie, die in einer Woche 6000 Stück kleiner Holztiere fabriziert, nach Abzug der Unkosten einen Wochenverdienst von 5 M. erzielt. Andere wieder kommen auf 6 M., höchstens auf 8 M. Die Fabrikanten überlassen diejenigen Artikel, die sie in den Fabriken nicht billig herstellen können, der Hausindustrie. Und der Hausindustrie zahlt man dann für die Verfertigung eines ganzen Groß von Federkasten nicht mehr als 30 Pf. Um die Feststellung solcher Verhältnisse scheint man herumzugehen, wie die Frage um den heißen Brei. Aber es muß doch Klarheit geschaffen werden, nur so können wir Mittel und Wege zur Abhilfe finden. Und Besserung wird nur dann eintreten, wenn die Arbeiter-Schutzgesetzgebung auch auf die Hausindustrie ausgedehnt wird. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (L.):

Meine politischen Freunde sind bereit, Gelder für die Herausgabe sämtlicher Originalberichte der Gewerbe-Inspektoren zu bewilligen. Wir sind auch dafür, daß die Zahl der Gewerbe-Inspektoren wesentlich erhöht wird. Dagegen können wir nicht für die Ausgestaltung der Gewerbe-Inspektion als Reichsbehörde stimmen. Wir wünschen, daß für die einheitliche Gestaltung der Gewerbe-Inspektion in den Einzelstaaten recht viel geschieht.

Abg. Müller-Dinsburg (nall.)

erklärt sich mit der Entlassung der Inspektoren von der Kreisrevision einverstanden, ebenso mit der Vorlegung der Originalberichte. Wenn die Wünsche des Herrn Rosenow erfüllt werden sollen, ist eine große sozialpolitische Statistik notwendig.

Abg. Hoch (Soz.)

(auf der Tribüne fast völlig unverständlich, da er von seinem weit hinten gelegenen Platze spricht und der Tribüne den Rücken zugekehrt)

Kommt auf den Verlesenen Geheimverlag zurück. Trotzdem die Gewerbe-Inspektoren die besten Erfahrungen gemacht haben, steht der Staatsschreiber noch immer auf dem alten absehbenden Standpunkt. Es sind nicht nur die socialdemokratischen Arbeiter, die von den Beamten gemieden werden, auch andere Arbeiter. Die Arbeiter sind feinsinnig genug, sich nicht an die Beamten heranzubringen, sie wissen, wie der Wind von oben weht. Ich will nun auf die schon zweimal von mir angeführte Bauarbeiterfrage zurückkommen. Der Herr Staatssekretär hatte die Erklärung abgegeben, daß er an die Regierungen eine Umfrage betreffs des Bauarbeiterlohnes gerichtet habe. Bis zum 1. April vorigen Jahres sollten die Antworten eingelaufen sein. Am 12. Juni erlaubte ich mir, darauf zurückzukommen und der Herr Staatssekretär erklärte, die Antworten der Regierungen seien erst zum Teil eingegangen. An wem liegt da die Schuld? Haben die Einzelregierungen noch nicht Zeit gefunden, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen oder halten sie es nicht für nötig, auf eine so nebensächliche Angelegenheit überhaupt einzugehen? Die Arbeiter haben aber ein Recht zu verlangen, daß ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird. Die Arbeiter klagen darüber, daß es bei den Beamten an den nötigen Sachkenntnissen fehlt und daß infolge dessen eine Menge von Unfällen sich ereignen, und vor allem darüber, daß es an der nötigen Kontrolle auf den Baustellen fehlt. Man hat sich damit begnügt, zu den bestehenden Sachverständigen noch einige hinzuzufügen, aber die Kontrolle selbst blieb wie sie war, da ist man den Wünschen der Arbeiter nicht entgegen gekommen. Nur in Bayern ist man auch auf diese Frage eingegangen. Man hat zu der Kontrolle nacheinander die Polizei, die Gewerbe-Aufsichtsbearbeiter, die städtischen Behörden hinzugezogen, es hat aber alles nicht genügt, die Unfälle häufen sich von Jahr zu Jahr. Was an Kontrolle besteht, ist eben Scheinkontrolle, eine wirkliche Kontrolle kann nur erzielt werden, wenn praktische Bauarbeiter hinzugezogen werden. Ausser dem Bauarbeiterkongress haben die Arbeiter der Regierung Mittel und Wege an die Hand gegeben, um den Unfällen zu steuern. Bei der großen Zahl von Opfern, die jährlich das Baugewerbe verlangt, ist den Arbeitern mit sympathischen Erklärungen nicht gedient, es muß endlich einmal etwas Wirkliches geschehen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowski:

Ich werde in der Veröffentlichung der Berichte eine Milderung eintreten lassen. Die einzelnen Berichte sollen sofort nach Erscheinen publiziert werden. Die Produktionsstatistik, die zu Handelszwecken aufgenommen ist, läßt sich mit einer Statistik zu socialpolitischen Zwecken nicht vereinigen. Sie macht an sich schon sehr viel Arbeit. Es sind 53 000 Fragebogen ausgefüllt und bis jetzt 16 000 Antworten eingelaufen. Wenn wir unsere Produktion, unsere Ausfuhr und unsere Einfuhr genau kennen, so können wir auch ganz genau unseren Konsum berechnen. Eine so genaue Statistik wie wir hat kein anderes Land. Was nun den Bauarbeiterlohn anlangt, der hier schon öfters angesprochen ist, so werde ich in den nächsten Tagen das Rundschreiben publizieren, das ich in dieser Sache an die Einzelregierungen erlassen habe. Die Antworten sind noch nicht vollständig eingegangen. Ist das geschehen, so werden wir bekannt geben, was zum Ausgang gekommen ist. Sollte sich herausstellen, daß das, was geschehen ist, nicht genügt, werden wir in neue Erwägungen über weitere Maßnahmen eintreten. Schon jetzt habe ich angeordnet, daß für die Inspektion der Baustellen möglichst sachlich vorgebildete Personen ausgewählt werden.

Abg. Sachse (Soz.)

polemisiert gegen den Abg. Hilde. Die Unfallzahlen sind so ungünstig in keinem anderen Lande, wie in Deutschland. In Belgien sind sie nicht halb so hoch wie bei uns; in England standen sie früher gleich, jetzt sind sie auf die Hälfte herabgefallen. Bei uns aber ist eine unerhörte Steigerung der Unfälle eingetreten. Für die nicht die armen Arbeiter verantwortlich zu machen sind, sondern der Mangel einer richtigen Inspektion, die Accorarbeit und die Hastigkeit der Bergwerksbesitzer. Und dazu kommt noch die Fahrigkeit der Beamten, die Extratouren erhalten, wenn sie hohe Entgelte erzielen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Verluste eines einzigen Jahres ist größer als die Verluste in dem ruhmlosen Kriege 1870/71. Herr Hilde behauptet, daß die Leute nicht zur Ueberarbeit gezwungen würden. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, wie falsch diese Behauptung ist. Herr Hilde hat mich, der ich Bergmann bin, Modelistiker genannt. Wie steht es denn mit seiner Prognose? 1864 war er noch an der Berliner Universität, 1866 finden wir ihn schon als Bergwerkdirektor. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wo hat er denn seine praktische Ausbildung erhalten? Gerade die Verwaltung des Herrn Hilde beschäftigt viele ungarische Bergarbeiter und sorgt für ihren Import. Von diesen Bergarbeitern ist die Wurmkonfektion eingeschleppt, die solche Verheerungen anrichtet. Ich hätte das alles nicht vorgebracht, wenn mich Herr Hilde nicht persönlich angegriffen hätte. Aber auf zwei Mahnungen auf dem Wege des Herrn Hilde möchte ich hinweisen. Bei dem einen Unfall gab es 18 Tote. Die Schuld an diesen Unfällen lag nicht an den Arbeitern, sondern an der Betriebsleitung. Gegenüber den Ausführungen des Regierungskommissars bleibe ich bei der Behauptung stehen, daß unsere Berginspektion völlig ungenügend ist. Daß in dem Urteil in Sachen der Friedrichsgrube Verurteilung eingelegt worden ist, freut mich. Das Urteil ist in der That auffallend. Ueber die Sache „Gulbau“ hatte ein Blatt Enthüllungen gebracht. Daraufhin wurde der Betriebsleiter angeklagt, aber obgleich die Anklage erwiesen wurde, freigesprochen, weil der Besitzer verantwortlich sei. In dem letzten Prozeß werden die Befehle freigesprochen, weil die Betriebsleiter verantwortlich seien. (Hört, hört bei den Socialdemokraten.) Wie sollen bei solcher Rechtsprechung die Arbeiter Vertrauen haben? Das ist doch unmöglich. Dem sächsischen Revolutionsrat erwidere ich, daß ich meine Behauptungen über die ungesetzliche Sonntagarbeit auf den Uruben vollständig aufrecht erhalte. Für alles, was ich behauptet habe, habe ich die genauesten Belege. Solche Missethäter sind nur zu befechtigen durch ein einheitliches Reichs-Berggesetz. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Geh. Oberbergamt Fürst:

Es ist ja gar nicht zu leugnen, daß die Unfallziffern bei uns ungenügender sind, als in anderen Ländern. (Zuruf: Steigerung.) Sie steigen nicht, im letzten Jahre ist ein kleiner Rückgang zu konstatieren. Aber die Verhältnisse im preussischen Bergbau können mit denen im Bergbau Englands, Frankreichs und Belgiens nicht verglichen werden, sowohl was das Unfallkommen der Statistik, wie was die äußeren Zustände anlangt. Ich erinnere zum Beispiel an den Steinfall, der im preussischen Bergbau so viel Unfälle hervorruft und in Belgien und England gar nicht vorkommt. Verwahrung habe ich noch einzulegen gegen den Vergleich der beiden Urteile, die der Vorredner vorgebracht hat. Die Freisprechung der Grubenverwaltung der Zeche Frey ist nicht deshalb erfolgt, weil die Grubenverwaltung nicht verantwortlich sei, sondern aus rein juristischen Gründen, deren Darlegung hier zu weit führen würde. Die Gegenüberstellung war deshalb unzulässig.

Abg. Hilde (nall.):

Ich kann es zunächst nicht unwidersprochen lassen, daß der Herr Abg. Sachse den 1870er Krieg einen ruhmlosen genannt hat. (Lächeln des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Ich hätte den Herrn Sachse unterbrochen, wenn er gesagt hätte, daß der Krieg von unserer Seite ruhmlos gewesen sei. (Heiterkeit.) So habe ich ihn so verstanden, daß er gemeint hat, wir seien in ruhmloser Weise mit Krieg überzogen worden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hilde (fortfahrend): Dann habe ich den Abg. Sachse falsch verstanden. (Erneute Heiterkeit.) Herr Sachse hat hier gesagt, er sei für Schaffung der Bergleute. Nach meinen Erfahrungen trifft es nicht zu, daß seitens der socialdemokratischen Organisationen den Arbeitern gesagt wird, sie sollten da bleiben, wo sie hingehören. Herr Sachse scheint ferner bei mir ungenügende technische Ausbildung vorauszusetzen. Er sagte 1864 vor ich

nach auf der Universität und 1866 schon Bergwerks-Direktor. Nach den preussischen Vorschriften für die technischen Betriebe, unter denen auch ich ausgebildet bin, ist es notwendig, daß man vorher technisch ausgebildet ist, ehe man theoretisch ausgebildet wird, damit man die theoretischen Auseinandersetzungen auch versteht. Nun wird vom Abg. Sachse gesagt, ich hätte die Buntmetalle nach Westfalen gebracht. (Große Heiterkeit.) Der gleiche Vorwurf ist mir schon in einem socialdemokratischen Flugblatte gemacht worden. (Heiterkeit.) Die Krankheit hat sich zuerst bei wallonischen Ziegleren in Lippe gezeigt. Von ihnen ist sie auf ein paar ungarische Bergleute übertragen worden. In dem Unfall war nicht die Betriebsleitung und ihre Weiterführung schuld. Sonst wären die Betriebsleiter von der preussischen Bergbehörde nicht ungeschoren gelassen worden. (Rufe links: Na, na!) Ja, dann kennen Sie die preussischen Bergbehörden schlecht. (Erneute Rufe: Na, na!) Ich glaube nun, die persönlichen Angriffe des Herrn Kollegen Sachse widerlegt zu haben, stelle es ihm aber anheim, mich noch weiter mit persönlichen Angriffen zu regieren. (Heiterkeit bei den National-liberalen.)

Hierauf schließt die Diskussion.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung; Resolutionen zum Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz (Witwen- und Waisenversicherung, Ausdehnung der Kranken-Versicherung auf fortwärtigshilfsfähige Arbeiter und Dienstboten.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 11. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Miquel, Schönlank, Dr. Studt.

Auf der Tagesordnung steht die folgende Interpellation der Abg. Arndt u. Gen. (konf.):

Zuvorsten erachtet die königliche Staatsregierung die im vorigen Sommer im Anschluß an die Abstimmung dritter Lesung über die Kanalvorlage gegenüber einer Anzahl von Staatsbeamten von ihr getroffenen dienstlichen Maßnahmen im Einklang mit den Vorschriften der Artikel 83 und 84 der Verfassung?

Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. — Zur Begründung derselben nimmt das Wort

Abg. v. Köller (L.):

Die Kanalvorlage war eine reine Frage des Verkehrs, der Technik und der Finanzen. Sie war nur als eine solche zu behandeln. Die Rechte hatte alles Extranet zu den Kanalbauern verloren. Sie konnte nicht für die Vorlage stimmen. Als dies immer deutlicher hervortrat und das Scheitern der Vorlage in Aussicht stand, da ließ sich die Regierung zu einer Reihe von Maßnahmen verleiten, die große Bedenken einflößen mußten. Zunächst verlas der Reichskanzler hier eine Erklärung, die als eine Drohung aufgefaßt werden konnte, daß die Abstimmung auf die Gestaltung der Handelsverträge zurückwirken müsse. Dann ließ vor der entscheidenden Abstimmung der Minister des Innern die demontierten Abgeordneten zu sich entbieten und verlas ihnen eine Erklärung, deren Wortlaut hier mitzuteilen das Amtsgeheimnis verbietet, die aber auf den Rat hinauslief: Stimmt für den Kanal, sonst werden die schlimmsten Maßnahmen gegen Euch getroffen werden. Als ob es sich nicht um ernste Männer gehandelt hätte, die sich auch durch die Androhung von Nachteilen von ihrer Ueberzeugung nicht abbringen lassen. Man mag vielleicht einwenden, der Minister habe nicht anders gekonnt, das Staatsministerium habe so beschaffen gehabt. Dann aber hätte der Minister des Innern sagen müssen: das mache ich nicht mit, ich bitte um meine Entlassung. (Beifall rechts.) Und nach der Abstimmung folgten dann die Maßnahmen auf Grund des Disziplinargesetzes. Dieses Gesetz ist aber nach Emanation der Verfassung, in welcher Hise und Kar gesagt ist, daß kein Abgeordneter wegen seiner Absperrung zur Rechenschaft gezogen werden darf. Jenes Gesetz kann die Verfassung nicht geändert haben, denn es ist nicht in der verfassungsmäßigen Form, nicht als Verfassungsänderung mit zweimaliger Abstimmung verabschiedet worden. Die Maßnahmen, die auf Grund jenes Gesetzes in diesem Falle getroffen sind, stehen mit dem Wortlaut und Sinne der Verfassung nicht im Einklang. Sie können im Lande nur Erbitterung schaffen, ohne an der Sache selbst etwas zu ändern. Denn wenn es zu Reunehmen kommt, so werden sich die Wähler sagen: das sind überzeugungstreue Männer, die verdienen unser Vertrauen, die wählen wir wieder. (Beifall rechts.) Was haben jene Männer aber getan? — Sie haben das bewiesen, was die liberale Partei von Johann Jacobi bis Waldeck, von Waldeck bis Richter stets als Palladium festgehalten hat: den Männerstolz vor Königsthronen! — (Beifall.) Und jetzt, wo die konservativ Partei denselben Männerstolz beweisen hat, soll sie geschädigt werden! (Beifall rechts.) Und das billigen die liberalen Blätter zum Teil. Da sollten doch die liberalen Führer dreinschauen und den Redacteuren den Kopf waschen, um ihnen klar zu machen, welcher Unterschied besteht zwischen dem Mamon und den Idealen! (Sehr richtig! rechts.) So lange der preussische Staat besteht, haben gerade die Konservativen, haben die Ostelbier sich stets als die festen Säulen desselben bewiesen. Sie haben die Siege des großen Königs erfochten, sie haben das Vaterland von dem fremden Eroberer befreit. Sie sind es gewesen, die dem König Wilhelm geholfen haben, die Armee-Reorganisation durchzuführen. Sie haben sich stets erwiesen als Königstreu bis auf die Knochen! Und eine solche Partei soll sich abschütteln lassen wie ein alter Krug, und das um eines erbärmlichen Kanals willen? — Wir werden immer in erster Reihe stehen, wenn es gilt, dem Könige die ihm zustehenden Rechte zu sichern. Aber wir werden auch weiterhin bei solchen finanziellen Fragen prüfen, ob die geforderten Summen aufgewendet werden dürfen oder nicht. Wir werden deshalb trotz aller Maßnahmen die Kanalfrage von neuem prüfen und sachlich darüber entscheiden. Wir werden uns auch nicht bedenken, sie zum zweitenmal abzulehnen, nicht als Ostelbier und Agrarier, sondern gemäß den Interessen des Landes. Die Staatsregierung hat ja das Recht, den Kanal zu fordern, sie hat aber, wenn das Haus ihn wieder ablehnt, keinen anderen Weg, um ihren Willen zur Geltung zu bringen, als die Auflösung dieses Hauses. Bei dem großen Widerwillen, der im Lande herrscht, muß sie aber darauf gefaßt sein, daß die Kanalgegner wiedergewählt werden, dann muß sie sich dem Willen des Landes fügen. Das ist dann keine Niederlage, sondern ein Sieg! (Heiterkeit.) Jawohl, denn der größte Sieg ist der über sich selbst. (Erneute Heiterkeit.)

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe:

Die Interpellation berührt einen Gegenstand, welcher seit dem Schluß der letzten Session den Gegenstand scharfer Angriffe in der Presse gebildet hat. Die Regierung ergreift daher gern die Gelegenheit, um ihre Stellung zu begründen. Dabon, daß die Maßnahmen gegen die Beamten wegen ihrer Abstimmung getroffen seien, kann gar keine Rede sein. (Lachen rechts.) Es handelte sich einfach um eine Maßnahme im Interesse des Dienstes. In der Entsendung ihrer Ueberzeugung hier im Hause werden die Betroffenen nicht behindert. (Lachen rechts.) Im Interesse der Autorität der Regierung liegt es, daß sich die Regierung auf die politischen Beamten verlassen kann. Das kann nicht der Fall sein bei Beamten, die die Regierung direkt bekämpfen und dadurch die Autorität der Regierung im Lande beeinträchtigen müssen. Deshalb allein ist die Maßregel getroffen worden, und zwar vorbehaltlich der Verwendung der zur Disposition gestellten Beamten in anderen Stellen. Der Regierung ist es gewiß nicht leicht geworden, auch nur vorübergehend auf die Dienste dieser

...tüchtigen Männer zu verzichten, aber sie vor dazu gezwungen, im Interesse ihrer eigenen Autorität nicht nur, sondern auch im Interesse des Landes.

Abg. Graf v. Limburg-Salmburg (kons.) hat den Huns in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Dr. Kranze-Königsberg (natl.):

Wohl alle Parteien sind den Interpellanten für ihr Vorgehen dankbar, auch für die Art der Begründung der Interpellation. Einiges Manuskript hätte allerdings von der Rede des Herrn v. Köller fortbleiben können. Was hat hier die Kanalvorlage zu thun? Diefelbe ist unzweifelhaft ein Antisurwert ersten Ranges, und die Konservativen sollten selbst versuchen, ob sie nicht den schönsten Sieg, den über sich selbst erlangen und nur für die Vorlage stimmen wollen. (Sehr gut! links.) Was soll ferner die besondere Betonung der Königstreue? Wir sind hier alle, Mann für Mann, Königstreue bis auf die Knochen. (Lebhafter Beifall links.) Die Konservativen haben kein Recht, das für sich allein in Anspruch zu nehmen. (Lebhafter Beifall links.) In der Sache selbst bin ich mit dem Abg. v. Köller einer Meinung. Es handelt sich ohne Zweifel um eine disziplinäre Maßregel, die mit der Abstimmung über die Kanalvorlage im Zusammenhang steht. Darüber, ob das eine Verfassungsverletzung ist, sind die Auffassungen geteilt, und es dürfte kein Grund vorliegen, Zeitungsredactoren den Kopf zu waschen. Auch in konservativen Organen findet man mancherlei Meinungsverschiedenheiten. Aber von der Verfassungsfrage, nach ich sage, die Maßregelung der Beamten war ein politischer Fehler. Sie war eine halbe Maßregel und mußte als solche ihr Ziel verfehlen. (Sehr richtig! links.) Wer der Staatsregierung zu dieser Maßnahme geraten hat, der hat ihr einen schlechten Dienst erwiesen. (Sehr richtig! links.) Aber damit ist die Frage keineswegs erschöpft. Der Volksvertreter muß sich in jedem Augenblick bewußt sein, daß er in seinen Entscheidungen frei ist, nach oben wie nach unten. Stehen die Abgeordneten unter dem Druck des Bewußtseins, daß die vorgeordnete Behörde in jedem Augenblicke gegen sie vorgehen kann, dann besitzen sie jene Freiheit nicht. Dieser Konflikt, der sich da ergibt, ist das Bedenkliche an der Sache. (Sehr richtig! links.) Darin wird man dem Reichslangler zustimmen müssen, daß die Regierung sich auf ihre politischen Beamten nicht verlassen können. Eine strenge Disziplin muß unter allen Umständen unter den Beamten herrschen. Das wird von allen Parteien anerkannt werden. Deshalb ist schon häufiger die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtiger wäre, die Wählbarkeit der politischen Beamten auszusprechen. Von liberaler Seite ist dagegen immer eingewendet worden, man dürfe die Wähler in der Auswahl der Persönlichkeiten nicht beschränken. Und dazu lag früher ein Anlaß nicht vor. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit aber wird kein Mensch auf der Linken mehr sagen, daß die politischen Beamten wählbar sein müssen. Gerade der Einfluß dieser Beamten hat oft gezeigt, daß bei den Wahlen weniger die Freiheit der Wähler, als vielmehr deren Unfreiheit den Ausschlag gegeben hat. (Sehr richtig! links.) Auch im Interesse des Dienstes dürfte es nicht gerade liegen, daß diese wichtigen Beamten monatlang aus ihrem Amte ferngehalten werden. Deshalb bejahen denn auch verschiedene Staatsrechtslehrer die Frage, daß es nach der Verfassung zulässig ist, die Wählbarkeit dieser Beamten auszuschließen. Das dürfte auch im Interesse der Regierung liegen. Aber die Verfassung muß unter allen Umständen heilig gehalten werden. Dafür zu sorgen, ist nicht nur Sache des Landtages, sondern auch einer starken Regierung. (Lebhafter Beifall.)

Justizminister Dr. Schönfeldt:

Das die Verfassung heilig gehalten werden muß, ist auch die Ansicht der Regierung. Diefelbe ist aber auch der Ansicht, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen mit der Verfassung nicht im Widerspruch steht. Auf die nebenher berührten Fragen, die politischen Fragen oder die Kanalvorlage gehe ich nicht ein. Rechtlich suchte Abg. v. Köller eine Verfassungsverletzung insofern zu konstruieren, als das Disziplinargesetz nach der Verfassung erlassen sei. Das ist aber keineswegs der Fall. Jenes Gesetz ist die wörtliche Wiederholung einer Verordnung aus dem Jahre 1840. Gerade die konservative Partei hat in früherer Zeit niemals bestritten, daß die Regierung ein Recht habe, auf dem jetzt beschrittenen Wege vorzugehen, wenn es sich um das Interesse des Dienstes handelt. Sie hat deshalb auch seiner Zeit die Verletzung des Regierungspräsidenten v. Bodum-Dollfus auf Grund jenes Gesetzes gebilligt. (Sehr richtig! links.) Die Regierung muß eben in der Lage sein, politische Beamte, die ihr Vertrauen nicht mehr besitzen, durch andere zu ersetzen, auch wenn sie das Vertrauen versichert haben durch eine Abstimmung. (Hört! rechts.) Von einem Juristenschicksal wegen dieser Abstimmung kann deshalb nicht die Rede sein. Die Maßregel liegt auch im Interesse der politischen Beamten selbst, die in ihrem Wirkungskreise durch das Vertrauen der Regierung gestützt werden müssen. Die Regierung ist sich daher bewußt, daß sie vollkommen verfassungsmäßig gehandelt habe.

Abg. Jehr. v. Jedlich (fl.):

Es ist Pflicht des Hauses, alles zu thun, um eine Verletzung der Verfassung zu verhindern. Aber ich glaube, daß die Beamtenmaßregelungen formell mit der Verfassung in Einklang gebracht werden können. Aber sie sind unklar, politisch unwirksam und schädlich. Fürst Bismarck hat gewiß die Autorität der Regierung zu wahren gewünscht. Er hat aber nur verlangt, daß die politischen Beamten prinzipiell die Politik der Regierung vertreten. Die Kanalvorlage war aber keine solche prinzipielle Frage. Wenn ein Beamter in einer solchen wirtschaftlichen Frage von der Regierung abweicht, so ist er deshalb für sein Amt noch lange nicht ungeeignet. Wenn aber für

die Beurteilung der Wichtigkeit einer Frage die subjektive Wertschätzung einer bestimmten Stelle maßgebend sein soll, so ist das eine Heberspannung des monarchischen Gedankens. (Hört! links.) Für die Maßregelung der Landräte müssen noch andere Gründe vorgelegt haben als die geltend gemachten. Der Landrat erwirbt das Vertrauen der Bevölkerung durch Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit. Wenn die Regierung jetzt vielleicht den Versuch machen will, bei der Besetzung der Landratsstellen zuerst auf die Anpassungsfähigkeit der Landräte zu achten, so würde damit der preussische Beamtenkörper aufs schwerste geschädigt werden. (Braus! rechts.) Die Regierung hat sich ihrer besten Kräfte beraubt und nicht den mindesten Erfolg damit gehabt. Ich habe den Eindruck, daß die Krone nicht immer so beraten wird, wie es der Pflicht der verantwortlichen Minister entspricht. (Sehr richtig! links.) Die Minister sind sich ihrer Verantwortlichkeit nicht immer bewußt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn am 19. August 1899 Herr von der Rede sich seiner Verantwortlichkeit besser bewußt geworden wäre, so hätte er nicht nur in seinem und des Landes Interesse, sondern auch in dem des Königs anders handeln müssen, als er gehandelt hat. (Braus! rechts.)

Minister Jehr. v. Rheinbaben:

Der Herr Abgeordnete v. Köller hat gesagt, mein Amtsvorgänger habe am 19. August die Landräte aus dem Hause zu sich zitiert und habe ihnen vorgehalten: „Stimmt für den Kanal, sonst scheidet ihr zu den schlimmsten Maßregelungen“. Ich habe zu erklären, daß mein Amtsvorgänger mir versichert hat, daß er eine derartige Anforderung und Androhung nicht ausgesprochen hat. (Gelächter.)

Abg. Fröhen (c.):

Der Herr Minister hätte sich nicht auf die negative Seite beschränken, sondern positiv sagen sollen, was dem am Morgen des 19. August vorgefallen ist. (Sehr richtig!) Die Wähler müssen selbst entscheiden, ob sie einen Beamten wählen wollen oder nicht. Wir dürfen die Beamten nicht einfach aus den Parlamenten ausschließen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Maßregelung der Beamten war gewiß politisch verfehlt und mißbräuchlich. Man hat nichts dadurch erreicht; im Gegenteil, das Ansehen der Gemehrten ist nur gestiegen. Die Beamtenmaßregelungen stehen mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch, wenn sie auch formell verteidigt werden können. Es ist doch zweifellos, daß die Landräte allein wegen ihrer Abstammung zur Disposition gestellt worden sind. Das widerspricht den Artikeln 83 und 84 der Verfassung, dem muß der Landtag widersprechen, sonst verliert er an Ansehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Minister des Inneren thäte am besten, wenn er das Amtsgeheimnis über die Unterhaltung am 19. August läßt. Die konservative Presse hat den Glauben erwecken wollen, als ob Herr v. Miquel an den Maßregelungen unbeteiligt sei. Ich hoffe, daß er heute hier auftreten und erklären wird, daß er die Verantwortung ebenso zu tragen bereit ist, wie der unglückliche Ministerpräsident. (Große Heiterkeit.) Es kann nicht daran gestellt werden, daß die Maßregelungen mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch stehen. Daran ändert keine formellen Auslegungsfragen etwas. Ich gratuliere den Konservativen dazu, daß sie jetzt das konstitutionelle Prinzip vertreten. (Heiterkeit.) Noch in den achtziger Jahren haben sie das nicht gethan. Herr v. Köller hat die liberale Presse geädelt. Der Vorwurf ist unberechtigt: die liberale Presse hat die Maßregelungen stets verurteilt. Sie hat nur verlangt, daß den Landräten nicht gestattet werden dürfe, ihren Einfluß zu Gunsten irgend einer politischen Partei zu mißbrauchen. (Beifall links.) Wir stehen noch wie vor an dem Standpunkte, daß politische Beamte nicht wählbar sein dürfen und wir hoffen, daß die Liberalen aller Schattierungen uns darin bestärken. Nur wenn die Regierung Licht und Schatten gleich verteilt, kann die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommen. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Scheidebrand und der Casa (l.):

Meiner Partei ist vorgeworfen worden, sie habe früher über diese Frage anders gedacht als heute. Das ist auch nicht der Fall. Wir haben es nie gebilligt, daß Beamte wegen ihrer Abstammung als Mitglieder des Landtags gemahregelt werden. (Widerstand links.) Es ist doch ganz etwas anderes, ob ein Beamter sich zu politischen Agitationen hinreichend läßt, oder nach bestem Wissen und Gewissen stimmt. Die Zeiten sind heute auch ganz andere als früher, und das Privilegium, aus der Vergangenheit nichts zu lernen, überlassen wir den anderen Parteien. (Unruhe.) Die Regierung sollte nicht vergessen, daß sie an den Konservativen jederzeit eine Stütze hat. Die Verfassung gewährleistet das Recht der freien Abstammung. Ob dieses Recht gewahrt bleibt, wenn man wegen seiner Abstammung seine Stellung verliert, das ist doch höchst zweifelhaft. Wir sind stolz darauf, in unseren Reihen so charaktervolle, pflichtbewußte und tüchtige Männer zu finden. (Lebhafter Beifall rechts.) Die kommt die Regierung dazu, grade diejenigen Beamten heranzugreifen, die in allen drei Leistungen gegen den Kanal gestimmt haben, aber diejenigen davon auszunehmen, die in der dritten Leistung ungeschlagen sind. Die Regierung verzieht, daß ihr Disziplinarrecht auch eine Grenze hat, die ihr durch die Verfassung gesetzt ist. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn Beamte kein Mandat annehmen dürfen, wenn es ist ein Segen, im Parlament Leute zu haben, die nicht alles vom Parteistandpunkt aus betrachten. Wir sind bereit, die Rechte der königlichen Gewalt bis zum äußersten zu verteidigen, aber die Regierung muß die Grenzen innehalten, die ihr durch die Verfassung gezogen sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Jagzewski (Pole):

Die Konservativen haben jetzt vielleicht eher Verständnis für das Gefühl, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Alle Parteien sind einig in der Verurteilung der That der Regierung.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Genuß, die Konservativen... (Sante Rufe rechts: Auf die Tribüne! Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Der Herr Redner hat das Recht, vom Platze aus zu sprechen.

Abg. Richter (fortfahrend): Wollten wir immer nur von der Tribüne aus sprechen, so würden wir nur die Geschäfte selbst sehr erschweren. Ich sagte, daß das Vergnügen, die Konservativen konstitutionell sprechen zu hören, so selten ist, daß man es gar nicht genug ausleben kann. Das war doch früher nicht. (Heiterkeit.) Herr von Köller sprach von einer erbärmlichen Kanalvorlage. Was würden Sie (nach rechts) dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flottenvorlage sprechen wollten. (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Ich muß den Herrn Redner berücksichtigen. Herr v. Köller hat nicht von einer erbärmlichen Kanalvorlage, sondern von einem erbärmlichen Kanal gesprochen. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (fortfahrend): Gut dem: was würden Sie dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flotte sprechen wollten. (Große Heiterkeit.) Herr v. Köller meinte weiter, wenn das Volk des Landes sich wider die Kanalvorlage erklären sollte, falls es zu einer Auflösung käme, so müßte die Regierung sich fügen. Das erkenne ich an. Diese Auffassung steht im wohlthunendem Gegensatz zu der Auffassung, die von konservativer Seite bei anderer Gelegenheit, z. B. bei der Justizhausvorlage, ausgesprochen wurde. Da hieß es, wenn die Volksvertretung eine solche Vorlage wiederholt ablehne, müsse sie durch Staatsrecht durchgesetzt werden. (Unruhe rechts.) In seinem liberalen Blatte ist das Vorgehen der Regierung gegen die politischen Beamten gelobt worden. Hoffentlich hat das Vorgehen der Regierung während auf die Wähler gewirkt. Wer die Ansichten der Regierung vertreten muß, kann nicht zugleich die Ansichten seiner Wähler vertreten. Wie mag die Regierung nur dazu gekommen sein, plötzlich und erst vor der dritten Lesung die Landräte auftreten zu lassen? Vielleicht liegt da eine der bekannten Pöbeltheorien, ein Telegramm vor! (Heiterkeit links.) Die Rede des Justizministers hatte mehr Worte als Inhalt. Gegen die Unvereinbarkeit des Landratsamtes mit einem Mandat ist nichts einzuwenden. Die Regierung ist mit dieser Ansicht aber erst mitten im Kampfe hervorgetreten. Der Justizminister hat sich auf den Fall Bodum-Dollfus berufen. Auf die Konfliktlosigkeit sollte sich aber überhaupt niemand berufen. Nach der Rede Miquels bei der ersten Lesung meinte Graf Arnim, man wisse nicht, ob der Minister für oder gegen gesprochen habe.

Jehr. v. Jedlich ist trotz seiner Begierde besorgt worden. Sollte da nicht ein armer Landrat meinen, es sei kein Unrecht, gegen den Kanal zu stimmen? (Große Heiterkeit.) Die Kritik des Hauses wendet sich nicht bloß gegen Herrn v. d. Rede, sondern gegen alle Minister, die im Amt sind. Alle Vorwürfe der Konservativen treffen alle Minister und auch — den Herrn v. Miquel. (Stürmische Heiterkeit, die sich noch steigert, als münchener Herr von Miquel ums Wort bittet.)

Finanzminister von Miquel:

Ich bin in der seltenen Lage, mit Herrn Richter übereinzustimmen. (Heiterkeit.) Er hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Verantwortung alle Minister gleich trifft. Auch der Minister, der nicht ganz derselben Ansicht, wie seine Kollegen, trotzdem aber im Amt bleibt, übernimmt damit die Verantwortlichkeit. Herr Richter meinte, aus der Maßregelung gehe hervor, daß der Landrat für unwählbar zum Landtag erklärt werden müßte. Gewiß hat ein Beamter das Recht, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen; ebenso hat aber die Staatsregierung das Recht zu prüfen, ob das Verhalten eines Beamten im Parlament mit der Amtsführung vereinbar ist. Natürlich ist da ein Konflikt möglich, der nicht leicht zu vermeiden ist und bei wenig bedeutenden Fällen entkommen werden sollte. Der Beamte hat ja aber die Möglichkeit, sich der Abstimmung zu enthalten, oder das Amt niederzulegen. (Unruhe.) Die Interpellation muß lediglich auf die rechtliche Seite gestellt werden. Die Verfassungsverletzung ist von fast sämtlichen Rednern als zweifelhaft hingestellt worden. Alle Minister tragen die Verantwortung dafür; in der Anerkennung dieser Thatsache sollte die liberale Presse ebenso gerecht sein wie die „Neue Zeitung“. Das Herausgreifen einzelner Minister halte ich für eine sehr gefährliche Methode auch gegenüber der konstitutionellen Stellung des Landtags.

Abg. v. Kardorff (fl.):

Die Verfassung steht über allen einzelnen Gesetzen. Die Maßregel der Regierung steht mit der Verfassung nicht vereinbar. Dieser Ansicht ist ein Teil meiner Freunde. Sie halten einen flagranten Mißbrauch des der Regierung gegebenen Disziplinarrechts für vorliegend. (Beifall.) Wie ein Minister den Mut haben kann, hier auszusprechen: „Entweder, Beamter, Du stimmst für die Regierung oder Du legst Dein Amt nieder“, das verstehe ich nicht. Das ist das Betrübenste an der heutigen Debatte. Mögen sich die Parteien über einen Beschluß einigen, der künftigen Vorkommnissen ähnlicher Art einen Niegel vorschiebt.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Die Besprechung der Interpellation ist damit beendet.

Rächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Etat.

Schluß 2 1/4 Uhr.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Bischofstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Cardinhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1109b
Möbel auf Teilzahlung Teichmann, Prinzenstraße 62. 1167b
Möbel, bar und Teilzahlung, billig, Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße. 287a
Nußbaummöbel, moderne, elegante, Stühle, Tische 225 bis 500 Mark, auch einzelne (sofort billig). (Kein Laden) Gartenstraße 32A I. links. 176b
Teppich, persischer, Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9. 7110b
Seiten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen (sofort billig) Wandstraße 14
Winterröcke, Anzüge, Remonturen, Regulatoren (sofort billig) Wandstraße 6. 140/15
Rahmenmalerei, Bilder, Ölgemälde, Schmelzmalerei, eigene Anfertigung, fünfjährige Garantie. Poststraße 11, Wiesenstraße 40. 1762
Fahrrad, hochlegant, Prädikat, Maschine, schnellwert, sofort dringend (sofort billig). (Eigentümergeschäft, Königsbergerstraße 7. 120/11

Fahrräder, Geselle, gelappteäder, isoliert, billig, tollante Teilzahlung, Fabrik, Oranienstraße 33, II.
Steppdecken am billigsten Fabrik, Große Frankfurterstraße 9, parterre
Zoologische Handlung, Erdens, ist für 400 Mark veräußert. Bestand und Einrichtung hat den fünfjährigen Wert. Prinzenstraße 59. 2/11
Paucelsofa, wie neu, fünfjährig, vollständig, Paulowstraße, Kamenstraße 23, Cuergstraße III. 087

Vermischte Anzeigen.

Augustabad, Köpckestraße 60
Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 3088*
Meyerlegions, Brodhaus, Arch und andere wissenschaftliche Bücher, fast und beliebt. Antiquariat Köpckestraße 56 I. 2578
Pfeilmöbel werden zu billigen Preisen gerahmt sowie neu aufgezogen. Tapeziermeister Lazarus, Anfallstraße 20. 68*
Pressen und Bekannten sei mein Kaufmann von Weiß und Hartlich. Bier empfohlen. Aug. Günther, Frankfurter Allee 16. 740*

Platin, Gold, Silber, Reingold, Treffer, kauft zu hohen Preisen die Schweiz. Zimmerstraße 32. 1356b
Mit Eisen-Maschinen, jeden Bohren, kauft Carl Kaufmann, Wollendstraße 19, am Leben. 1572b
Reinigungsmittel Eisenstraße 27
112*
Reinigungsmittel mit Klavier zu vergeben. Jannatz, Sothenstraße 36. 1743b
Die Bekämpfung die ich gegen Frau Kirstede Ratshaus aus Osh ausgesprochen habe, nehme hiermit zurück. Wsch. Wiefens. 1757b
Lehnenden Gewerbe findet jeder Mann, der die Maßgabe künstgerecht erlernt hat. Nächster Kursus beginnt am 15. Januar, abends 7/7 Uhr. Meldungen nimmt täglich von 4 bis 6 Uhr entgegen G. Köblers Institut für physikalisch-mathematische Heilmethode, Berlin N. Artilleriestraße 2. 1701b
Reinigungsmittel empfiehlt Eier, Alte Jakobstraße 119. 288K*
Technikum Berlin, Holzmarktstraße 73. Neuer Kontour-Kleber, fertigt 15. Januar. 338*
Technikum Berlin, Neuer Kleber, fertigt für Monteur etc.
Technikum Berlin, Holzmarktstraße 73. Man verlange Prospekte.

Zehn Mark Belohnung! Transing verloren am 10. Januar 1900 zwischen Wittstocker- und Beneststraße, gez.chnet A. S. 10/10. 95. Schäfer, Wittstockerstraße 6. 130f

Vermietungen.

Restaurations, Schloden, Vereinszimmer, anstehende Wohnung, 1500 Mark, April zu vermieten. Nordorf, Ringbahnstraße 16. 1744b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtiger Federhalter-Borarbeiter, der die Fabrikation gründlich versteht und bereits viele Jahre ähnlichen Posten ausgefüllt hat, in jeder Beziehung verlässlich ist, energisch, nächsten, und eine Fabrik selbstständig leiten kann, wird nach Ungarn gesucht. Offerten unter F. 1 an die Expedition. 1720b
Geniarbeiter verlangt Schäfer, Grünweg 80. 1746b

Schirmkollert verlangt Schäfer, Ritterstraße 59. 1736b
Stückarbeiten, tüchtige Klempner, aber nur auf Buchhaben, verlangen Bauernd Kod u. Wein, Ritterstraße 49.
Schwarzgold, tüchtige Klempner, verlangt Goldbleibenfabrik, Köpckestraße 32. 1741b
Ein junges Mädchen, 15-16 Jahre, für leichte Handarbeit sucht Arbeit, Dieffenbacherstraße 35 voru III. 104*
Mausfell auf Stadtmantel verlangt Arbeit, Dieffenbacherstraße 35 voru III. 104*
Verhölzerin und Harzgußer verlangt Schulte, Oranienstraße 185.
Unierred Wamiererin verlangt Seidel, Seidelstraße 28, IV. 1746b
Hilfen, tüchtige Arbeiterinnen auf bessere funktionierende Maschinen, die bei sauberer Ausführung Pösten liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Dräger u. Fiedelmann, Kurstraße 47/48 III. 1647b
Tüchtige Arbeiterinnen auf Mädchenarbeiten verlangt Steinwald, Köpckestraße 19. 7110*
Arbeiterinnen auf Knabenanzüge Kollagen I bis 6 verlangt G. Ruden, Poststraße 9. 140/10*

Jadett-Arbeiterinnen verlangt Meise, Raumerstraße 21, und Ritterstraße 7a III bei Kramer. 1607b*

Waschbendbienen, tüchtige Arbeiterinnen auf Waschbendbienen, die bei sauberer Ausführung Pösten liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Dräger u. Fiedelmann, Kurstraße 47/48 III. 1645b

Hilfenkleider, tüchtige Arbeiterinnen auf Hilfenkleider, die bei sauberer Ausführung Pösten liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Dräger u. Fiedelmann, Kurstraße 47/48 III. 1645b

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Porzellanbrenner, mit Herstellung von Hart, Weißporzellanmasse genau bekannt, wird verlangt. Adr. sub T. R. 3990 bei Rudolf Mosse, Berlin SW. 2/10*

Achtung!

Maurer.

Achtung!

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 14. Januar 1900, vormittags 10 Uhr, in Louis Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:
Außerordentliche General-Versammlung
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom IV. Quartal 1899. 2. Bericht der Delegierten von der Konferenz der Maurer Deutschlands. 3. Die einheitliche Gestaltung der öffentlichen sowie der Vereins-Organisation. 4. Wahl sämtlicher Ausschüsse. 5. Bericht der Delegierten.
 Der Vorstand: J. A. G. Gerforth.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr,
 im Lokal des Herrn Sübner, Zwinnmünderstr. 42 (ob. Saal):
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1899.
 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Bericht des Vorstandes.
 Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 14. Januar 1900, mittags 12 Uhr, im Fein-Palast,
 Burg- und Wolfsgangstrassen-Ecke:
Oeffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins und Umgeg.

Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht und Abrechnung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Lohnkommission.
 Wir erlauben um pünktliches Erscheinen, da die Versammlung präzis eröffnet wird.
Die Lohnkommission centraler Richtung.

10. Stiftungsfest

des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg
 am Sonnabend, den 13. Januar 1900, abends 8 Uhr,
 in den reich dekorierten Räumen des Herrn Rietz (früher Fir), Spandauer Berg 16.
Konzert, humoristische Vorträge.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten W. Liebknecht.
Ball schon von 8 Uhr ab.
 Billet 30 Pf. Tanz frei. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern sowie bei den Abteilungsleitern zu haben. Kasse findet nicht statt.
 Der Vorstand.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Am Sonntag, den 14. Januar, abends 6 Uhr, im Kolberger
 Salon, Kolbergerstraße 23:
Gr. öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau E. Ihrer. 2. Diskussion.
 Nachdem: Gemütliches Beisammensein.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vertrauensmann.

Deutsch-Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Vertrauensmänner-Konferenzen:
 Für den Norden: Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dieke, Adersstr. 123.
 Former: Montag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstr. 20.
 Mechaniker: Dienstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Salon, Alte Jakobstr. 75.

Berlin IV. General-Versammlung.

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr, in Feuersteins Salon, Alte Jakobstr. 75:
Berlin IV. General-Versammlung
 der Holzleger u. Helfer, sowie Heizungsmechaniker

Tages-Ordnung:
 1. Wie ist es möglich, daß wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern können? Referent Kollege Karl Maffai. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
 Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:
Berlin IV. General-Versammlung
 der Gold- und Silberarbeiter mit Frauen.

Tages-Ordnung:
 Vortrag des Hrn. Goake über: „Die Frau der Zukunft“.
 Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein u. Tanz.
 Um zahlreiches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen nebst Familie wird erbeten.
 Die Bahnhalle 14 befindet sich jetzt bei Vöttger, Hoffenerstr. 30.
 Am 4. und 18. Februar, vormittags 10 Uhr, findet je eine Vorstellung in der Urania statt. Zur Ausführung gelangt: „Von den Alpen bis zum Meere“. Billets a 70 Pf. sind bei den Kassierern, sowie im Bureau, Rinnest. 39, erhältlich.

Filiale der Militäreffekten-Sattler.

Berlin IV.
 Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armishallen, Kommandantenstr. 20:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission und Neuwahl derselben. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz Brandenburg. 3. Verschiedenes.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erbeten.
 Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1899. 2. Abrechnung für das Jahr 1899. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Bewilligung eines nötigen Gehältes. 5. Bericht über die Bibliothek. 6. Wahl eines Bibliothekars. 7. Ein Unterstützungsgeld. 8. Anwesenheitsfrage und Vereinsangelegenheiten.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der dreijährige Maskenball findet am 10. Februar in „Siecherts Festsaal“, Andreasstr. 21, statt. Billets sind in der Versammlung zu haben.
 Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
 Montag, den 15. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gramann, Rannysstraße 27:
Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Vortrag über: Unsere nächste Zukunft und wie stellen wir uns zu dem vom Verband herangezogenen Fragebogen?
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist aus jeder Werkstätte ein Delegierter erwünscht.
 Der Vorstand.

Fachverein der Holz- und Bretterträger.

Am Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wilke, Andreasstraße 26:
Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1899. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen erbeten
 Der Vorstand.

Frauenleiden

heilt mit vorzüglicher Erfolge
Frau Grundmann,
 natürl. Naturheilförmig. - Sprecht im Frauenleiden
 Köpnickstr. 72, Nähe
 Dienstadt u. Freitag 6-7
 u. Charlottenburg, Naturheilkunde.
 Berlinstr. 40, (Nähe Zoo)
 täglich 9-10, 3-5. (16282)
 Spezialisation mit Untersuchung 1.30.

Große Betten 12 M.

(Werdn. Naturheil, zwei Betten mit gereinigtem neuen Federkern bei 12 M. Kautsch. Berlin S., Preisnachsch. 46. Verlässliche Fabrik. Viele Anerkennungs-schreiben.)
Hasen 2,50, gepolst. 3 M.
Sirischfleisch
 Röhren und Blätter.
Gänse, Finken, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Seifstr. 20/22:
Sitzung der Orts-Verwaltung.

Sonntag, den 14. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Bernberg, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung der Einseker.

Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Geschäftskommission.
 Am Mittwoch, den 17. Januar, abends 6 Uhr, im Lokal des Herrn Bernberg, Alte Jakobstr. 75:
Sitzung der alten und neuen Geschäftskommission, sowie der Bezirks-Vertrauensmänner.

Um pünktliches Erscheinen wird erbeten.
 Der Vorstand.

Maskenball.

Sonnabend, den 27. Januar 1900, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:
 Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.

Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter.

Todes-Anzeige.
 Sonntag, den 6. Januar, verstarb plötzlich unser Kollege
August Hacke.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler usw.

Ortsverwaltung Berlin II.
Todes-Anzeige.
 Am 6. d. M. verstarb plötzlich am Herzschlag des Mitglied unserer Kasse, der Friseur
August Hacke
 im Alter von 49 Jahren.
 Seine letzten Stunden verlebte er in der Wohnung seiner Frau, die er am 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, verlor.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs in Weichenheide aus statt.
 Die trauernde Witwe Anna Carlipp 17476 nebst Mutter.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse d. Deutschen Wagenbauer.

Todes-Anzeige.
 Am Montag, den 8. Januar, verstarb plötzlich das Mitglied, der Kupferhammer
August Selge
 im Alter von 49 Jahren.
 Seine letzten Stunden verlebte er in der Wohnung seiner Frau, die er am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom August-Hospital, Charlorentstraße, am nach-dem-neuen-Magareth-Kirchhof aus statt.
 Die Ortsverwaltung Berlin III.

Orts-Krankenkasse der Maler u. verw. Gewerbe.

Montag, den 15. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung der Delegierten in den Armishallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
 1. Erloswahl eines Vorstandsmitgliedes. 2. Neuwahl der Revisoren. 3. Bewilligung der Bureaukosten. 4. 50 ad 9: Festlegung der Gehälter. 5. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Masken-Garderobe

verleiht billigt
 grüßl. Institut C. Frommholz
 Eljastr. 78, Ecke Adersstr.
 reizende Saison-Neuheiten. Damen- u. Herrenmode in Atlas u. 1.50 M. ab.
 Berlinchen bedient. Ermäßigungen.

Metropol-Theater.

Behrenstraße 55-57.
Neue Debüts!! Neue Debüts!!
Liane de Vries. Pauline d'Argent.
Litke Carlsen. Rapoli.
Carmen Rosario. The Clives.
Mary Wolf,
 sowie das vollständig neue Januar-Programm.
 Um 9 1/2 Uhr:
 Die Sensation „Novität“

„Die verkehrte Welt“

mit der feenhaften Truppen-Revue.
 Anfang: An Wochentagen um 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen um 7 1/2 Uhr abends.

Frühstücks-Suppen Gemüße- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

stets vorrätig bei Franz Fischer, Droguerie, Friedrichsberg-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 108.

Verlags-Kränze C. Jürgens

Bouquet- und Kranzbinderei
 Kottbuserstr. 3, Wasserthorstr. 69.

Charlottenburg. N. Schmerberg

Wilmersdorfer-Strasse 127,
 Uhrmacher und Goldarbeiter.
 Grobes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen.
 Optische Artikel, Chronometer, werden demerselbst gefertigt.

Natur-Heilverfahren.

Gicht, Gicht u. Blasenleiden.
 Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Bernstörung. [34442]
R. Wagner, Ballhofstr. 23, 9-2, 5-9, 2, 10-2

Schwarze, Seide

zu Braut u. Gesellschafts-
 feiern fast man gut u.
 meistlich billig bei [34210]
Adolf Mayer,
 Seiden-Groß- u. Fabrik-Niederlage,
 Detail-Verkauf: Felberstr. 35, 1,
 Ecke Alte Jakobstr. Kein Baden.
 Beste und einzige Juden sehr billig.

Falbe,

44, Elsassstr. 44.
 Behandlung aller Haut- u.
 Gichtleiden ohne Bernstörung.
 Sprecht u. mag, bis 9 abends,
 Sonntag u. Donnerstags 9-3.
 Bei Besichtigung der Behand-
 lungen 10 Gros. 34512

3. Ziehung d. 1. Klasse 202. Kl. Bräu-Vollerie.

Ziehung am 20. Januar 1900.
 Nur die Gewinner über 60 Jahre sind berechtigt
 Nennern in vorstehender Reihenfolge.
 (Ohne Gewähr.)

47 114 809 12 457 732 91 1040 149 53 311 400 532
6 2 91 92 2121 512 29 770 809 48 63 92 3143 312 28
737 824 955 95 4212 663 89 812 5125 86 288 89 332
408 72 905 13 56 0007 21 63 86 114 288 95 80123
7142 631 33 60 780 854 61 8125 201 428 83 522 37 49
50 9076 191 268 397 482 510 621 811 42
10012 85 140 404 11 32 58 89 285 11106 211 330 43
573 (100) 837 41 930 12356 13064 214 28 (160) 675 99
748 96 896 976 14 55 515 696 778 15292 80 314 10088
97 663 940 17095 155 83 219 592 722 18053 55 463 710
28 19244 337 52 435 76 678 95 817 (500) 919
20032 180 209 (100) 37 378 543 655 61 911 22 21058
117 76 683 642 24039 164 259 459 588 86 657 824 951
22071 333 59 80 434 504 758 846 99 24392 358 874
25253 26328 38 63 651 60 (100) 702 858 930 27822
549 86 953 28111 257 395 647 706 844 29001 294
502 7 659 898 99
30075 89 113 24 93 250 309 480 915 31059 296 328
44 90 477 32120 212 462 683 86 748 898 33055 94 630
709 34242 548 955 35086 137 240 488 734 39057
205 42 88 91 417 98 989 80 37475 558 65 688 38226
45 62 681 39474 85 589 641
40151 889 650 86 648 843 41118 363 681 741 42159
297 351 90 879 (100) 925 74 43310 407 678 (200) 44347
658 739 893 45153 200 353 622 46205 549 (300) 692
799 938 87 47174 314 55 524 634 51 48123 63 84 242
433 91 648 540 963 40067 451 692
50036 49 102 87 234 92 334 83 955 51102 62 289
507 15 301 42 682 734 82 83034 176 407 533 634 747
844 973 53 219 406 879 789 97 983 54277 435 48 764
55108 24 23 213 353 457 814 98 58007 146 387 306
(100) 457 560 944 98 57130 241 710 930 54 994 58166
280 302 734 876 982 68 59181 91 281 417 554 87 760
60305 419 39 648 61065 317 19 48 868 62329 (100)
50 59 501 62 (100) 617 98 821 80091 321 41 632 767 847
(150) 46097 289 734 806 100 (100) 711 961 65148 99 257
74 477 680 732 77 806 94 66169 312 34 402 701 840 923
67218 (100) 338 501 628 789 965 88012 16 67 161
436 646 (100) 744 69488 581 620 877 941 95
70129 419 44 856 799 377 71049 121 248 430 685
72435 594 653 73164 (100) 228 47 836 816 941 71 74863
75487 528 935 58 76565 819 68 77026 85 182 276 312
696 829 983 79197 276 364 432 650 682 812 40 992 70184
363 435 68 556 746 897
80050 160 76 294 305 51 612 78 875 81261 658 67
88 683 735 66 809 84217 353 658 656 85 989 83597
640 733 961 84012 91 171 8696 528 785 924 85168 89
297 37 80 499 581 636 799 817 912 (150) 14 80904 136
89 215 16 453 528 614 90 982 87036 63 85 199 572 738
48 86 88111 84 242 357 67 402 501 36 682 807 89200
685 649 807 31 57 947
90226 97 688 891 98 91053 829 74 781 92070 168
273 500 72 648 81 632 93105 350 38 457 523 611 (160)
65 717 41 916 68 64106 75 324 448 619 537 95196
253 425 517 648 89 834 88 835 92 90005 453 538 97028
91 54 803 455 524 708 19 44 902 9 17 98008 13 176
90067 37 738 632
100252 424 339 654 751 924 101006 101 84 355
433 523 37 82 820 44 102902 127 226 303 28 61 511
730 841 976 100359 173 425 54 545 657 82 821 31 88
104042 58 71 82 492 43 67 816 105119 298 351 422 544
614 12 (100) 98 767 81 98 811 106110 417 652 817
107038 194 308 430 64 668 848 55 108010 307 (100) 8
935 65 109028 39 153 788 887 43 922 30
110035 (150) 319 87 424 580 111501 602 753 942
112082 319 426 112040 312 71 733 114109 104 466
635 71 82 (100) 97 714 832 47 115000 156 663 733 987

Lokales.

Achtung, 6. Wahlkreis! Sonntag, den 14. Januar, abends 6 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher die Genossen Jhrer einen Vortrag hält. Nachdem: Gemütliches Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung führte die Magistratsvorlage betreffend den Erweiterungsbau des Friedrich-Wilhelms-Hospitals zu einer unerwartet langen Debatte, weil die Stadtverordneten Max Schulz und Berls das Bedürfnis fühlten, bei dieser Gelegenheit für die Sonderinteressen von Berlin O einzutreten. Sie forderten die Verlegung der Anstalt — die der zur Vorberatung der Vorlage eingeleitete Ausschuss dem Magistrat empfahl, aus dem Ortsteil, weil dadurch dem gesamten Osten Berlins die Bahn zu einer flotteren Entwicklung frei gemacht werde. Die Herren wurden vom Gewählten Singer darauf hingewiesen, daß in solchen Fragen nicht das Interesse eines Stadtteils, sondern nur das der Anstalt insassen maßgebend sein könne; mit Rücksicht auf diese sei die Verlegung in eine gesunde Stadtgegend zu wünschen. Der Auswahlantrag wurde dann angenommen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die wiederholt vertagte Auswahls-Berichterstattung über die Magistratsvorlage, betreffend die Richterhebung der Gemeinde-Einkommensteuer von Einkommen zwischen 800 bis 900 Mark. Der Ausschuss hatte, indem er Herrn Coiffel zu seinem Berichterstatter auswählte, den denkbar geeignetsten Mann gefunden, um die ablehnende Stellung, die die Mehrheit des Ausschusses der Magistratsvorlage gegenüber eingenommen hat, mit aller Schärfe zum Ausdruck zu bringen. Singer, der namens unser Genossen gegen den die Ablehnung der Magistratsvorlage empfehlenden Antrag des Ausschusses sprach, benutzte diese Gelegenheit, um dem Berliner Freisinn, wie er sich in der Kommunalverwaltung betätigt, sein leider sehr langes Sündenregister vorzuhalten. Er wies darauf hin, daß die Reichshauptstadt die Pflicht habe, in der Zukunft für die wirtschaftlich Schwachen allen anderen Städten voranzugehen. Die Gegner der Magistratsvorlage versuchten sich hinter der angeführten Besichtigung, daß die Richterhebung zu einer Wahrfreigabe führen könne — eine Folge, die nach der gegenwärtigen Lage der Sache vollständig ausgeschlossen ist. Die Debatte zog sich, nachdem ein Antrag auf Vertagung und zwei Anträge auf Schluß der Debatte abgelehnt waren, unter wachsender Unanheimlichkeit der Versammlung bis weit in die zweite Stunde hinein. Die Abstimmung brachte dem Auswahlantrag leider eine Majorität von 4 Stimmen. Der Kommunal-liberalismus hat damit einen neuen „Sieg“ erlitten, der sich den anderen „Siegen“, die ihm die Stadtverordneten-Sitzungen der letzten Wochen und Monate brachten, würdig anreihet und — wie diese — eine moralische Niederlage bedeutet.

Unter empfindlichen Störungen hat in der letzten Zeit wiederholt der Stadtbahnverkehr zu leiden gehabt. Als Ursache wird in der Regel das Defektwerden einer Maschine angeführt. Das ist, wie uns zu diesen Störungen geschrieben wird, kein Wunder. Auf der Stadt- und Ringbahn laufen zum großen Teil Maschinen, die so alt sind wie die Bahn selbst oder auch noch älter. Auch Eisenbahn-Lokomotiven werden einmal altersschwach, und dann fehlt ihnen bald hier, bald da etwas. So kommt es denn immer häufiger vor, daß plötzlich mitten auf der Strecke oder auf einem Bahnhofe eine Maschine schadhaft wird und gestillt werden muß. Das kann längere oder kürzere Zeit in Anspruch nehmen und hiernach richtet sich auch die größere oder geringere Dauer und Empfindlichkeit der Verkehrsstörung. In der Erinnerung der Leser ist wohl noch der Eisenbahn-Unfall auf dem Potsdamer Bahnhof, bei dem zwei Heizer verunglückt sind. Damals hieß es, daß die lebensgefährlichen Maschinen abgeschafft werden sollten. Sie sind immer noch in Dienst, dank der bekannten Sparjamleitspolitik.

Für Berlin werden im preussischen Etat für das nächste Rechnungsjahr weiter gefordert eine vierde Rate von 967 000 Mark für die Renanlage des Botanischen Gartens bei Dahlem. Zur Erweiterung der Kunstmuseen auf der Museumsinsel sind 1 100 000 M. in den diesjährigen Etat gestellt, außerdem zur provisorischen Unterbringung der Olympia-Sammlungen 30 500 M. Der fortschreitende Umbau der Charité erfordert in diesem Jahre einen Kostenaufwand von 550 000 M. Der Neubau der akademischen Hörsäle für die bildenden Künste und für Musik beansprucht als dritte Rate 750 000 M. Für die Erweiterung der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, deren Kosten auf 1 400 000 M. veranschlagt sind, sind in diesem Jahre 300 000 M. in den Etat eingestellt. Zur Anlage einer Regenvorrichtung auf der Bühne des königlichen Schauspielhauses werden 6400 M. gefordert. Zum Neubau eines Geschäftsgebäudes für die Zivilabteilungen des Landgerichts I und des Amtsgerichts I Berlin werden als fünfte Rate 300 000 M. verlangt, als Ergänzungsräte zum Neubau eines Gefängnisses für Unterbringung der wegen Hebertragung in Untersuchungshaft genommenen Männer in Berlin werden als Ergänzungsräte 35 000 M. gefordert. Zum Ankauf eines Teils des militärhistorischen Grundstücks Magazinstraße 3-11 in Berlin zwecks Unterbringung der Depos. I und III der britischen Schiffsmanufaktur und zur Errichtung der erforderlichen Bauarbeiten werden als erste Rate 1 070 876 M. verlangt.

Ein Institut und Museum für Meereskunde wird bei der Berliner Universität zum 1. April errichtet werden. Alle Zweige der Erforschung des Meeres sollen darin, losgelöst von anderen Wissenschaften, unterstützt durch ein umfassendes Anschauungsmaterial, gelehrt werden. Zur Unterbringung des Instituts sind die im letzten frei werdenden Räume des ersten deutschen Instituts in der Georgenstraße bestimmt. Zur baulichen Einrichtung sind 12 000 M., zur inneren Einrichtung 15 000 M., zur Ausstattung der Sammlungen und zur Begründung einer Bibliothek 120 000 Mark vorgesehn.

Bei der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin sind im Laufe des Vierteljahres Oktober-Dezember 1899 75 Anträge auf Gewährung von Altersrente eingegangen; aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1899 lagen noch 21 Anträge vor, hinsichtlich deren die Entscheidung noch ausstand. Von diesen 96 Anträgen sind bewilligt 39, abgelehnt 13, anderweit erledigt 3 und unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen 41. Bis zum 31. Dezember 1899 waren insgesamt bewilligt an Altersrenten 4182. Von diesen sind ausgezahlt durch Tod 1442, aus anderen Gründen 117, zusammen 1559, so daß am 31. Dezember 1899 2623 Altersrenten-Empfänger vorhanden waren. — Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 640 Anträge auf Gewährung von Invalidenrente eingegangen und 185 unerledigt aus dem Vorvierteljahr übernommen. Von diesen 825 Invaliden-Anträgen sind 320 bewilligt, 100 abgelehnt, 20 anderweit erledigt, 370 unerledigt auf das folgende Quartal übernommen worden. An Invalidenrenten sind bis zum 31. Dezember 1899 überhaupt 8830 bewilligt worden. Ausgeschlossen sind inzwischen durch Tod 2050, aus anderen Gründen 226, zusammen 2276; mithin war am 31. Dezember 1899 ein Bestand von 5554 Invalidenrenten-Empfängern anzunehmen.

Die Ueberfüllung der Berliner Krankenhäuser, über die schon seit Jahren in diese Zeit regelmäßig geklagt wird, hat sich auch jetzt wieder eingestellt. Die Centrale der Berliner Rettungs-

gesellschaft (Tel. Amt III, 1900), die jeden Morgen nach der Zahl der freien Betten Umfrage hält, hat nach niemals so niedrige Zahlen zur Antwort erhalten als gegenwärtig. Die höchste Zahl war in den letzten Tagen sechs. Die Abteilungen für Geistesranke haben überhaupt kein Bett frei. Man sucht in Berlin bestänndlich diesem schreienden Mißstande dadurch zu begegnen, daß man die Verpflegungslage erheblich erhöht.

Die Rache der Bäckermeister. Die Abschaffung der freien Zustellung von Badware ins Haus, wodurch die Bäckermeister sich für die Verringerung der Kinderarbeit schadlos halten wollen, soll schon mit dem 1. Februar d. J. eingeführt werden. Für die Zustellung der Badware ins Haus soll dann jeder Kunde 10 Pf. monatlich entrichten. Durch Flugblätter mit eingehender Darstellung der Schläge soll die Bevölkerung von der Neuerung Kunde erhalten.

In der Berliner medizinischen Gesellschaft hat, wie nicht anders zu erwarten war, gestern der Junfzopf gesteckt. Mit etwa 300 gegen 150 Stimmen hat die Vereinigung sich gegen den von Dr. Fabel gestellten Antrag erklärt, der bezweckte, daß alle in Berlin und dessen Umgebung wohnhaften Ärzte und Zahnärzte oder rite promovierte doctores medicinae Mitglieder der Gesellschaft werden könnten. Es würde demgemäß ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach nur ein für das Deutsche Reich approbierter Arzt Mitglied der Gesellschaft werden kann.

Die Müllabfuhr ging in der letzten Woche außerordentlich langsam und unpünktlich von statten. Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer entschuldigt sich damit, daß ihr wegen des Schneefalles in den letzten Tagen statt der erforderlichen 50 Gespanne nur 38 zur Verfügung gestanden hätten und Ertragswagen für kein Geld zu haben gewesen wären. Auch sei das Beschleift-System, sowie der Umstand, daß für die 24 000 Centner Müll, die täglich zu befördern seien, einzig der städtische Abladeplatz in der Müllerkstraße zur Verfügung stehe, schuld an den Unannehmlichkeiten.

In den städtischen Gasanstalten ist der Preis für ein Hektoliter Coals durchschnittlich um 10 Pf. erhöht worden. Richtig das sein?

Von einer Brandkatastrophe wurde in vorletzter Nacht der Verlonzug Breslau-Berlin betroffen. Als der Zug gestern früh um 3 Uhr in die Station Halbau einfuhr, geriet der Postpaletwagen auf bisher unangefährte Weise in Brand. Da das zum Direktionsbezirk Breslau gehörige Halbau nur eine kleinere Station ist, der Löscheinrichtungen fehlen, so wurde der Postpaletwagen ein Mand der Flammen. Etwa 1500 Pakete sind verbrannt, und nur 25 Pakete konnten gerettet werden. Man nimmt an, daß sich feuergefährliche Gegenstände im Wagen befanden und entzündet haben. Ein Unfall ist bei dem verheerenden Brande nicht vorgekommen. Dem begleitenden Postkassierer Widel gelang es noch rechtzeitig, unter Zuzuhilfenahme seiner Dienstkleider und Stiefel, sich zu retten. Der Verlonzug kam mit erheblicher Verspätung hier an; den Passagieren gewährte der nächtliche Brand einen eigenartigen Anblick.

In dem aufsehenerregenden Diebstahl, der bei der Firma Pfingst u. Co. Königsr. 33, in der Nacht zum 24. Dezember verübt worden ist, wird uns berichtet, daß der bereits vorbestrafte Hausdiener Ignaz P. der That dringend verdächtig ist. P. ist flüchtig. Alle früheren Verdachtsmomente haben sich als unzutreffend erwiesen.

Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit eines Mannes, der am Sonntagabend um 8 1/2 Uhr vor dem Hause Greifswalderstr. 198 bewußtlos aufgefunden wurde und auf dem Wege zum Kranienhaus am Friedrichshain starb. Der Unbekannte war etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,55 Meter groß und sehr kräftig.

Ueber sichtbare und unsichtbare Strahlen konnte das Thema des ersten Centenarvortrages, den der Münchener Professor Graef am vergangenen Mittwoch in der „Urania“ in der Laubentstraße hielt. Ueber die verschiedenen Arten von Strahlen, zunächst die des sichtbaren Spektrums, dann die jenseits der rot liegenden dunkeln Wärme-Strahlen, ferner die ultravioletten und die durch die Kathodenstrahlen hervorgerufenen Röntgen-Strahlen, und schließlich über die Strahlen der elektrischen Kraft und die Herschelschen Wellen ist in der „Urania“ in einzelnen verschiedenen Abenden schon öfters vorgetragen worden. Erwähnt mag noch werden, daß auch eine Reueigkeit den Besuchern geboten wurde: sie konnten die Wirkung der von dem Radium ausgehenden Strahlen, die mit den Röntgen-Strahlen nahe verwandt sind, beobachten. Bald nach Röntgens Entdeckung wurde von Becquerel diese Strahlung entdeckt, und im weiteren Verlaufe derselben entdeckte das französische Ehepaar Curie die beiden Substanzen Radium und Polonium, die der Hauptträger dieser Strahlung zu sein scheinen. In Deutschland sind diese Erscheinungen besonders von Dr. Giesel in Braunschweig weiter verfolgt worden, der auch auf der letzten Naturforscher-Versammlung in München diese interessanten Strahlen den Vässlern vorführte. Er hatte seine Radium-Präparate Herrn Prof. Graef freundlichst überlassen, so daß auch das Publikum der Urania diese neuesten Strahlen und ihre Wirkung, das jüngste Ergebnis der überaus reichen Strahlenforschung unseres Jahrhunderts, aus eigener Anschauung kennen lernte.

Theater. Im Schiller-Theater ist die Belegung der Hauptrollen in dem heute zum erstenmal zur Aufführung kommenden Volksstück „Freudvoll und leidvoll“ von Louis Hermann, Wort von G. Steffens, folgende: Asp. Altmann; Julius Eppen; Erich; Georg Paschke; Frau Dr. Stöhr; Agnes Werner; Käthe; Elfe Sais; Jolina Müller; Carl Dahlen; Schreier; Hermann Köhler; Aronard; Max Gieseler; Madam; Alfred Schulzow; Reimann; Leopold Thurner; Elise; Grete Meyer; Dörthe; Margarete Herling. — Am dem Uda Regri-Abend, bei dem Schiller-Theater Sonntag, den 14. Januar cr., im Bürgerpark des Rathauses veranstaltet, wirken als Sprecher Alwine Wiede und die Herren Ferdinand Gregor, Georg Paschke, Leopold Thurner mit. Den Gesangsteil hat Elfe Sais übernommen, den einleitenden Vortrag hält Dr. A. Wönsfeld. Im Hofsaal der Urania beginnt heute Freitag Herr Dr. P. Schwann einen aus acht Vorträgen bestehenden Kursus über astronomische Kenntnisse mit dem Vortrag: „Die allgemeinen physikalischen Eigenschaften des Erdkörpers“. Am Samstag beginnt Herr Professor Dr. G. Müller einen aus sechs Vorträgen bestehenden Kursus über „Die Naturgeschichte im Volksbilde“, charakteristische Volksbilde besonders aus den Gegenden unseres Vaterlandes mit Bezug auf die geologische Formation vorlesend.

Aus den Nachbarorten.

Gewerbegerichtswahlen in Schöneberg.
In Schöneberg finden am Sonnabend, den 20. Januar, im Saale des Vindemparck, Hauptstraße 17, die Gewerbegerichtswahlen statt. Die Wahlhandlung geht in den Stunden von 4-8 Uhr abends vor sich. Als Legitimation gelten: Militärappele, Nichtkontrakt, Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizei darüber, daß der Wähler ein Jahr am Orte arbeitet oder wohnt. Zur Agitation für diese Wahl findet am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung statt, zu der sich die Genossen, Arbeiter aller Berufe in folgenden Lokalen einfinden werden: Schilling, Kaffhäuserstraße 18; Ohl, Ormelswälderstr. 110; Doppe, Reichenburgerstr. 7; Grinna, Siegfriedstr. 8; Hauser, Sedanstr. 31; Schulz, Bahnh. 35; Zey, Haus- und Wielandstraße-Edel; Pöschel, Guckowstr. 9. Einem Hinweis auf die Bedeutung dieser Wahlen bedarf es wohl nicht. Jeder Wähler wird es als seine Pflicht betrachten, unter Seinesgleichen nach Kräften zu agitieren. Am Montag, den 15. Januar, findet im Klubhause, Hauptstr. 5-6, eine Versammlung statt, in der auch die Kandidaten bekannt gegeben werden.
Der Vertrauensmann.

Pankow. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verteilung morgen 8 Uhr im Lokale des Herrn Debnitzer, Flora- und Mühlentstraße-Edel einzufinden. Mit der Verbreitung dieses Flugblattes treten wir in die Gemeinderatswahlen ein und geben gleichzeitig bekannt, daß die Wählerlisten in der Zeit vom 15. Januar bis zum 30. Januar auf dem Amtsbureau ausliegen, wofür sie während der Geschäftsstunden eingesehen werden können.
Das Wahlkomitee.

In Waidmannslust spricht Sonntagnachmittag 4 Uhr Genosse Niesel bei Stredenbach über die Flottenvorlage.

In Weis wird Genosse Obst am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr bei Aufzählung, Rudowstr. 51, einen Vortrag über die Gemeinderatswahlen halten. Sonntag früh 7 1/2 Uhr ist Verteilung von Handzetteln, zu der sich die Genossen zahlreich bei Dorn, Bürgerstr. 4, einfinden wollen.

Aus Nixdorf. Das hiesige Gewerbegericht hielt am Donnerstag unter Vorsitz des Stadtrats Granier seine erste Sitzung ab. Es fanden 8 Termine an, in welchen es sich sämtlich um richterliche Lohnforderungen, zum Teil in recht beträchtlicher Höhe, handelte. — Von einem Straßenbahnwagen überfahren und auf der Stelle getötet wurde in der Bergstraße der 13jährige Sohn Aug. des Baumunternehmers Pappe, Bergstr. 58 wohnhaft. Beim Spielen mit anderen Knaben ließ der kleine Pappe über den Straßendam, als gerade ein Motorwagen der Linie Weis-Schönhauser Allee vorbeifuhr. Bevor der Führer des Wagens bemerken konnte, war das Unglück schon geschehen. Die Leiche des unglücklichen Kindes wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Leichenhalle des alten Nixdorfer Kirchhofes gebracht. — Wegen Straßengraubel verhaftete die hiesige Kriminalpolizei vier in Weis wohnhafte Personen, nämlich die Arbeiter Otto Ginn und Rudolf Panzer, den Traier Hermann Schneider und dessen Bruder, den Kartoffelhändler Paul Schneider. Die Verhafteten haben vor einiger Zeit in der Hauptstraße die Arbeiter Paul Heusel und Oskar Weder aus Nixdorf des Raubts überfallen und beraubt.

Nixdorf. Die hiesigen Waisenträte hatten dieser Tage unter dem Vorsitz des Amtsrates Niesel eine Konferenz, um darüber zu beraten, wie etwa vorhandene Mängel im Waisentratsinstitut zu beseitigen seien und wie sich das Institut beleben und weiter nutzbar machen lasse. Der Vorsitzende erläuterte die für die Waisenträte wichtigsten Bestimmungen des neuen Realis. Als Vertreter des Magistrats war der Stadtrat Granier erschienen. Er teilte mit, daß der Magistrat die geplante Einführung der Bezirksvorsteher beunruhige, um das gesamte Armen- und Waisentratswesen neu zu organisieren. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, von der man erhofft, daß sie zur Beseitigung verschiedener Mißstände in der Armen-, Kranken- und Waisentratspflege führe.

Die Gemeinde Wilmersdorf will, wie berichtet wird, nach dem in Schöneberg und Charlottenburg gegebenen Beispiel eine Realakule errichten, die später zum Reformgymnasium ausgebaut werden soll. Die neue Wilmersdorfer Akule soll bereits zu Ostern d. N. ins Leben treten, und zwar mit zwei Vorklassen und den Klassen Sexta und Quinta der Volksschule. Diese Klassen sollen zunächst in den noch unbenutzten Räumen des Wilmersdorfer Gymnasiums und dann bis zur Errichtung eines eigenen Gebäudes in Mieträumen untergebracht werden.

In Ober-Schöneweide ist der bisherige Gemeindevorsteher Deul auf 12 Jahre zu diesem Amte wieder gewählt worden. Sein Gehalt beträgt 6000 M. Die Gemeindevertretung hat ferner beschlossen, die Wilhelmstraße mit alten Steinen neu pflastern zu lassen. Zu einer guten Pflasterung konnte man sich nicht entschließen. Dazu sprach man sich in der Gemeindevorstellung gegen den Antrag, die Zahl der Vertreter von 9 auf 12 zu vermindern, aus folgenden bemerkenswerten Gründen an: Erstens sei der Sitzungssaal zu klein, um noch drei Personen fassen zu können, und zweitens könnten sie, die bisherigen Vertreter, die ihnen obliegende Arbeit recht gut bewältigen. Was es mit diesem Grunde auf sich hat, erklärt man bald, als alle Mitglieder der hohen Körperschaft die Wahl in eine Kommission ablehnten, weil sie so schon genügt zu thun hätten. Schließlich leistete man sich aber doch die Wahl einer Kommission, deren sämtliche Mitglieder Gegner der Vermehrung sind.

Die Wohnungsnot hat auch in Johannisthal und Nieder-Schöneweide sich schwer fühlbar gemacht. Verlebene Familien sind gezwungen, vom Orte fortzuziehen, da es ihnen nicht möglich ist, an Stelle der alten, ihnen gekündigten Wohnung eine neue zu finden. Mietssteigerungen sind natürlich an der Tagesordnung. Eine Tagewohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, die bisher 56 Thaler kostete, wird jetzt für 70 Thaler vermietet, und eine drei Treppen hoch gelegene Wohnung von Stube und Küche, die ihr Kostet auf dem Hofe hat, soll 90 Thaler kosten. Leider tragen die Mieter vielfach selber Schuld dazu, daß die Hauswirte so unverschämmt werden, denn schon zu Weihnacht begann ein gegenseitiges Nebervieten. Da noch diese Fabriken nach hier verlegt werden, ist für die Zukunft keinerlei Besserung zu Gunsten der Mieter zu erwarten. Die Gemeindevorstellung zeigt der Kamantik rolllos gegenüber und thut auch sonst kaum etwas, um die leineswegs günstigen Zustände an Orte zu ändern. Der von bürgerlicher Seite in der dritten Abteilung gewählte Gemeindevorsteher Klavierarbeiter Schult meinte auf eine Anfrage abschließend, es habe ja niemand nötig, nach Johannisthal zu ziehen, und die Petition der Socialdemokraten um Verletzung des Ortes in den Morgenstunden fertigte er mit der Bedenken ab, daß man sich auch daran gewöhnen könne, im Dunkeln auf der Straße zu gehen.

Ein Schüler-Selbstmord wird aus dem Saveldorf bei Radow bei Scaudau gemeldet. Der sechzehnjährige Sohn Ernst des Bauerngutbesizers Schüge in Radow besuchte eine höhere Schule in Charlottenburg und war dort bei einer Familie in Pension. Der sehr fleißige und furchtsame Ernst war von seinem Vater für einen „höheren“ Beruf bestimmt; er zeigte sich bei seiner unzureichenden Veranlagung der Aufgabe indes nicht gewachsen. Nur mit Mühe vermochte er dem Unterricht zu folgen, und vor Weihnachten geriet er deshalb mit seinem Lehrer in Konflikt, der eines Tages in Thätlichkeiten zwischen beiden ausartete. Seitdem ging der junge Mensch nur noch mit Widerwillen in die Schule. Nach Neujahr, sobald die Ferien zu Ende waren, wurde er wieder in die Pension nach Charlottenburg gebracht; er hat die Schule jedoch nicht wieder betreten. Während sein Vater nichts Schlimmes ahnte, war der Sohn heimlich nach Radow zurückgekehrt und hatte in einer Laube des elterlichen Gutschöts seinem Leben durch einen Revolvererschuss in die Brust ein Ziel gesetzt. Am Mittwochmorgen fanden Dienstmädchen des Gutes die Leiche.

Der Eisport auf der Havel hat zwei Menschenleben zum Opfer gefordert. Der Buchhalter W. H. Mahne in Spandau war im Bureau der Rahngrabenbahn-Kasse u. Co. zu Weinmeisterhorn angestellt. Montagabend wollte er sich mittels Eisklitten über das Eis nach Spandau begeben. Seitdem ist er verschwunden. Man befürchtet, daß er in eine offene Stelle geraten und ertrunken ist. Er hinterläßt eine Frau mit drei Kindern. Der zweite Fall ereignete sich bei Tegelort. Der Bäckermeister Schmidt zu Waldburg bei Helligensee war zum Geburtstag bei dem Restaurateur Jelenoff in Tegelort gewesen und gedachte mittels Eisklitten auf der Havel nach Hause zurückzukehren. In der Nähe eines Fischerwehrs, wo das Eis in der Regel nur schwach ist, brach er ein und ertrank. Abgedroffene Eisklitten an der Stelle zeigen an, daß der Verunglückte in der Todesangst vergeblich versucht hat, sich zu retten.

